



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2006

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF
September 2006

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2006	27
Termine	29
Analysen und Berichte	31
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2005	33
Internationale Vergleiche von Volkswirtschaften im Rahmen von Ranking- und Benchmarking-Verfahren	41
Die abgabenrechtliche Privilegierung gemeinnütziger Zwecke auf dem Prüfstand	51
Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit	55
Risikoanalyse im grenzübergreifenden Warenverkehr	63
Statistiken und Dokumentationen	67
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	93
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	97

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

am 16. September haben sich die Finanzminister der G 7-Staaten zur Vorbereitung der Jahresversammlung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Singapur getroffen. Diese Gelegenheit wurde von den G7-Staaten auch zu einem intensiven Meinungs austausch über die Entwicklung der Weltwirtschaft genutzt. Es bestand Einvernehmen darüber, dass die Weltwirtschaft sich weiterhin auf einem starken Wachstumskurs befindet. Insbesondere fand die beschleunigte Wachstumsdynamik in Europa positive Beachtung, an der die äußerst günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in diesem Jahr einen nicht unerheblichen Anteil hat. Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal so stark wie seit fünf Jahren nicht mehr gewachsen. Wie eine Reihe nationaler und internationaler Institutionen hat der IWF die Wachstumsprognose für 2006 und 2007 angehoben. Hierzu haben – auch nach Urteil des IWF – nicht zuletzt die in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegene Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen durch strukturelle Reformen und Haushaltskonsolidierung beigetragen.

Bei der Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft wird in der öffentlichen Diskussion zuweilen auf die Ergebnisse von Rankings zurückgegriffen, die anhand von Kennzahlen die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes messen. Im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen hat das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle in Zusammenarbeit mit dem Institut für Empirische Wirtschaftsforschung Leipzig nun die Methodik und Aussagekraft solcher Rankings untersucht. Hierbei hat sich eines bestätigt: Die Ergebnisse internationaler Vergleiche von Volkswirtschaften im Rahmen von Ranking- oder Benchmarking-Studien können



zwar durchaus einen allgemeinen politischen Handlungsbedarf signalisieren. Für eine wissenschaftlich fundierte Politikberatung sind sie – nicht zuletzt aufgrund der fehlenden Ursachenanalyse – indes kaum geeignet.

Die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes ist ein Meilenstein des europäischen Integrationsprozesses. Um die mit dem europäischen Binnenmarkt verbundenen Wohlfahrtsgegewinne realisieren zu können, ist es nicht nur notwendig, den im EG-Vertrag verankerten freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital zwischen den Mitgliedstaaten zu gewährleisten – entscheidend ist hierbei auch, den Missbrauch der wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes zu verhindern. Die mit dieser Aufgabe verbundenen Herausforderungen haben sich durch den Beitritt zehn neuer Staaten zur Europäischen Union naturgemäß nochmals erhöht.

In dieser Ausgabe des BMF-Monatsberichts werden die bisherigen Ergebnisse der Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der grenzüberschreitenden Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit vorgestellt. Die im März 2005 eingerichtete Task Force setzt dabei auf mehreren Ebenen an: Neben der kritischen Überprüfung bestehender nationaler Rechtsvorschriften und der Intensivierung der Kontrollen zur Schwarzarbeit wird der partnerschaftliche Dialog mit den neuen Mitgliedstaaten auch mit Blick auf die effiziente Missbrauchs bekämpfung geführt. Ebenso wichtig ist es, die innerstaatliche Zusammenarbeit

zwischen Bund und Ländern auf diesem Gebiet weiter zu intensivieren.

Beim grenzüberschreitenden Warenverkehr innerhalb des europäischen Binnenmarktes hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, welche wichtige Rolle die Nutzung der Informationstechnologie spielt, um effiziente Zollkontrollen zu gewährleisten, ohne dabei den reibungslosen Ablauf des Warenverkehrs zu behindern. Mit der IT-gestützten Risikoanalyse können zum Beispiel umfangreiche Informationen – wie etwa Einfuhrdaten – schnell und zuverlässig ausgewertet sowie zwischen den Zollverwaltungen der Mitglied-

staaten ausgetauscht werden. Dies erleichtert ein EU-weites Eingreifen und unterstützt darüber hinaus ein einheitliches Kontrollniveau an den Außengrenzen der Europäischen Union.



Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2006	27
Termine	29

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich August belaufen sich auf 181,0 Mrd. €. Sie liegen damit um 3,7 Mrd. € (- 2,0%) unter dem Vorjahresergebnis. Wie bereits in den Vormonaten ist die

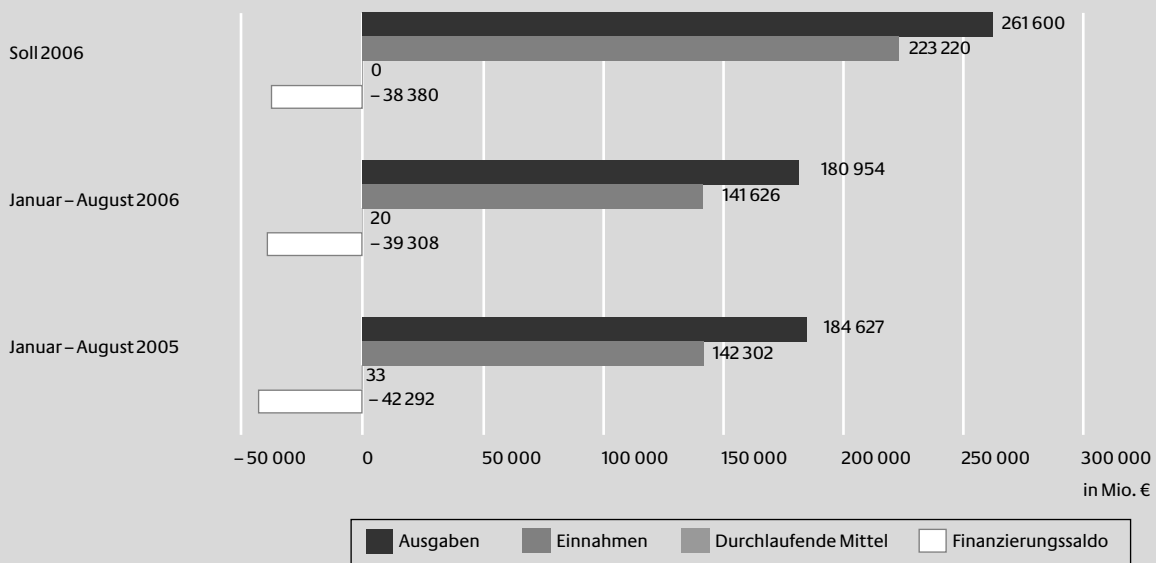
günstige Ausgabenentwicklung des Bundeshaushalts in erster Linie auf die im Gegensatz zum Vorjahr geringere Inanspruchnahme von Betriebsmitteldarlehen durch die Bundesagentur

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2006	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis August 2006
Ausgaben (Mrd. €)	261,6	181,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	- 2,0
Einnahmen (Mrd. €)	223,2	141,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 2,3	- 0,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	194,0	122,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	8,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 38,4	- 39,3
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 11,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 38,2	- 27,5

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



für Arbeit geprägt. Ohne Berücksichtigung dieses Faktors lägen die Ausgaben des Bundes um 2,1 Mrd. € (+1,2%) über dem Vorjahresergebnis.

Die Einnahmen des Bundes summierten sich bis einschließlich August auf 141,6 Mrd. € und

lagen somit geringfügig (-0,5%) unter denen des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Verwaltungseinnahmen, bedingt durch positive Einmaleffekte im Vorjahr, im Vergleich um 36% geringer ausfielen.

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis August 2006		Ist-Entwicklung Januar bis August 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 505	47 999	30 675	17,0	30 378	16,5	1,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 840	3 974	3 040	1,7	2 777	1,5	9,5
Verteidigung	27 768	27 707	17 300	9,6	17 454	9,5	- 0,9
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 866	7 677	5 363	3,0	5 233	2,8	2,5
Finanzverwaltung	2 899	3 390	1 836	1,0	1 851	1,0	- 0,8
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 444	12 334	7 112	3,9	7 050	3,8	0,9
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	925	534	0,3	497	0,3	7,4
BAföG	1 049	1 090	792	0,4	779	0,4	1,7
Forschung und Entwicklung	6 666	7 170	3 996	2,2	4 060	2,2	- 1,6
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	133 048	134 391	94 710	52,3	98 839	53,5	- 4,2
Sozialversicherung	75 898	74 761	54 844	30,3	55 249	29,9	- 0,7
Arbeitslosenversicherung	397	0	0	0,0	5 700	3,1	-
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 169	38 263	25 661	14,2	22 699	12,3	13,0
darunter: Arbeitslosengeld II	25 001	24 400	18 121	10,0	16 723	9,1	8,4
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 533	3 600	2 655	1,5	2 241	1,2	18,5
Wohngeld	1 085	1 000	806	0,4	909	0,5	- 11,3
Erziehungsgeld	2 873	2 830	1 879	1,0	1 919	1,0	- 2,1
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 118	2 865	1 975	1,1	2 199	1,2	- 10,2
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	912	911	524	0,3	528	0,3	- 0,8
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 788	1 590	803	0,4	1 095	0,6	- 26,7
Wohnungswesen	1 262	1 071	652	0,4	912	0,5	- 28,5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 446	6 276	3 526	1,9	3 981	2,2	- 11,4
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 226	869	384	0,2	601	0,3	- 36,1
Kohlenbergbau	1 645	1 563	1 561	0,9	1 643	0,9	- 5,0
Gewährleistungen	1 355	1 500	470	0,3	656	0,4	- 28,4
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 119	10 856	5 726	3,2	5 672	3,1	1,0
Straßen (ohne GVFG)	6 241	5 870	3 177	1,8	2 983	1,6	6,5
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 465	9 438	4 839	2,7	4 663	2,5	3,8
Bundeseisenbahnvermögen	5 472	5 430	3 229	1,8	3 273	1,8	- 1,3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 443	3 453	1 332	0,7	1 131	0,6	17,8
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 122	37 805	33 040	18,3	32 421	17,6	1,9
Zinsausgaben	37 371	37 557	32 322	17,9	31 889	17,3	1,4
Ausgaben zusammen	259 849	261 600	180 954	100,0	184 627	100,0	- 2,0

Die Entwicklung der Steuereinnahmen hingegen ist anhaltend positiv. Mit 122,7 Mrd. € lagen diese um knapp 10,0 Mrd. € (+ 8,8 %) über dem Stand des Vorjahres. Insbesondere die gewinnabhängigen Steuern, die veranlagte Einkommensteuer sowie geringere EU-Abführungen haben hierzu beigetragen.

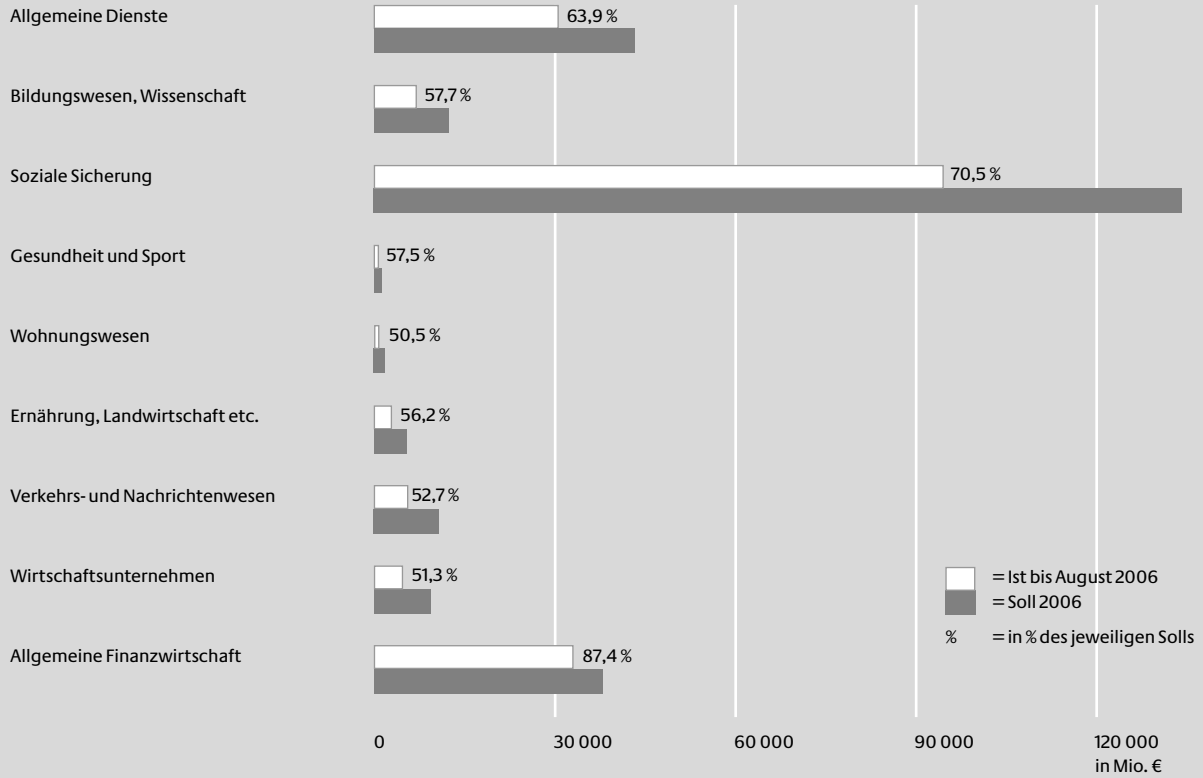
Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo in Höhe von – 39,3 Mrd. €. Da im Jahres-

verlauf die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung nicht gleichmäßig verläuft, können aus dem unterjährigen Saldo nur schwer Rückschlüsse auf die Höhe des endgültigen Jahresergebnisses gezogen werden. Nach derzeitiger Einschätzung zeichnet sich jedoch ab, dass – auch unter Berücksichtigung erwarteter Mehrausgaben beim Arbeitsmarkt – die im Haushaltsplan 2006 vorgesehene Nettokreditaufnahme von 38,2 Mrd. € deutlich unterschritten wird.

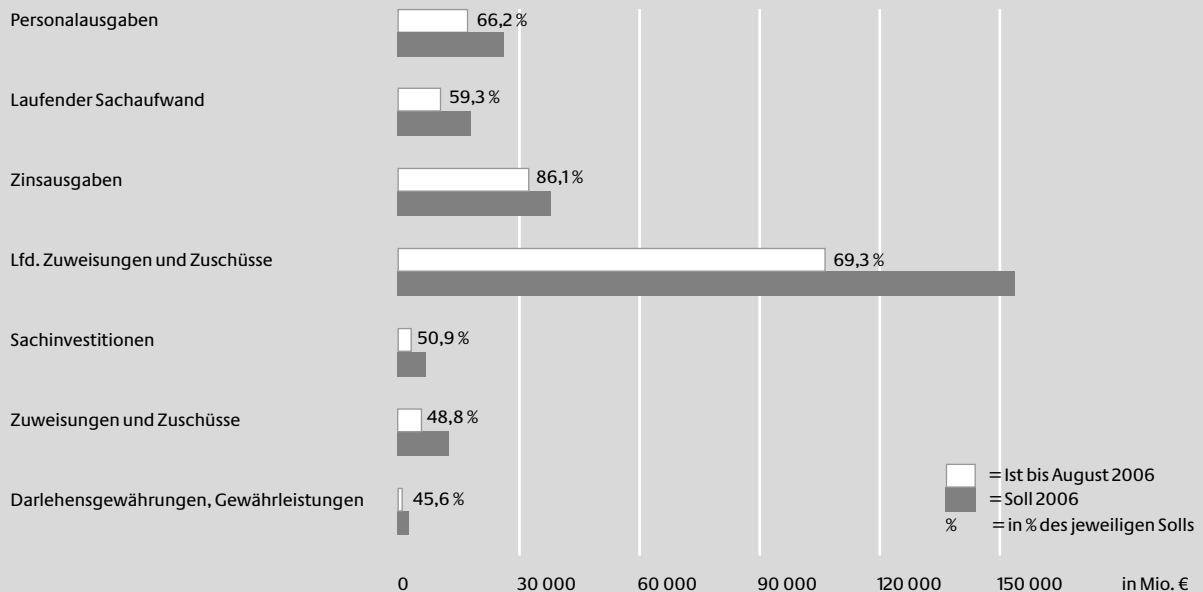
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis August 2006		Ist-Entwicklung Januar bis August 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	236 088	239 075	169 307	93,6	167 597	90,8	1,0
Personalausgaben	26 372	26 237	17 361	9,6	17 567	9,5	– 1,2
Aktivbezüge	19 891	19 819	13 090	7,2	13 032	7,1	0,4
Versorgung	6 481	6 418	4 271	2,4	4 535	2,5	– 5,8
Laufender Sachaufwand	17 712	17 990	10 669	5,9	9 945	5,4	7,3
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 596	1 474	843	0,5	793	0,4	6,3
Militärische Beschaffungen	7 992	8 426	4 820	2,7	4 173	2,3	15,5
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 090	5 007	2,8	4 980	2,7	0,5
Zinsausgaben	37 371	37 557	32 322	17,9	31 889	17,3	1,4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	154 274	156 896	108 680	60,1	107 945	58,5	0,7
an andere Bereiche	13 921	13 759	9 065	5,0	8 962	4,9	1,1
darunter:	140 353	143 137	99 693	55,1	99 047	53,6	0,7
Unternehmen	13 474	16 649	9 051	5,0	8 739	4,7	3,6
Renten, Unterstützungen u.a.	32 747	30 386	22 195	12,3	22 628	12,3	– 1,9
Sozialversicherungen	90 219	92 079	65 974	36,5	64 938	35,2	1,6
Sonstige Vermögensübertragungen	360	395	275	0,2	251	0,1	9,6
Investive Ausgaben	23 761	23 225	11 646	6,4	17 030	9,2	– 31,6
Finanzierungshilfen	16 516	16 280	8 113	4,5	13 659	7,4	– 40,6
Zuweisungen und Zuschüsse	12 617	12 679	6 193	3,4	6 063	3,3	2,1
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 340	3 013	1 374	0,8	7 063	3,8	– 80,5
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	546	0,3	534	0,3	2,2
Sachinvestitionen	7 246	6 945	3 533	2,0	3 371	1,8	4,8
Baumaßnahmen	5 779	5 487	2 834	1,6	2 709	1,5	4,6
Erwerb von beweglichen Sachen	961	922	420	0,2	436	0,2	– 3,7
Grunderwerb	506	536	279	0,2	226	0,1	23,5
Globalansätze	0	– 699	0		0		
Ausgaben insgesamt	259 849	261 600	180 954	100,0	184 627	100,0	– 2,0

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis August 2006



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis August 2006



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis August 2006		Ist-Entwicklung Januar bis August 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	190 149	193 995	122 740	86,7	112 789	79,3	8,8
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 608	151 369	97 427	68,8	88 847	62,4	9,7
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	70 910	74 430	45 673	32,2	39 676	27,9	15,1
davon:							
Lohnsteuer	50 541	51 085	31 811	22,5	31 096	21,9	2,3
veranlagte Einkommensteuer	4 150	5 674	1 263	0,9	- 1 062	- 0,7	.
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	4 976	5 225	4 677	3,3	4 192	2,9	11,6
Zinsabschlag	3 076	3 121	2 468	1,7	2 274	1,6	8,5
Körperschaftsteuer	8 166	9 325	5 453	3,9	3 177	2,2	71,6
Steuern vom Umsatz	74 149	75 530	50 917	36,0	48 386	34,0	5,2
Gewerbesteuerumlage	1 549	1 409	836	0,6	786	0,6	6,4
Mineralölsteuer	40 101	39 350	20 674	14,6	20 931	14,7	- 1,2
Tabaksteuer	14 273	14 700	8 819	6,2	8 665	6,1	1,8
Solidaritätszuschlag	10 315	10 548	6 894	4,9	6 284	4,4	9,7
Versicherungsteuer	8 750	8 750	6 751	4,8	6 796	4,8	- 0,7
Stromsteuer	6 462	6 550	4 164	2,9	4 280	3,0	- 2,7
Branntweinabgaben	2 151	2 160	1 292	0,9	1 248	0,9	3,5
Kaffeesteuer	1 003	1 000	623	0,4	629	0,4	- 1,0
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 581	- 14 677	- 7 344	- 5,2	- 7 250	- 5,1	1,3
BNE-Eigenmittel der EU	- 15 075	- 15 450	- 9 860	- 7,0	- 10 958	- 7,7	- 10,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 258	- 3 600	- 2 258	- 1,6	- 2 247	- 1,6	0,5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 7 159	- 4 702	- 3,3	- 4 702	- 3,3	0,0
II. Sonstige Einnahmen	38 260	29 225	18 886	13,3	29 513	20,7	- 36,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1 411	3 685	3 151	2,2	836	0,6	276,9
Zinseinnahmen	400	341	364	0,3	262	0,2	38,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	20 400	11 178	4 969	3,5	17 320	12,2	- 71,3
Einnahmen zusammen	228 409	223 220	141 626	100,0	142 302	100,0	- 0,5

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2006

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im August 2006 mit + 5,6 % nicht so stark wie in den Vormonaten. Während die gemeinschaftlichen Steuern um + 7,6 % zulegten, ging das Aufkommen der Bundessteuern um - 2,1 % zurück. Die Ländersteuern lagen mit + 9,9 % über dem Vorjahresergebnis.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis August 2006 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt + 7,8 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen im August aufgrund höherer EU-Abführungen und der schwachen Entwicklung bei den Bundessteuern gegenüber dem Vorjahr um lediglich + 1,8 %. Für den Zeitraum Januar bis August 2006 ergibt sich damit ein Zuwachs von + 8,6 %.

Der Beginn der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich auch in höheren Einnah-

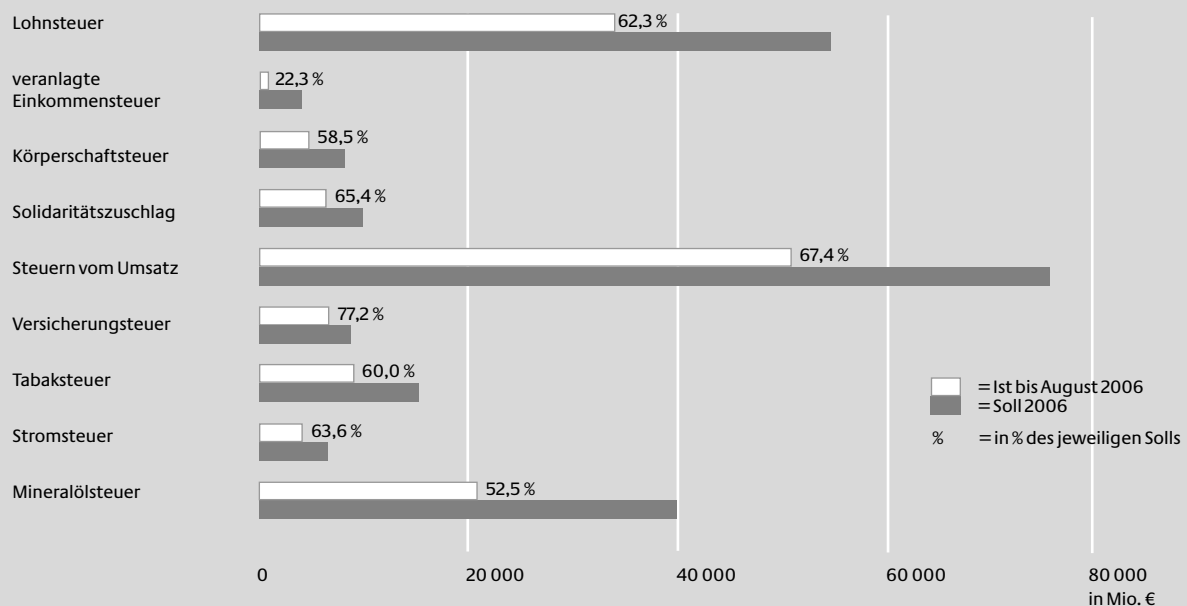
men aus der Lohnsteuer nieder. Im August 2006 stiegen die Einnahmen im Vorjahresvergleich um + 4,0 %.

Der kräftige Zuwachs von rund 600 Mio. € bei der veranlagten Einkommensteuer speist sich aus mehreren Quellen. Um zusammen knapp 300 Mio. € gingen die Erstattungen an Arbeitnehmer, die Eigenheimzulage und die Investitionszulage zurück. Zusätzlich zu diesem Rückgang der aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlten Beträge machten sich erneut die gestiegenen Unternehmensgewinne bemerkbar.

In noch stärkerem Maße gilt Letzteres für die Körperschaftsteuer, deren Aufkommen im August um rund 800 Mio. € über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresmonats lag. Die Mehreinnahmen resultierten überwiegend aus nachträglichen Vorauszahlungen für das Jahr 2005 und einem positiven Saldo aus Nachzahlungen und Erstattungen für weiter zurück liegende Veranlagungsjahre.

Die anhaltend gute Gewinnsituation der Kapitalgesellschaften spiegelt sich auch in höheren Dividendenzahlungen und daraus resultie-

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis August 2006



rend höheren Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wider, die um +19,0 % über dem Vorjahresergebnis lagen.

Auch beim Zinsabschlag setzte sich im August die seit einigen Monaten zu beobachtende Aufwärtsentwicklung mit +21,9 % weiter fort.

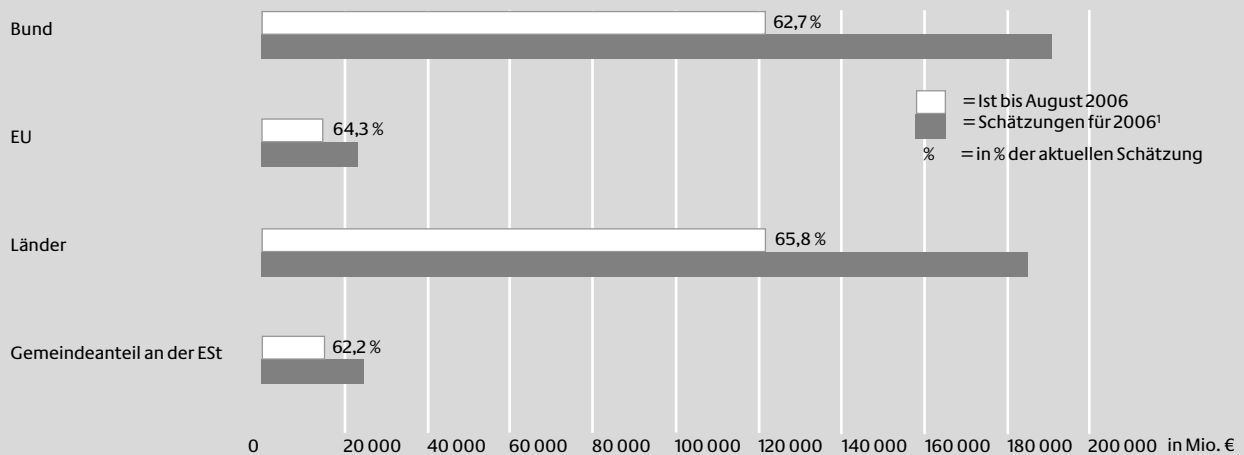
Bei den Steuern vom Umsatz gab es nach dem überaus guten Juli-Ergebnis (+14,1 %) mit -2,4 % den erwarteten Rückschlag. Offenbar ist es im Vorjahresvergleich zur Verschiebung von Zahlungen zwischen den Monaten Juli und August gekommen. Im Zweimonatsvergleich Juli/August ergibt sich ein Zuwachs der Steuern vom Umsatz von +5,3 %.

Dabei erwies sich die Einfuhrumsatzsteuer, die auf Importe aus Nicht-EU-Staaten erhoben wird, auch im August als sehr dynamisch und konnte um +13,8 % zulegen. Die Umsatzsteuer hingegen ging um -6,7 % zurück. Im Zweimonatsvergleich nahm die Einfuhrumsatzsteuer um +18,9 % zu, das Aufkommen der Umsatzsteuer stieg um +1,7%. Diese Zahlen sind kompatibel mit den kräftig steigenden Importen aus Drittländern und der nach wie vor wenig dynamischen Umsatzentwicklung in Deutschland.

Die Entwicklung bei den reinen Bundessteuern (-2,1 %) gibt Anlass zur Sorge. Die Mineralölsteuer ging um -4,5 % zurück, das Tabaksteueraufkommen sank gar um -6,2 %. Auch die Stromsteuer und die Versicherungssteuer erbrachten -4,7 % bzw. -2,2 % weniger als im Vorjahr. Von den aufkommenstarken Bundessteuern nahm nur der Solidaritätszuschlag kräftig zu (+13,7 %), weil seine Bemessungsgrundlagen ebenfalls sämtlich stiegen.

Die reinen Ländersteuern konnten im August 2006 hingegen mit +9,9 % wiederum deutlich zulegen. Länger als erwartet profitiert das Grunderwerbsteueraufkommen von vorgezogenen Immobilienkäufen infolge der Abschaffung der Eigenheimzulage. Es nahm erneut mit +26,9 % sehr stark zu. Aber auch die Erbschaftsteuer (+19,7%) und die Biersteuer (+11,2%) verzeichneten zweistellige Zuwächse. Vergleichsweise geringe Veränderungen waren beim Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer (-1,7 %) und aus der Rennwett- und Lotteriesteuer (+2,6 %) zu verzeichnen.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis August 2006



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2006).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2006	August	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis August	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2006 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 556	4,0	78 135	2,2	120 200	1,1
veranlagte Einkommensteuer	- 411	.	2 972	.	13 350	36,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	475	19,0	9 355	11,6	10 451	5,0
Zinsabschlag	539	21,9	5 612	8,6	7 094	1,5
Körperschaftsteuer	206	.	10 906	71,7	18 650	14,2
Steuern vom Umsatz	12 224	- 2,4	95 969	4,9	142 200	1,8
Gewerbesteuerumlage	301	- 2,9	1 983	4,6	3 346	- 6,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	192	11,0	1 617	19,4	2 757	4,8
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	23 081	7,6	206 547	9,5	318 048	3,3
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 094	- 4,5	20 674	- 1,2	39 300	- 2,0
Tabaksteuer	1 212	- 6,2	8 819	1,8	14 700	3,0
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	200	26,5	1 287	3,7	2 150	0,4
Versicherungsteuer	866	- 2,2	6 751	- 0,7	8 750	0,0
Stromsteuer	477	- 4,7	4 164	- 2,7	6 550	1,4
Solidaritätszuschlag	653	13,7	6 894	9,7	10 548	2,3
übrige Bundessteuern	109	11,5	888	- 1,3	1 464	- 0,1
Bundessteuern insgesamt	6 611	- 2,1	49 477	0,8	83 462	- 0,1
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	335	19,7	2 551	- 12,1	4 162	1,6
Gründerwerbsteuer	520	26,9	4 026	31,5	5 140	7,3
Kraftfahrzeugsteuer	690	- 1,7	6 384	7,9	9 000	3,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	162	2,6	1 173	- 4,0	1 810	- 0,2
Biersteuer	78	11,2	525	1,3	781	0,5
sonstige Ländersteuern	26	- 6,5	274	- 22,2	359	- 16,2
Ländersteuern insgesamt	1 811	9,9	14 933	6,9	21 252	3,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	329	8,0	2 501	19,8	3 700	9,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	282	25,6	2 258	0,5	3 600	10,5
BNE-Eigenmittel	1 334	20,6	9 860	- 10,0	15 450	2,5
EU-Eigenmittel insgesamt	1 945	19,0	14 618	- 4,4	22 750	4,8
Bund³	14 241	1,8	121 622	8,6	193 840	1,9
Länder³	13 955	7,4	122 386	8,4	186 037	3,1
EU	1 945	19,0	14 618	- 4,4	22 750	4,8
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 690	9,7	14 832	9,0	23 836	3,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	31 832	5,6	273 458	7,8	426 463	2,7

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2006.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im August weiter zurückgegangen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Juli bei 3,92 % lag, notierte Ende August bei 3,79 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 3,16 % Ende Juli auf 3,26 % Ende August. Die Europäische Zentralbank hat zuletzt am 3. August 2006 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 9. August liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefi-

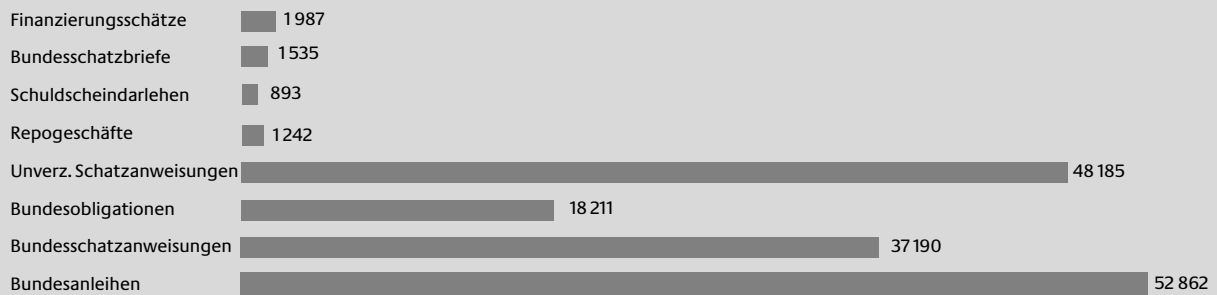
nanzierungsgeschäfte bei 3,00 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,00 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im August zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 5682 auf 5860 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 3692 auf 3809 Punkte (Monatsendstände).

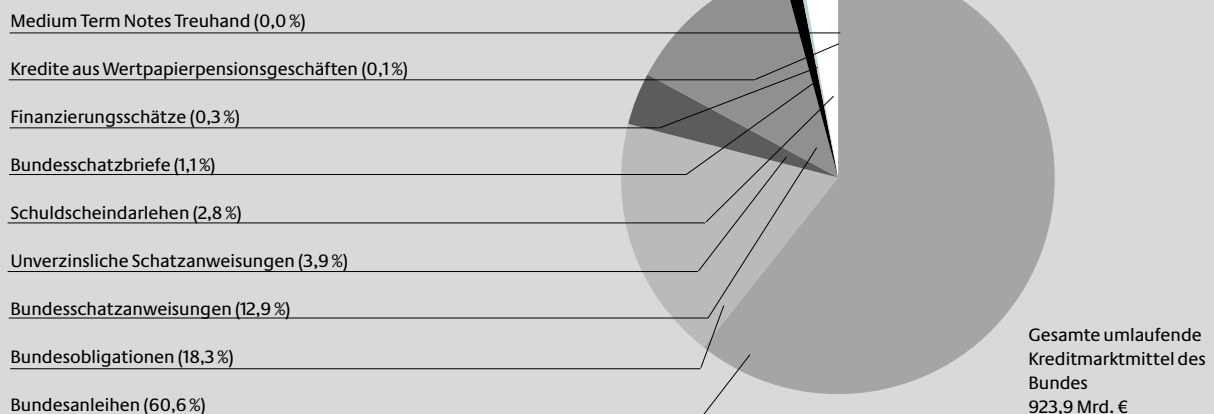
Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet verringerte sich im Juli

Kreditaufnahme des Bundes bis August 2006 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. August 2006



2006 auf 7,8 % nach 8,5 % im Juni. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Mai bis Juli 2006 ging auf 8,3 % zurück nach 8,7 % im vorangegangenen Dreimonatszeitraum (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum von 11,5 % im Juni auf 11,8 % im Juli an. Aufgrund des noch immer niedrigen Zinsniveaus im Euro-Währungsgebiet bleibt das Geldmengen- und Kreditwachstum kräftig. In Deutschland sank die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 4,2 % im Juni auf 3,9 % im Juli.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis einschließlich August 2006 162,1 Mrd. €. Davon wurden 154,3 Mrd. € im Rahmen des

angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme wurde durch Marktpflegeoperationen, im Privatkundengeschäft des Bundes, über Schuldscheindarlehen sowie für den Bund erstmals mit einer inflationsindexierten Anleihe über 5,5 Mrd. € realisiert.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2005 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Juli 2006 um 3,2 % auf 923,9 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 3. Quartal 2006 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2006“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 63 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 3. Quartal 2006 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	14,3	-	14,3
Bundesschatzanweisungen	-	-	17,0	17,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,0	0,1	0,6	0,7
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-
Anleihen des Entschädigungsfonds	-	-	-	-
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,3	0,3	0,1	0,7
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	6,3	20,6	23,7	50,6

Zinszahlungen

	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Zinszahlungen	12,0	1,8	1,1	14,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes, sowie der ab 2005 eingegliederte Fonds Deutsche Einheit und der Ausgleichsfonds nach dem Lastenausgleichsgesetz.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 3. Quartal 2006 auf rund 50,6 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und

seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 3. Quartal 2006 auf rund 14,9 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2006

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135309 WKN 113 530	Aufstockung	5. Juli 2006	10 Jahre fällig 4. Juli 2016 Zinslaufbeginn: 19. Mai 2006 erster Zinstermin: 4. Juli 2007	8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137149 WKN 113 714	Aufstockung	19. Juli 2006	2 Jahre fällig 13. Juni 2008 Zinslaufbeginn: 13. Juni 2006 erster Zinstermin: 13. Juni 2007	7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135275 WKN 113 527	Aufstockung	26. Juli 2006	30 Jahre fällig 4. Januar 2037 Zinslaufbeginn: 4. Januar 2005 erster Zinstermin: 4. Januar 2006	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135309 WKN 113 530	Aufstockung	16. August 2006	10 Jahre fällig 12. September 2008 Zinslaufbeginn: 19. Mai 2006 erster Zinstermin: 4. Juli 2007	7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137156 WKN 113 715	Neuemission	13. September 2006	2 Jahre fällig 13. Juni 2008 Zinslaufbeginn: 12. September 2006 erster Zinstermin: 12. September 2007	ca. 9 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001141497 WKN 114 149	Neuemission	27. September 2006	5 Jahre fällig 14. Oktober 2011 Zinslaufbeginn: 29. September 2006 erster Zinstermin: 14. Oktober 2007	ca. 8 Mrd. €
3. Quartal 2006 insgesamt				ca. 45 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114932 WKN 111 493	Neuemission	10. Juli 2006	6 Monate fällig 17. Januar 2007	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114940 WKN 111 494	Neuemission	14. August 2006	6 Monate fällig 14. Februar 2007	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114957 WKN 111 495	Neuemission	11. September 2006	6 Monate fällig 14. März 2007	ca. 6 Mrd. €
3. Quartal 2006 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Konjunkturelle Auftriebskräfte im Inland haben sich weiter verstärkt.
- Industrieindikatoren signalisieren einen guten Einstieg ins 3. Quartal.
- Zunehmend positive Auswirkungen der konjunkturellen Besserung auf dem Arbeitsmarkt.

Die ausführlichen Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes zur wirtschaftlichen Entwicklung im 2. Quartal haben die Erwartungen an eine Fortsetzung des Aufschwungs auf breiter Basis bestätigt: Die außenwirtschaftlichen Impulse sind nun auf die Binnennachfrage übergesprungen. So trug fast ausschließlich die inländische Verwendung zum Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,9 % gegenüber dem Vorquartal bei (+ 0,8 Prozentpunkte), während sich die Dynamik des Außenhandels abschwächte (Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags: + 0,1 Prozentpunkte). Der Aufschwung hinterlässt auch zunehmend positive Wirkungen in den öffentlichen Haushalten: Die öffentlichen Einnahmen steigen, und gleichzeitig fallen konjunkturbedingt weniger Ausgaben an. Zwar haben sich die Steuereinnahmen im August etwas gedämpfter entwickelt als in den Vormonaten. Dies ist auch auf ein etwas geringeres Aufkommen an Umsatzsteuer gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurückzuführen. Demgegenüber machen sich die gute Konjunktur und die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt weiterhin positiv beim Lohnsteueraufkommen bemerkbar, das im Vorjahresvergleich um 4,0 % zulegen konnte. Die Zunahme der Beschäftigung bzw. der Rückgang der Arbeitslosigkeit führt auch zu mehr Einnahmen aus Pflichtbeiträgen in den gesetzlichen Sozialversicherungen, wie beispielsweise in der Gesetzlichen Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit werden sich im laufenden Jahr auch

die Arbeitsmarktausgaben verringern. Damit werden die öffentlichen Haushalte sowohl von der Einnahmen- als auch von der Ausgabenseite entlastet.

Besonders erfreulich aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist die deutliche Belebung der Investitionstätigkeit. Sie hat einen großen Anteil am Wiedererstarren der konjunkturellen Auftriebskräfte und ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Aufschwung mit positiven Beschäftigungseffekten noch weiter an Breite gewinnt. So setzten die Ausrüstungsinvestitionen ihren Expansionskurs im 2. Vierteljahr beschleunigt fort (real + 2,5 % gegenüber dem Vorquartal), und die Bauinvestitionen stiegen kräftig an (real + 4,6 % gegenüber dem Vorquartal). Die Konjunkturdaten deuten darauf hin, dass sich diese positive Entwicklung im 3. Quartal fortsetzen dürfte.

Der Aufschwung wird voraussichtlich auch von der außenwirtschaftlichen Seite weiter gestützt werden. So hat sich im Juli die außenwirtschaftliche Dynamik – nach einem Abflachen im vergangenen Quartal – wieder spürbar belebt. Der Wert der Warenexporte stieg im Juni und Juli saisonbereinigt deutlich. Im Zweimonatsdurchschnitt (Juni/Juli) waren die Ausfuhren damit um 1,7 % höher als in der entsprechenden Vorperiode (April/Mai). Von Januar bis Juli verbesserte sich das Auslandsgeschäft um 13,0 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Überdurchschnittlich war dabei die Erhöhung der Exporte in den Nicht-Euroraum der EU (+ 15,0 % im Vergleich zu + 11,5 % in den

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2005 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber						
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode			
			4.Q.05	1.Q.06	2.Q.06	4.Q.05	1.Q.06	2.Q.06	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 129	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1	+ 3,1	+ 1,0	
jeweilige Preise	2 241	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,7	+ 3,6	+ 1,8	
Einkommen									
Volkseinkommen	1 675	+ 1,5	- 0,2	+ 1,8	- 0,5	+ 1,5	+ 3,4	+ 0,6	
Arbeitnehmerentgelte	1 129	- 0,7	- 0,0	+ 0,5	+ 0,5	- 0,7	- 0,1	+ 0,5	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	546	+ 6,2	- 0,6	+ 4,4	- 2,6	+ 7,1	+ 10,4	+ 0,9	
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 460	+ 1,7	- 0,2	+ 1,0	- 0,3	+ 1,1	+ 2,9	+ 1,1	
Bruttolöhne und -gehälter	911	- 0,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,7	- 0,3	- 0,0	+ 0,9	
Sparen der privaten Haushalte	157	+ 3,3	+ 1,0	- 0,9	- 1,3	+ 2,9	+ 1,4	- 1,2	
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge/	2005 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber						
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode			
					2- Monats- durch- schnitt			2- Monats- durch- schnitt	
			Jun 06	Jul 06		Jun 06	Jul 06		
in jeweiligen Preisen									
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	786	+ 7,5	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,7	+ 6,8	+ 13,4	+ 10,0	
Waren-Importe	626	+ 8,7	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,2	+ 15,6	+ 19,9	+ 17,7	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe									
Industrie (Index 2000 = 100) ^{1,2}	110,1	+ 4,4	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 8,7	+ 8,2	+ 8,5	
Inland ^{1,2}	101,8	+ 2,5	- 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 6,8	+ 6,7	+ 6,7	
Ausland ^{1,2}	123,6	+ 7,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,7	+ 11,2	+ 10,4	+ 10,8	
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	74	- 5,7	- 2,7	-	+ 14,8	- 0,8	-	+ 4,6	
in konstanten Preisen von 2000									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)¹									
Industrie ^{1,2}	103,7	+ 2,8	- 0,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 4,5	+ 4,7	+ 4,6	
Industrie ^{1,2}	106,3	+ 3,7	- 0,7	+ 1,2	+ 0,9	+ 4,8	+ 5,1	+ 5,0	
Bauhauptgewerbe ¹	76,1	- 5,6	- 1,0	+ 3,4	+ 1,3	+ 5,9	+ 7,2	+ 6,6	
Auftragseingang (Index 2000 = 100)									
Industrie ^{1,2}	108,7	+ 5,3	+ 0,2	+ 1,8	+ 0,7	+ 8,1	+ 7,4	+ 7,7	
Inland ^{1,2}	98,2	+ 2,0	- 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 4,2	+ 6,1	+ 5,1	
Ausland ^{1,2}	121,8	+ 8,8	+ 1,4	+ 2,5	+ 1,3	+ 12,0	+ 8,8	+ 10,4	
Bauhauptgewerbe ¹	72,5	- 2,7	- 5,7	-	+ 1,9	+ 3,2	-	+ 6,2	
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)									
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	101,8	+ 0,6	+ 0,4	- 1,0	+ 0,4	- 2,2	+ 0,5	- 0,9	
Großhandel (ohne Kfz.)	106,4	+ 2,8	+ 0,5	- 0,9	+ 0,8	+ 1,7	+ 4,7	+ 3,2	
Arbeitsmarkt	2005 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber						
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode			
			Jun 06	Jul 06	Aug 06	Jun 06	Jul 06	Aug 06	
Erwerbstätige, Inland	38,82	- 0,1	+ 67	+ 53	-	+ 260	+ 310	-	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,86	+ 10,9	- 52	- 92	+ 5	- 382	- 451	- 426	
Preisindizes	2005 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber						
			Vorperiode			Vorjahresperiode			
			Jun 06	Jul 06	Aug 06	Jun 06	Jul 06	Aug 06	
2000 = 100									
Importpreise	101,4	+ 4,3	- 0,2	+ 1,2	-	+ 5,6	+ 6,3	-	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 6,1	+ 6,0	+ 5,9	
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	+ 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden								
Gewerbliche Wirtschaft Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussindustrie)	Jan 06	Feb 06	Mrz 06	Apr 06	Mai 06	Jun 06	Jul 06	Aug 06	
Klima	+ 15,9	+ 17,3	+ 20,7	+ 22,5	+ 20,6	+ 24,1	+ 20,9	+ 21,5	
Geschäftslage	+ 12,2	+ 14,8	+ 21,4	+ 26,4	+ 26,1	+ 30,7	+ 30,2	+ 30,9	
Geschäftserwartungen	+ 19,7	+ 19,8	+ 20,0	+ 18,7	+ 15,2	+ 17,7	+ 11,9	+ 12,5	

¹ Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

² Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Euroraum), die etwa einen Anteil von 20 % an den Gesamtlieferungen aus der Bundesrepublik ins Ausland haben (Exportanteil des Euroraums ca. 44 %). Auch die Auslandsaufträge haben nach schwächeren Vormonaten wieder angezogen. Im Zweimonatsvergleich expandierten vor allem die Orders für Vorleistungsgüter sowohl aus dem Euroraum (saisonbereinigt + 2,5 % gegenüber der Vorperiode) als auch aus Ländern außerhalb des Euroraums (+ 3,2 %). Die Bestellungen von Investitionsgütern von Staaten außerhalb des Eurogebiets sind ebenfalls kräftig angestiegen (+ 5,2 %). Zwar signalisieren die Stimmungsindikatoren eine leichte Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums, und die US-Wirtschaft entwickelt sich aktuell etwas moderater. Aber insgesamt dürften die Abschwächungstendenzen der weltwirtschaftlichen Dynamik nur gering sein. Dies spricht zusammen mit den trotz Rückgangs weiterhin hohen ifo-Exportorerwartungen deutscher Industrieunternehmen und der wieder angezogenen Auslandsnachfrage für ein anhaltend dynamisches Exportgeschäft in den nächsten Monaten.

Der Wert der Warenimporte hat im Zweimonatsdurchschnitt saisonbereinigt mit + 3,2 % stärker zugelegt als der Wert der Exporte. Dies dürfte zu einem großen Teil auf die Verteuerung von Importen, aber auch auf die Zunahme der Inlandsnachfrage zurückzuführen sein. Wegen der zu erwartenden Expansion der Inlandsnachfrage, die zum Teil auch durch Importe von Gütern und Dienstleistungen gespeist wird, dürften in den nächsten Monaten auch die Einfuhren deutlich zunehmen.

Die Industrieindikatoren signalisieren weiterhin starke binnenwirtschaftliche Auftriebskräfte im 3. Quartal: Die industrielle Erzeugung wurde im Zweimonatsdurchschnitt weiter ausgeweitet (saisonbereinigt + 0,9 % gegenüber der Vorperiode). Dies resultierte vor allem aus dem Produktionsanstieg von Vorleistungsgütern (+ 2,0 %); die Investitionsgüterproduktion trug mit einer Zunahme um 0,9 % dazu bei. Konsumgüter wurden dagegen weniger hergestellt (- 1,5 %). Die Steigerung des Umsatzvolumens der hergestellten Erzeugnisse fiel im Inland und im Ausland nahezu gleich aus (+ 0,6 % und + 0,7 %). Das Plus des Inlandsatzes war ausschließlich auf die Verbesserung des Verkaufs

von Vorleistungsgütern zurückzuführen (+ 2,4 %). Der Umsatz von Investitions- und Konsumgütern ging dagegen leicht zurück (- 0,6 % und - 0,4 %).

Auch der Zustrom neuer Inlandsaufträge betraf vor allem die Vorleistungsgüterbranche (saisonbereinigt + 0,9 % gegenüber der Vorperiode). Die deutliche Zunahme der Dynamik der Industrieproduktion sowie der inländischen Umsätze und Auftragseingänge in der – als Vorlaufindikator für nachfolgende Produktion relevanten – Vorleistungsgüterindustrie signalisiert für die kommenden Monate eine anhaltend lebhaftere Industriekonjunktur auf breiter Basis. Dafür sprechen auch die Verbesserung der Lageeinschätzung der Unternehmen (ifo-Geschäftsklima) sowie das zwar leicht zurückgegangene, aber dennoch hohe und eine Produktionsausweitung anzeigende Niveau des Einkaufsmanagerindex im August.

Die Baubranche befindet sich mit einem Produktionsanstieg um saisonbereinigt 1,3 % (Zweimonatsdurchschnitt gegenüber der Vorperiode) auf einem Aufwärtstrend, der sich vor dem Hintergrund der Zunahme der Bauaufträge im 2. Quartal und des Anstiegs der Baugenehmigungen (von Januar bis Juni um 19,7 % gegenüber dem Vorjahr) im 3. Quartal fortsetzen dürfte. Allerdings spielen hierbei auch Sondereffekte wie das Auslaufen der Eigenheimzulage im vergangenen Jahr und Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Umsatzsteuersatzerhöhung 2007 eine nicht zu unterschätzende Rolle.

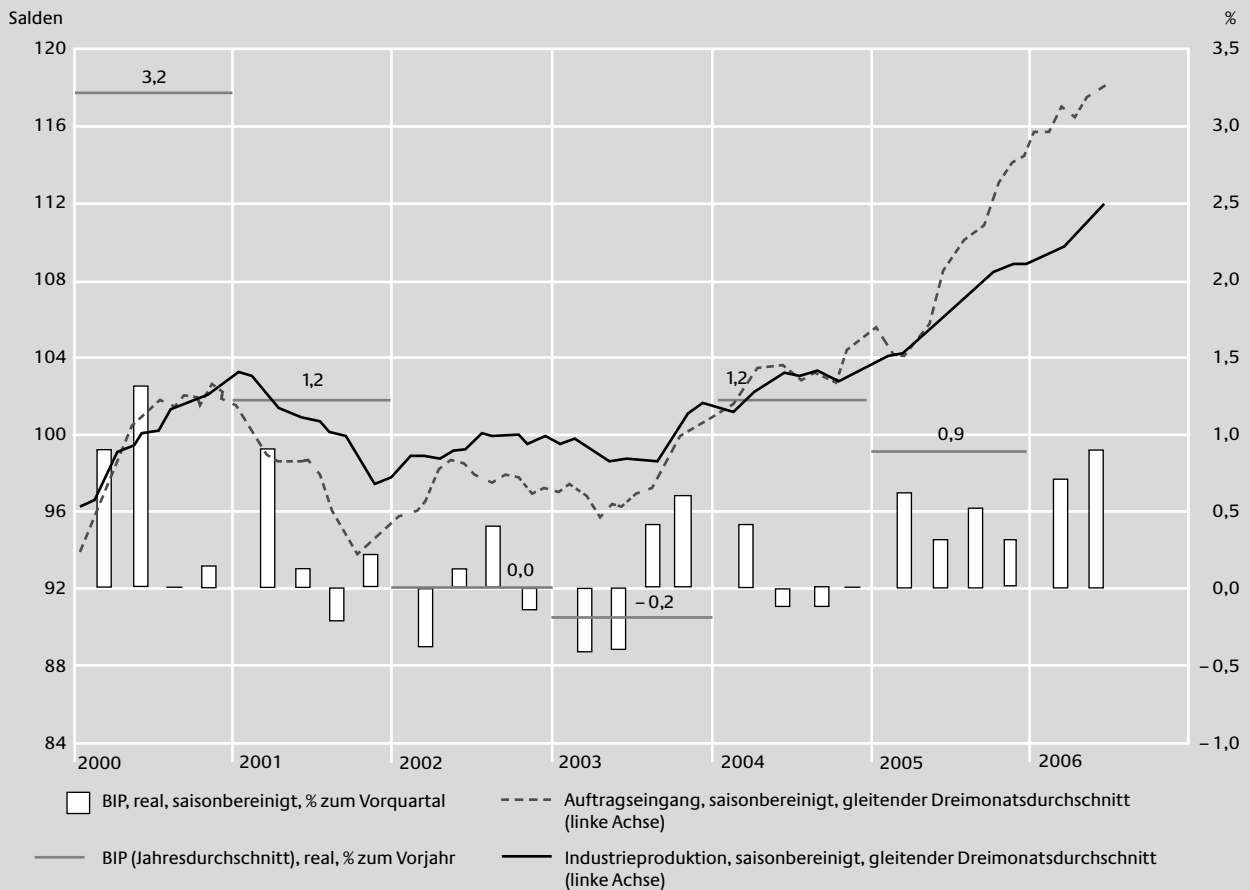
Die Privaten Konsumausgaben profitieren in diesem Jahr in starkem Maße von Sondereffekten (Fußball-WM, Vorzieheffekte aufgrund der Umsatzsteuersatzerhöhung). Die gedämpfte Kaufkraft der privaten Haushalte konterkariert derzeit noch eine grundlegende Tendenzwende zum Besseren. Im 2. Quartal ging der private Verbrauch um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Dieser Rückgang darf allerdings nicht überbewertet werden, denn er ist vor dem Hintergrund des deutlichen Anstiegs im 1. Vierteljahr (+ 1,1 %) zu sehen. Insgesamt nahm der private Konsum im 1. Halbjahr um 0,5 % im Vergleich zur 2. Hälfte des vergangenen Jahres zu. Die schwächere Entwicklung des privaten Konsums steht auch in keinem Widerspruch zur aufwärtsgerichteten Entwicklungstendenz des Einzel-

handelsumsatzes im vergangenen Quartal, da zum Anstieg des Letzteren auch Ausgaben ausländischer Touristen im Zusammenhang mit der Fußball-WM geführt hatten. Diese Ausgaben werden konzeptionell den Dienstleistungsexporten und nicht den Privaten Konsumausgaben zugerechnet. Zuletzt kam es wieder zu einer Abschwächung der Umsatzentwicklung im Einzelhandel (einschl. Kfz-Handel und Tankstellen). So gab es im Juni/Juli eine Zunahme um 0,4 % nach 1,7 % im Mai/Juni (jeweils saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode). Da Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Umsatzsteuersatzerhöhung vor allem in der zweiten Jahreshälfte wirksam werden dürften, sind die Aussichten für Umsatzsteigerungen im Einzelhandel in den nächsten Monaten gut. Darauf deutet auch die im GfK-Konsumklimaindex gemessene sehr hohe Bereitschaft der Verbraucher hin, in der nächsten Zeit langlebige Gebrauchsgüter zu kaufen. Die Einzelhändler sind bis zum Jahresende ebenfalls optimistisch

gestimmt: Die ifo-Geschäftserwartungen für den Einzelhandel – mit Sicht auf die nächsten sechs Monate – hatten von Februar bis Juni im positiven Bereich gelegen.

Zusammen mit der Arbeitsmarktpolitik – insbesondere die intensivere Betreuung von Arbeitslosen und der Einsatz von Arbeitsgelegenheiten – zeigt die Beschleunigung der wirtschaftlichen Erholung bei erstarkenden inländischen Wachstumskräften zunehmend positive Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. So ist die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit seit Jahresbeginn deutlich zurückgegangen (kumuliert – 263 000 Personen). Zwar stieg sie im August leicht an (+ 5 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Dies dürfte aber auf eine Saisonverschiebung zurückzuführen sein: Der Augustwert war aufgrund des späteren Ferienbeginns in vielen Ländern in Verbindung mit dem früheren Zähltag zur Monatsmitte höher als in den Vorjahren. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 10,6 %. Nach

BIP-Wachstum sowie Produktion und Auftragseingang in der Industrie



Ursprungszahlen waren im August 4,372 Mio. Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 426 000 Personen weniger als vor einem Jahr (Juli: – 451 000 und Juni: – 382 000).

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort Deutschland (Inlandskonzept) erhöhte sich im Juli gegenüber dem Vormonat weiter (+ 53 000 Personen). Von Januar bis August nahm sie insgesamt um saisonbereinigt 243 000 Personen zu. Im Vorjahresvergleich stieg die Erwerbstätigkeit seit Februar deutlich, zuletzt im Juli um 310 000 Personen (Juni: + 260 000 und Mai: + 182 000). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat sich ebenfalls seit Februar saisonbereinigt ausgeweitet, und das Vorjahresniveau wurde nach ersten Hochrechnungen im Juni merklich überschritten. Nach Branchen gab es den größten Anstieg bei unternehmensnahen Dienstleistungen. Dieser war vor allem auf eine Zunahme von Arbeitnehmerüberlassungen (Leiharbeit) zurückzuführen. Beschäftigungsverluste verzeichneten das Kredit- und Versicherungsgewerbe, das Verarbeitende und das Baugewerbe, wobei das Minus in den beiden letztgenannten Bereichen immer kleiner wird. Auch ungeforderte Stellenangebote haben sich seit Jahresbeginn saisonbereinigt erhöht. Vor dem Hintergrund der erwarteten Abflachung der konjunkturellen Dynamik zu Anfang nächsten Jahres kann der Beschäftigungszuwachs allerdings noch nicht als nachhaltig bezeichnet werden, zumal er hauptsächlich im Bereich der Arbeitnehmerüberlassungen zu verzeichnen ist. Die derzeitigen Daten lassen aber den Schluss zu, dass im Jahresdurchschnitt die Entwicklung der Beschäftigung besser verlaufen dürfte als in der Frühjahrsprojektion angenommen. Eine Fortsetzung und Verstärkung der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt könnte einer Dämpfung des privaten Konsums

am Anfang des nächsten Jahres durch die Umsatzsteuersatzerhöhung entgegenwirken.

Für die Kaufkraft der privaten Haushalte schlägt das – trotz Energieverteuerung – weiterhin ruhige Preisklima entlastend zu Buche. Im August ging der Verbraucherpreisindex zuletzt um 0,1 % gegenüber dem Vormonat zurück, was zum Teil auf niedrigere Kraftstoffpreise (– 1,8 %) zurückzuführen war. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anstieg des Index etwas abgeschwächt (+ 1,7 % nach + 2,0 % im Juni und + 1,9 % im Juli). Allerdings ist die Jahresteuerrate nun schon seit über einem Jahr von überdurchschnittlichen Preiserhöhungen der Haushaltsenergie und der Kraftstoffe geprägt. Ohne diese Güter hätte die Teuerungsrate zuletzt nur bei 1,0 % gelegen.

Auf der Ebene der Import- und Erzeugerpreise kommen zu den Preissteigerungen bei Erdöl- und Mineralölzeugnissen starke Verteuerungen von Nicht-Energierohstoffen hinzu. Der Importpreisindex ist im Juli um 1,2 % gegenüber dem Vormonat deutlich angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte er sich um 6,3 % (Juni: + 5,6 %). Ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse betrug die Jahresteuerrate 4,3 %. Besonders stark verteuerten sich Nicht-Eisen-Metalle und deren Halbzeug (+ 53,7 %), insbesondere Rohkupfer (+ 110,0 %). Die Preissteigerungen für Energie lagen bei 25,5 %.

Der Erzeugerpreisindex erhöhte sich im August um 0,2 % gegenüber dem Vormonat und im Vergleich zum Vorjahr um 5,9 %. Im Vorjahresvergleich gab es auch hier eine deutliche Zunahme der Preise für Nicht-Eisen-Metalle (+ 43,3 %) und Energie (+ 14,8 %). Ohne Berücksichtigung von Energie lagen die Erzeugerpreise weiterhin 3,0 % oberhalb ihres Vorjahresniveaus.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2006

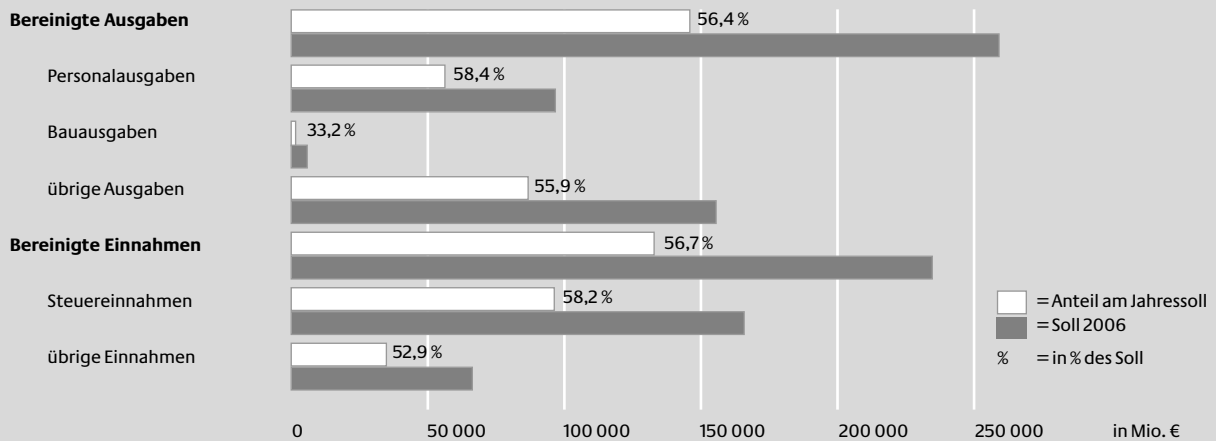
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder (Ist-2006 ohne Saarland) für Januar bis einschließlich Juli vor.

Bei den Ländern insgesamt verringerten sich die Ausgaben im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um - 2,1 % auf rd. 145,7 Mrd. € und die Einnahmen erhöhten sich um + 3,2 % auf rd. 133,5 Mrd. €. Die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen setzte sich auch im Juli weiter fort. Sie erhöhten sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um + 7,4 %. Das Finanzierungsdefizit

der Ländergesamtheit betrug rd. - 12,2 Mrd. € und lag mit rd. 7,2 Mrd. € deutlich unter dem Vorjahresniveau.

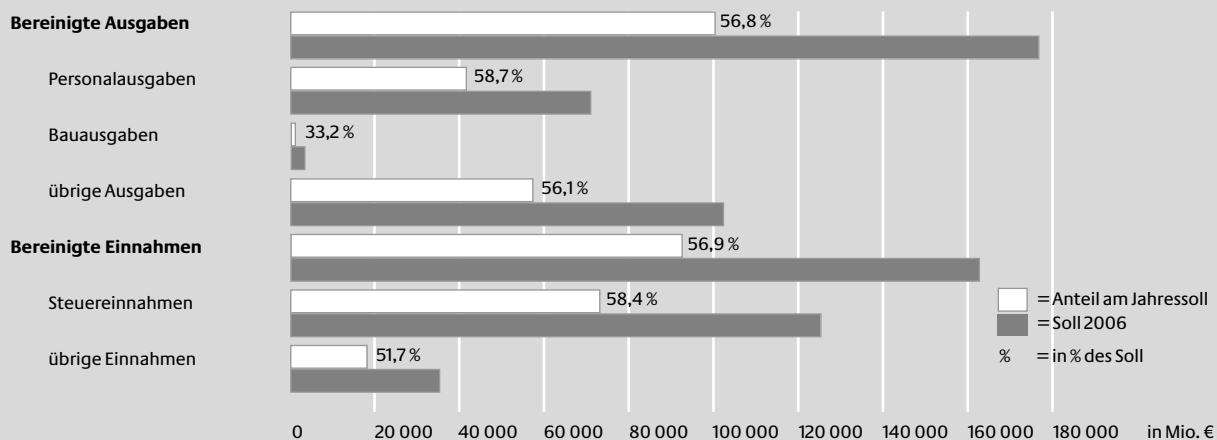
In den Flächenländern West stiegen die Einnahmen um + 3,2% und die Steuereinnahmen um +6,2%, die Ausgaben gingen um -1,3% zurück. In den ostdeutschen Flächenländern erhöhten sich die Einnahmen um + 7,1 % und die Steuereinnahmen um + 11,0 %, während sich die Ausgaben um -2,1% verringerten. Bei den Stadtstaaten gingen die Einnahmen um - 2,4 % zurück, die Steuereinnahmen erhöhten sich um + 12,0 % und die Ausgaben sanken um - 4,6 %.

Länder insgesamt¹



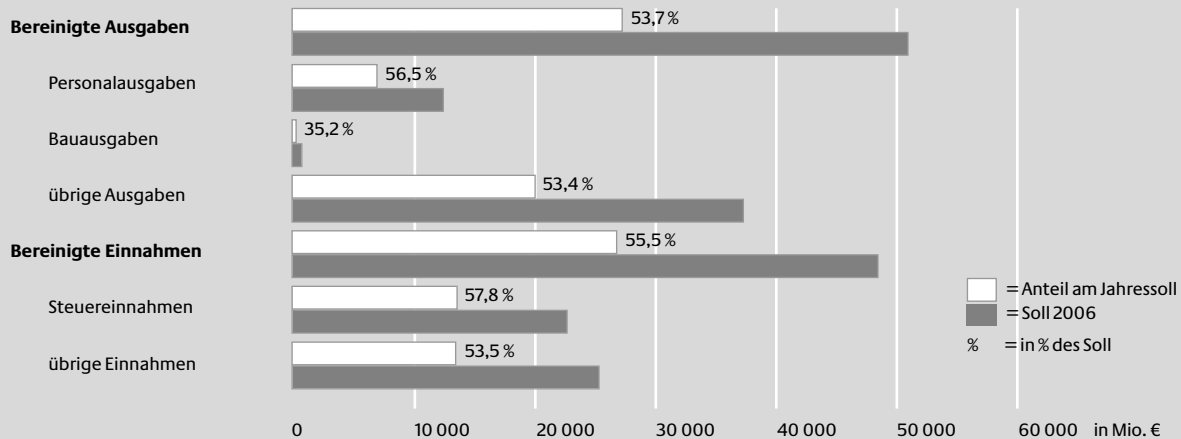
¹ Ohne Ist-Zahlen des Saarlandes.

Flächenländer West¹

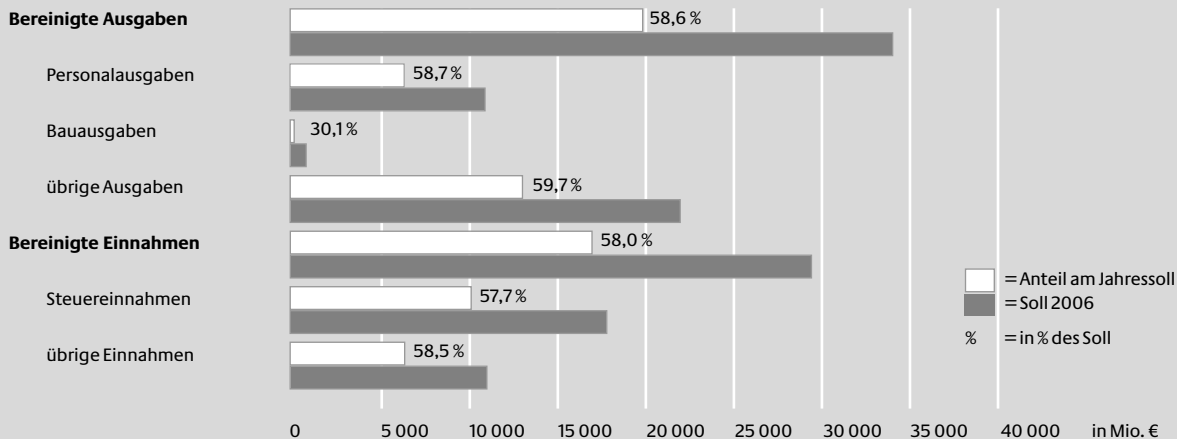


¹ Ohne Ist-Zahlen des Saarlandes.

Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 9./10. Oktober 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
- 19./20. Oktober 2006 – Europäischer Rat in Brüssel
- 6./7. November 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 18./19. November 2006 – G 20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure in Melbourne
- 27./28. November 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Fachblick** – Entschädigung von NS-Recht – Regelungen zur Wiedergutmachung – Ausgabe 2006 –
- Fachblick** – Bericht des Bundesministeriums der Finanzen über die Kreditaufnahme des Bundes im Jahr 2005

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

telefonisch: 0 30 18 / 68 23 300
per Telefax: 0 30 18 / 68 23 765

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2006	Oktober	September 2006	20. Oktober 2006
	November	Oktober 2006	20. November 2006
	Dezember	November 2006	21. Dezember 2006

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2007

- bis 23. Juni 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 29. Juni 2006 – Finanzplanungsrat
- 30. Juni 2006 – Zuleitung an Kabinett
- 5. Juli 2006 – Kabinettsbeschluss
- 11. August 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 5. bis 8. September 2006 – 1. Lesung Bundestag
- 22. September 2006 – 1. Beratung Bundesrat
- 20. September bis
- 8. November 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 2./3. November 2006 – Steuerschätzung
- 9. November 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 21. bis 24. November 2006 – 2./3. Lesung Bundestag
- 15. Dezember 2006 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt



Analysen und Berichte

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2005	33
Internationale Vergleiche von Volkswirtschaften im Rahmen von Ranking- und Benchmarking-Verfahren	41
Die abgabenrechtliche Privilegierung gemeinnütziger Zwecke auf dem Prüfstand	51
Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit	55
Risikoanalyse im grenzüberschreitenden Warenverkehr	63



Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2005

1	Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände	33
2	Gesamtergebnis für das Bundesgebiet	34
2.1	Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände	34
2.2	Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten	35
2.3	Aufgliederung nach Rückstandsarten	35
2.4	Entwicklung der Rückstandsfälle	36
2.5	Einfluss von Rückstandsveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen	36
3	Einzelsteuern	37

- Zum 31. Dezember 2005 beliefen sich die Steuerrückstände auf 16,9 Mrd. €.
- Die Rückstandsquote betrug 4,60 % (in 2004: 4,80 %).
- Umsatzsteuer und Körperschaftsteuer tragen zu 80,9 % der Rückstände bei.
- Bei der veranlagten Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Erbschaftsteuer liegen die Rückstandsquoten weit über dem Durchschnitt.

1 Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Oberfinanzdirektionen einen ausführlichen Bericht über die Rückstände an Besitz- und Verkehrsteuern zum Jahresende. Nachstehend werden die wesentlichen Ergebnisse zum „Stand der Steuererhebung am 31. Dezember 2005 (Rückständestatistik)“ dargelegt.

Erfasst sind bei der Rückständestatistik ausschließlich die von den Finanzämtern erhobenen und über die Finanzkassen entrichteten Bundes- und Ländersteuern. Die Erhebung deckt damit fast $\frac{3}{4}$ der gesamten Steuereinnahmen ab. Nicht berücksichtigt sind die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern.

Bei den ermittelten Rückständen handelt es sich um Steueransprüche des Staates an die Steu-

erpflichtigen, die im Sinne der Steuergesetze entstanden und bis zum Stichtag 31. Dezember 2005 fällig geworden sind. Teilweise ist die Einziehung dieser Steuerschulden durch Verwaltungsakte der Finanzverwaltung wie Stundung oder Aussetzung der Vollziehung hinausgeschoben. Die Finanzverwaltung kann Steueransprüche stunden, wenn deren Einziehung eine erhebliche Härte für den Steuerschuldner bedeuten würde (§ 222 Abgabenordnung). Die Vollziehung eines mit Rechtsmitteln angefochtenen Steuerbescheides soll von der Finanzverwaltung ausgesetzt werden, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes bestehen oder die Vollziehung eine unbillige Härte für den Betroffenen zur Folge hätte (§ 361 Abgabenordnung). Die verbleibenden nicht gestundeten oder ausgesetzten Teile der Steuerrückstände werden als „echte Rückstände“ bezeichnet. Die diesen Steueransprüchen zugrunde liegenden Steuerbescheide befinden sich in Vollstreckung.

Die Rückständestatistik zeigt lediglich eine Momentaufnahme eines dynamischen Prozesses,

bei dem laufend alte Rückstände aus unterschiedlichen Zeiträumen abgelöst werden und neue hinzukommen. Die Steuerverwaltung ist bestrebt, durch eine möglichst zeitnahe Steuererhebung den Bodensatz an Steuerrückständen so gering wie möglich zu halten.

2 Gesamtergebnis für das Bundesgebiet

2.1 Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Die im Laufe eines Jahres neu entstandenen Steuerforderungen (Sollstellungen) bilden zusammen mit den zum Ende des vorangegangenen Berichtszeitraumes festgestellten Rückständen das Kassensoll. Zum Jahresende 2005 lag das Kassensoll der Besitz- und Verkehrsteuern mit 368178 Mio. € um 2,1 % über dem Wert des Vorjahresstichtages. Das kassenmäßige Aufkommen belief sich Ende 2005 auf 345 653 Mio. € und erhöhte sich damit um 2,3 % gegenüber dem Vorjahresaufkommen.

Der Erlass von Steuerbeträgen stieg im Berichtszeitraum auf 387 Mio. € (um 852,7%). Dieser hohe Anstieg ist zurückzuführen auf einen Einzelfall bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Die verwaltungsinternen Niederschlagungen von Steueransprüchen wegen festgestellter Erfolglosigkeit der Beitreibung sanken gegenüber dem Jahr 2004 um 5,9% auf 5201 Mio. €. Damit ergibt sich für Erlass und Niederschlagungen zusammen ein Anteil von 1,52 % am Kassensoll (Vorjahr: 1,54 %).

Bereinigt man das Kassensoll um das kassenmäßige Aufkommen sowie die durch Erlass und Niederschlagung entstandenen Steuerausfälle,

Tabelle 1: Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Stand am 31. Dezember	Rückstände am 31. Dezember des Vorjahrs	in den letzten zwölf Monaten					Rückstände am Erhebungs- stichtag (Sp. 4- (5+6+7)) 8
		Sollstellungen	Kassensoll (Sp. 2+3)	kassenmäßiges Aufkommen	Erlass	Nieder- schlagungen	
1	2	3	4	5	6	7	8
in Mio. €							
2001	18 982	354 285	373 267	348 125	31	5 564	19 547
2002	19 547	350 348	369 895	343 958	39	6 191	19 707
2003	19 707	345 163	364 870	339 610	79	5 700	19 481
2004	19 481	341 138	360 619	337 734	41	5 525	17 319
2005	17 319	350 859	368 178	345 653	387	5 201	16 937

ergeben sich Gesamtrückstände aller Besitz- und Verkehrsteuern am Erhebungstag 31. Dezember 2005 in Höhe von 16 937 Mio. €. Das bedeutet einen Rückgang um 381 Mio. € bzw. 2,2 % gegenüber dem Vorjahr.

2.2 Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Gemessen am Kassensoll aller erfassten Besitz- und Verkehrsteuern ergeben sich die nachstehenden Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten (siehe Tabelle 2).

Die Rückstandsquote sank auf 4,60 % (Ende 2004: 4,80 %). Dies ist ein Ergebnis des Rückgangs der Rückstände um 2,2 % in Verbindung mit der Erhöhung des Kassensolls um 2,1 %. Die Niederschlagungsquote sank gegenüber dem Vorjahr, hingegen stieg die Erlassquote erheblich.

2.3 Aufgliederung nach Rückstandsarten

Die Gesamtrückstände setzen sich aus den gestundeten und ausgesetzten Beträgen sowie den echten Rückständen zusammen. Die Stundungen sanken um 33 Mio. € (4,0 %) auf 798 Mio. €. Die Aussetzungen erhöhten sich um 59 Mio. € (0,7 %) auf 9 015 Mio. €. Die echten Rückstände, die trotz abgelaufener Zahlungsfristen am Erhebungsstichtag noch nicht gezahlt worden waren und bei denen im Allgemeinen eine Beitreibung eingeleitet worden ist, sanken um 407 Mio. € (5,4 %) auf 7 124 Mio. €.

Die Aufteilung der Gesamtrückstände nach den Merkmalen „gestundet“, „ausgesetzt“ und „echte Rückstände“ zeigt einen Anstieg des Anteils der ausgesetzten Rückstände im Jahr 2005 auf 53,2 %. Bei diesen Beträgen dürfte aufgrund der hohen Erfolgsaussichten eingelegter Rechtsmittel überwiegend nicht mehr mit einer

Tabelle 2: Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Stand am 31. Dezember	Rückstandsquote (Rückstand/Kassensoll)	Erlassquote (Erlass/Kassensoll)		Niederschlagungsquote (Niederschlagung/Kassensoll)
		in %		
2001	5,24	0,01		1,49
2002	5,33	0,01		1,67
2003	5,34	0,02		1,56
2004	4,80	0,01		1,53
2005	4,60	0,10		1,41

Tabelle 3: Aufgliederung nach Rückstandsarten

Stand am 31. Dezember	Rückstände in Mio. €	davon					
		gestundet		ausgesetzt		echte Rückstände	
		in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %
2001	19 547	1 317	6,7	9 065	46,4	9 164	46,9
2002	19 707	1 210	6,1	8 705	44,2	9 791	49,7
2003	19 481	1 751	9,0	8 615	44,2	9 114	46,8
2004	17 319	831	4,8	8 956	51,7	7 531	43,5
2005	16 937	798	4,7	9 015	53,2	7 124	42,1

Zahlung zu rechnen sein. Demgegenüber verzeichnete der Anteil der echten Rückstände einen Rückgang auf 42,1%.

Um die Erfolgsaussichten für die Einziehung echter Rückstände besser beurteilen zu können, werden bei den Finanzämtern zusätzliche Informationen erhoben, die danach unterscheiden, ob diese Rückstände noch „nicht gemahnt“, „gemahnt“ oder in eine „Rückstandsanzeige aufgenommen“ sind. Nach dieser zusätzlichen Statistik waren 21,7% der echten Rückstände „weder gemahnt noch in eine Rückstandsanzeige aufgenommen“, 23,1% „gemahnt“ sowie 55,1% in einer „Rückstandsanzeige erfasst“. Davon wiederum waren bereits 15,9% vor dem Berichtszeitraum fällig. In Verbindung mit den ausgesetzten Rückständen muss deshalb ein erheblicher Teil der statistisch erfassten Rückstände als nicht realisierbar betrachtet werden.

2.4 Entwicklung der Rückstandsfälle

Die Rückstandsfälle und das Rückständevolumen sind beide zurückgegangen (um 2,5% bzw. um 2,2%). Aus dem höheren Rückgang der Anzahl der Fälle resultiert ein leichter Anstieg des durchschnittlichen Rückstandsbetrages um 0,4% auf 4686 €.

Bemerkenswert ist hier die große Variationsbreite, innerhalb derer sich die durchschnittliche Höhe des Forderungsbetrages der Rückstandsfälle bewegt. Diese reicht von 240 € pro Fall bei der Kraftfahrzeugsteuer bis zu 640049 €

bei der Versicherungsteuer. Der größte Anteil an Rückstandsfällen entfiel mit 29,1% der Gesamtfälle auf die veranlagte Einkommensteuer, gefolgt von der Kraftfahrzeugsteuer mit 27,2%, der Umsatzsteuer mit 21,6% und vom Solidaritätszuschlag mit 15,7%.

2.5 Einfluss von Rückstandsveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Die Minderung des kassenmäßigen Aufkommens um 5207 Mio. € bzw. 1,4% des Kassensolls im Jahre 2005 ist niedriger als die Summe aus Erlass und Niederschlagung des Berichtszeitraums. Dies ist auf eine Verringerung der Rückstände gegenüber dem Vorjahr um 381 Mio. € zurückzuführen.

Tabelle 4: Entwicklung der Rückstandsfälle

Stand am 31. Dezember	Rückstände in Mio. €	Veränderung Rückstand zum Vorjahr in %	Zahl der Rückstandsfälle in Tsd.	Veränderung Fälle zum Vorjahr in %	Durchschnittsbetrag je Rückstandsfall in €	Veränderung Durchschnitts- betrag zum Vorjahr in %
2001	19 547	3,0	4 023	- 3,1	4 859	6,3
2002	19 707	0,8	4 365	8,5	4 515	- 7,1
2003	19 481	- 1,1	4 226	- 3,2	4 610	2,1
2004	17 319	- 11,1	3 709	- 12,2	4 669	1,3
2005	16 937	- 2,2	3 614	- 2,5	4 686	0,4

Tabelle 5: Einfluss von Rückständeänderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Erhebungs- stichtag 31. Dezember	Rückständeänderung	Erlass	Niederschlagungen	Minderung des kassenmäßigen Aufkommens (Sp. 2+3+4)	
				5	6
1	2	3	4	5	6
in Mio. €					in % des Kassensolls
2001	565	31	5 564	6 160	1,7
2002	161	39	6 191	6 390	1,7
2003	- 226	79	5 700	5 552	1,5
2004	- 2 163	41	5 525	3 403	0,9
2005	- 381	387	5 201	5 207	1,4

3 Einzelsteuern

Mit einem Anteil von 72,3 % bilden die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer die für das Kassensoll wichtigsten Steuerarten. Bei den Rückständen dominieren hingegen die veranlagte Einkommensteuer, die Umsatzsteuer sowie die Körperschaftsteuer, deren Gesamtgewicht an den Rückständen aller Besitz- und Verkehrsteuern am 31. Dezember

2005 bei 80,9 % lag. Die Rückstände nahmen bei den meisten der erfassten Einzelsteuern zwar zu, bei der Umsatzsteuer und der Körperschaftsteuer jedoch ab. Im Durchschnitt aller Steuern ergab sich dadurch ein Rückgang der Rückstände.

Die Rückstandsquote von 33,09 % bei der veranlagten Einkommensteuer (ESt) vermittelt ein verzerrtes Bild, da das Kassensoll der ESt bereits um verschiedene Abzüge (Eigenheimzulage,

Tabelle 6: Entwicklung der Rückstände von Einzelsteuern

Rückstände der Einzelsteuern 31. Dezember 2005	Kassensoll Mio. €	Veränd. ggü. Vorj. in %	Anteil in %	Rückstände in Mio. €	Veränd. ggü. Vorj. in %	Anteil in %	Rückstands- quote in %	Veränd. ggü. Vorj. in %
Lohnsteuer	150 600	- 2,9	40,9	840	1,5	5,0	0,56	4,6
Umsatzsteuer	115 483	2,6	31,4	4 138	- 10,9	24,4	3,58	- 13,2
veranlagte Einkommensteuer	20 978	27,0	5,7	6 941	0,0	41,0	33,09	- 21,3
Körperschaftsteuer	19 461	18,8	5,3	2 626	- 4,1	15,5	13,50	- 19,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	12 729	4,2	3,5	345	81,8	2,0	2,71	74,4
Solidaritätszuschlag	11 108	2,1	3,0	537	2,6	3,2	4,83	0,5
Kraftfahrzeugsteuer	8 953	12,2	2,4	236	20,3	1,4	2,64	7,2
Versicherungsteuer	8 803	0,2	2,4	52	54,1	0,3	0,60	53,8
Zinsabschlag	6 993	3,1	1,9	1	- 17,7	0,0	0,02	- 20,2
Grunderwerbsteuer	5 242	2,9	1,4	429	6,0	2,5	8,18	3,1
Erbschaftsteuer	4 853	- 3,1	1,3	733	5,2	4,3	15,10	8,5
übrige Besitz- und Verkehrsteuern	2 976	- 8,4	0,8	58	- 52,6	0,3	1,95	- 48,3
Rückstände gesamt	368 178	2,1	100,0	16 937	- 2,2	100,0	4,60	- 4,2

Investitionszulage, Arbeitnehmererstattungen) gemindert ist. Vor Abzug ergibt sich eine Rückstandsquote von unter 14%. Absolut weist die veranlagte Einkommensteuer mit ca. 7 Mrd. € die höchsten Rückstände auf.

Die Körperschaftsteuer (KSt) verzeichnet einen Rückgang der Rückstände um 4,1 %. Aufgrund des wesentlich stärker gewachsenen Kassensolls (um 18,8 %) ist jedoch die Rückstandsquote noch stärker auf das allerdings immer noch sehr hohe Niveau von 13,50 % gesunken.

Die Rückstandsquoten der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer liegen ebenso wie die der Erbschaftsteuer (mit 15,1%) weit über dem Durchschnitt.

Bei der Umsatzsteuer weisen die Rückstände zwar mit 4,1 Mrd. € das zweithöchste Volumen

auf, aufgrund des hohen Kassensolls ergibt sich jedoch lediglich eine Rückstandsquote von 3,58%.

Die Rückstände der Lohnsteuer weisen sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Kassensoll (Rückstandsquote) ein niedriges Niveau auf.

Besonders hohe Anteile der echten Rückstände, also der nicht gestundeten oder ausgesetzten Beträge, an den Gesamtrückständen bestanden am 31. Dezember 2005 bei der Kraftfahrzeugsteuer (96,7 %), bei der Umsatzsteuer (65,8 %), beim Zinsabschlag (64,7 %), bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (59,4 %) und bei der veranlagten Einkommensteuer (39,8 %).

Die nachstehende tabellarische Übersicht zeigt die Ergebnisse der Rückständigkeitsstatistik für die wichtigsten Einzelsteuern in den Jahren 2001 bis 2005.

Tabelle 7: Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern

Stand am 31. Dezember	Rückstände im Vorjahr	in den letzten zwölf Monaten					Rückstände 31. Dezember (Sp. 4 abzgl. Sp. 5+6+7)	von den Rückständen sind:		
		Soll- stellungen	Kassensoll (Sp. 2+3)	Kassen- einnahmen	Erläss	Nieder- schlagungen		gestundet	ausgesetzt	echte Rückstände
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
in Mio. €										
1. Lohnsteuer										
2001	1 202	159 692	160 893	159 665	1	277	950	10	290	650
2002	950	162 492	163 442	162 276	1	291	875	11	214	649
2003	875	163 529	164 404	163 210	1	289	904	97	269	538
2004	904	154 268	155 172	154 081	2	261	827	88	348	392
2005	827	149 772	150 600	149 523	1	235	840	91	459	290
2. Veranlagte Einkommensteuer										
2001	6 968	13 129	20 097	11 723	13	1 245	7 117	509	3 470	3 138
2002	7 117	11 622	18 738	10 180	16	1 276	7 265	396	3 470	3 399
2003	7 265	9 141	16 406	7 465	12	1 382	7 548	349	3 752	3 447
2004	7 548	8 966	16 514	8 019	14	1 542	6 939	308	3 769	2 863
2005	6 939	14 038	20 978	12 477	19	1 540	6 941	256	3 921	2 765
3. Körperschaftsteuer										
2001	2 959	2 832	5 791	1 647	1	453	3 690	180	2 805	705
2002	3 690	3 549	7 239	3 354	0	439	3 446	361	2 457	628
2003	3 446	8 033	11 480	8 457	32	417	2 573	93	1 901	578
2004	2 573	13 803	16 377	13 307	2	329	2 738	49	2 192	497
2005	2 738	16 723	19 461	16 493	3	339	2 626	47	2 145	434
4. Umsatzsteuer										
2001	5 577	107 717	113 294	104 428	14	3 379	5 473	446	1 289	3 738
2002	5 473	109 582	115 055	105 467	18	3 895	5 675	285	1 325	4 065
2003	5 675	106 242	111 917	103 173	29	3 379	5 336	259	1 461	3 617
2004	5 336	107 227	112 563	104 735	21	3 163	4 645	225	1 409	3 010
2005	4 645	110 839	115 483	108 458	21	2 867	4 138	255	1 162	2 721
5. Erbschaftsteuer										
2001	725	3 098	3 823	3 072	0	10	740	90	486	164
2002	740	3 074	3 814	3 021	1	20	773	86	486	200
2003	773	3 416	4 189	3 374	2	22	791	125	498	169
2004	791	4 216	5 007	4 282	0	28	697	102	473	122
2005	697	4 156	4 853	4 097	0	23	733	89	527	116
6. Kraftfahrzeugsteuer										
2001	263	8 455	8 718	8 395	0	57	266	2	3	261
2002	266	7 665	7 930	7 593	0	63	275	1	2	272
2003	275	7 347	7 621	7 332	0	51	238	1	1	236
2004	238	7 744	7 982	7 740	0	45	196	1	1	194
2005	196	8 757	8 953	8 675	0	42	236	5	3	228



Internationale Vergleiche von Volkswirtschaften im Rahmen von Ranking- und Benchmarking-Verfahren

1	Einleitung	42
2	Internationale Wettbewerbsfähigkeit – alternative Konzepte und ihre Integrierbarkeit	42
3	Der internationale Vergleich von Volkswirtschaften in ausgewählten Rankings im Überblick	43
4	Bewertung und Kritik der theoretischen, methodischen und empirischen Grundlagen der Rankings	45
5	Zusammenfassung	48

- Rankings beantworten häufig nicht die Frage nach den Ursachen für die ökonomische Situation eines Staates.
- Die Auswahl der Variablen und ihre Verdichtung zu Rankings sind häufig angreifbar; subjektive Einstellungen haben im Rahmen von Befragungen großen Einfluss auf das Ergebnis.
- Rankings können Handlungsbedarf signalisieren, konkrete Handlungsanweisungen können aber nicht abgeleitet werden.

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hat in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Ulrich Heilemann vom Institut für Empirische Wirtschaftsforschung Leipzig im Auftrag des Bundesfinanzministeriums das Forschungsvorhaben „Internationale Vergleiche von Volkswirtschaften im Rahmen von Ranking- und Benchmarking-Verfahren“ durchgeführt.¹ In diesem Rahmen wurden die drei in Deutschland bekanntesten Rankings von Volkswirtschaften untersucht:

- der „Global Competitiveness Report“ des World Economic Forum/Weltwirtschaftsforums (WEF), Genf;
- das „World Competitiveness Yearbook“ des International Institute for Management Development (IMD), Lausanne;

– das „Internationale Standort-Ranking 2004“ der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Diese Rankings finden in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit, was nicht zuletzt an der Reputation der sie erstellenden Institutionen und Wissenschaftler liegt. Dementsprechend werden insbesondere schlechte Platzierungen Deutschlands und vermeintliche Probleme hierzulande gerne von den Medien aufgegriffen. Die Autoren des Forschungsvorhabens relativieren die Ergebnisse der genannten Rankings und untermauern damit fundiert die Kritik, die in jüngster Zeit auch in der Wissenschaft am Aussagegehalt der Rankings geübt wird.² Nachfolgend geben die Verfasser des Gutachtens wesentliche Ergebnisse wieder.

¹ Ulrich Heilemann, Harald Lehmann, Joachim Ragnitz: „Länder-Rankings und Internationale Wettbewerbsfähigkeit – eine kritische Analyse“ (Arbeitstitel), erscheint demnächst bei der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, als Band 24 in der Reihe „Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle“.

² Vgl. hierzu allgemein: Ulrich Heilemann: Deutschland im internationalen Vergleich – einige Fragezeichen, in: Wirtschaftsdienst, Heft 12, 2004, S. 761–768; und speziell zu Rankings u. a.: Jürgen Matthes: Die Position Deutschlands in Rankings zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit, IW-Trends 4/2005; Wolfgang Ochel, Oliver Röhn: Ranking of Countries – The WEF, IMD, Fraser and Heritage Indices, CESifo DICE Report 2/2006.

1 Einleitung

Das Gutachten unterzieht vergleichende Rankings zur „Internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ bzw. „Standortstärke“ von Volkswirtschaften einer kritischen Analyse. In den vergangenen Jahren ist eine Reihe dieser Länderranglisten erschienen, die laufend aktualisiert, aber auch modifiziert werden. Dabei werden auf Grundlage umfangreicher Kennzahlensysteme einfache Ranking-Indizes berechnet, die Aussagen über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betrachteten Länder mit ihren unterschiedlichen Entwicklungsniveaus liefern sollen. Angesichts der zunehmenden Beachtung, die solche Darstellungen in der interessierten Öffentlichkeit und Politik erfahren, stellt sich die Frage nach der Objektivierung und Bewertung dieser Ergebnisse, zumal gerade Deutschland durchweg relativ schlecht abschneidet. Eine ausführliche Beschäftigung mit Inhalten, Berechnungsweisen und Resultaten der Rankings ist dabei Voraussetzung für die Bewertung ihrer wirtschaftstheoretischen Fundierung, der Qualität des empirischen Materials, des methodischen Vorgehens und damit ihres Aussagegehalts (Erklärung – Prognose – Politikempfehlung).



2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit – alternative Konzepte und ihre Integrierbarkeit

Eine Medienanalyse (Zeitschriften) bestätigt, dass die Thematik der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften in der Öffentlichkeit verstärkt beachtet wird, wohingegen der wissenschaftliche Stellenwert des Problems in den letzten Jahren eher abgenommen hat. Ein Rückblick zeigt, dass die Debatte um die Wettbewerbsfähigkeit der (deutschen) Wirtschaft von tatsächlichen (zumeist konjunkturellen) Entwicklungen und Ereignissen angestoßen wurde, wobei nicht sicher ist, welchen Anteil daran empfundene oder erwartete Veränderungen hatten. Insgesamt spiegeln sich die veränderten Problemlagen aber auch in einer Schwerpunktverlagerung der Diskussion wider.

Eine Darstellung der verschiedenen Sichtweisen „internationaler Wettbewerbsfähigkeit“ – Absatzfähigkeit, Standortvorteile, Anpassungsfähigkeit, technologische Leistungsfähigkeit und schließlich die Fähigkeit zur Wohlstandsmehrung – verdeutlicht dabei die Unschärfen der Debatte, da sich mit den jeweiligen Konzepten die zeitliche Perspektive sowie der Verdichtungsgrad und damit notwendigerweise auch die relevanten ökonomischen Variablen ändern. Die Systematisierung der bisherigen Diskussion ist für die nachfolgende Deskription und Kritik der Rankings sowie das Verständnis der dort implizit oder explizit verwendeten Zielgrößen bzw. der Begründung der verschiedenen Subindizes erforderlich.

Die Ausführungen machen deutlich, dass eine geschlossene modellmäßige Erklärung internationaler Wettbewerbsfähigkeit – von „Prognose“ nicht zu sprechen – gegenwärtig nicht zu leisten ist. Die Wirtschaftstheorie stößt hier an ihre Grenzen, da die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Interaktionen zu komplex sind und sich einer einfachen Quantifizierung entziehen. Bereits die empirische Fundierung einer „international“ bestimmten Fähigkeit und erst recht die Zusammenfassung zu einem auf bloße Rangbildung abstellen-

den Gesamtindikator wirft zahlreiche, noch wenig geklärte Probleme auf.

3 Der internationale Vergleich von Volkswirtschaften in ausgewählten Rankings im Überblick

Die zu analysierenden Rankings stimmen darin überein, dass die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes grundsätzlich nicht autonom ermittelt wird, sondern von dem Kreis der einbezogenen Vergleichsländer und daneben vor allem auch von der Zahl der Variablen sowie dem Betrachtungszeitraum abhängig ist. Insofern unternimmt keines der Rankings den Versuch einer absoluten Messung von Wettbewerbsfähigkeit, sie zielen von vornherein auf relative Unterschiede. Dies macht den Vergleich der Ranking-Ergebnisse verschiedener Jahre schwierig, wenn nicht unmöglich, was bei der medialen Darstellung so gut wie nicht berücksichtigt wird.

Im Einzelnen werden der Growth Competitiveness Index (GCI), der Business Competitiveness Index (BCI) und der Global Competitiveness Index des Weltwirtschaftsforums, sodann der World Competitiveness Index des Institute for Management Development sowie schließlich der Erfolgs- und Aktivitätsindex der Bertelsmann Stiftung vorgestellt. Dargestellt werden die methodische Entwicklung im Zeitablauf, die zugrunde liegende Zielsetzung bzw. das verwendete Wettbewerbsfähigkeitskonzept, Zusammensetzung, Berechnungsweise sowie Ergebnisse der verschiedenen Rankings. Demnach erreicht Deutschland im GCI 2005–2006 Rang 15, im BCI Rang 3 und im Global Competitiveness Index Rang 6 aus über 100 Ländern. Ungünstiger ist die Position im World Competitiveness Index 2005 (Rang 23 aus 60 Ländern und Regionen) und im Erfolgs- und Aktivitätsindex 2004 (Rang 21 bzw. 20 von 21 Ländern). Die speziell interessierende Effektivität und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Finanzwirtschaft wird in den Rankings nur schwach und unsystematisch behandelt.

Im **Global Competitiveness Report** wurden aktuell 117 Länder untersucht (1996: 49), dabei wurden 142 Kennzahlen herangezogen (1996: 300), von denen allerdings nur ein Teil in das jeweilige Ranking einging. Hohes Gewicht erhal-

ten Befragungsergebnisse (aktuell 11 000 Befragte gegenüber 2 000 in 1996). Befragt werden „Unternehmensführer“, die Anzahl je Land ist offensichtlich willkürlich (für Deutschland: 78). Aktuell weist der Report drei Indizes aus: Mit dem BCI sollen die das Wohlfahrtsniveau bestimmenden mikroökonomischen Faktoren gemessen werden, wohingegen der GCI auf das Wirtschaftswachstum zielt und dazu die Faktoren „makroökonomisches Umfeld“, „öffentliche Institutionen“ und „technologische Leistungsfähigkeit“ unterscheidet. Der neue Global Competitiveness Index soll künftig den GCI und BCI ersetzen und stellt den Versuch dar, den statisch orientierten BCI und den dynamisch orientierten GCI zu verbinden. Keiner der genannten Indizes des Global Competitiveness Report enthält eine explizite Analyse der Bedeutung der öffentlichen Hand und hier speziell der Finanzpolitik für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Lediglich vereinzelt gehen Kennzahlen z.B. zur öffentlichen Infrastruktur und zur Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung in die Bewertung ein. So wird die in der Öffentlichkeit besonders wahrgenommene Frage nach der Effizienz des Steuersystems (Deutschland nimmt hier weltweit den vorletzten Platz ein) in keinem der Indizes tatsächlich berücksichtigt.

Der **World Competitiveness Index** des IMD entstand nach Beendigung der siebenjährigen Zusammenarbeit mit dem WEF im Jahr 1996. Aktuell wurden 60 Länder einschließlich neun subnationaler Regionen untersucht (1996: 46), dabei wurden 314 Kennzahlen herangezogen (1996: 224). Es wurden 4 000 Experten befragt (1996: 3 150), das Gewicht der so ermittelten „weichen“ Kennzahlen wurde auf ein Drittel des Gesamtgewichts beschränkt. Die Zahl der Befragten wird proportional zur wirtschaftlichen Bedeutung des jeweiligen Landes festgelegt, eine genaue Aufschlüsselung fehlt. Bei der Indexkonstruktion wird es ausdrücklich abgelehnt, das Wohlstandsniveau als Zielgröße heranzuziehen, da dieses Ausdruck vergangener Wettbewerbsfähigkeit oder der Ausbeutung natürlicher Ressourcen sein könne (Nationen könnten wohlhabend, aber nicht wettbewerbsfähig sein). Im World Competitiveness Index wird zwar die wirtschaftliche Rolle staatlicher Aktivität in der Hauptkategorie „Effizienz der

Regierung“ explizit berücksichtigt (Deutschland erreicht hier Rang 35 und damit einen schlechteren Wert als im Gesamtranking), allerdings sind nur wenige der hierfür verwandten Kennzahlen für den Gesamtindex berechnungsrelevant.

Das **Internationale Standort-Ranking** der Bertelsmann Stiftung vergleicht 21 OECD-Staaten und stützt sich dafür nahezu ausschließlich auf OECD-Datenquellen. Befragungen werden nicht durchgeführt. Die Bewertung erfolgt auf Grundlage der Arbeitsmarktsituation und des Wirtschaftswachstums, die in die Berechnung des Erfolgsindex gleichgewichtig eingehen. Daneben werden in einem Aktivitätsindex Variablen zusammengeführt, die in Hinblick auf den wachstums- und beschäftigungspolitischen Erfolg relevant sein könnten. Das Internationale Standort-Ranking enthält unter der Überschrift „Konjunktur und Staat“ lediglich drei Kennzahlen (Staatsquote, Staatsverschuldung, Grenzabgabenbelastung).

Die untersuchten Rankings kommen im Ergebnis zu deutlich unterschiedlichen Aussagen zur Position Deutschlands. Bereits eine allgemeine Gegenüberstellung der Länderpositionierungen, bei der nur die in allen drei Rankings untersuchten 21 OECD-Staaten betrachtet werden, zeigt für Deutschland ganz erhebliche Abweichungen. Je nach Ranking variiert die Position Deutschlands dabei zwischen dem 3. und dem 21. Platz, in keinem Fall ergeben sich identische Positionen.



4 Bewertung und Kritik der theoretischen, methodischen und empirischen Grundlagen der Rankings

Im Sinne einer überzeugenden Ableitung der in den Rankings angestellten Berechnungen wäre ihre stringente theoretische Fundierung notwendig, um die Zusammenstellung und Verknüpfung der Kennzahlen zu objektivieren. In der Idealform müssten die Parameter eines solchen strukturellen Modells neben der Bereinigung um konjunkturelle Verzerrungen für jedes Land einzeln quantifiziert werden, um den jeweiligen wirtschaftlichen Eigenheiten der Volkswirtschaften (Wirtschaftsstruktur, wirtschaftspolitische Ausrichtung, Sonderereignisse etc.) gerecht zu werden. Schließlich müsste eine Reduktion des Modells auf die relevante, dem Ranking zu Grunde liegende Zielgröße geschehen. All dies sucht man angesichts der Schwierigkeiten eines solchen Vorgehens vergebens.

Bei einer Überprüfung der Kennzahlen und Kennzahlengruppen der Rankings auf explizite und implizite Bezüge zur ökonomischen Theorie zeigt sich im Einzelnen sehr bald, dass die Indikatoren nach einfachen Plausibilitätsüberlegungen ausgewählt werden und Bezugnahmen auf bestimmte wirtschaftstheoretische Hypothesen oder Konzepte überwiegend impliziter Art sind. So genannte „Survey-Variablen“ (Befragungen) sollen der Erfassung von Stimmungen und weichen Einflüssen dienen, ihre Erhebung erzeugt aber wenig Vertrauen in deren Aussagekraft. In den Rankings des WEF und IMD spielen diese weichen Variablen teils eine sehr große Rolle; im Falle des BCI bestimmen sie die Ergebnisse sogar ausschließlich.

Man ist zwar bei vielen Faktoren geneigt, eine bestimmte Wirkrichtung (bzw. Korrelation) – wie in den Rankings unterstellt – zu akzeptieren. Inwieweit dies mit den Kennzahlen aber adäquat erfasst wird, inwieweit solche Zusammenhänge stabil sind und vor allem für alle Länder gleichermaßen gelten, lassen die Ranking-Studien offen und es ist auch objektiv nicht

festzustellen. Besonders störend ist die Annahme, dass die Kennzahlen im Bereich ihrer Ausprägungen monoton-linear auf die Zielgröße wirken, ihr Effekt also am stärksten ist, wenn sie ihren höchsten Wert annehmen. Dies führt besonders bei Verhältniszahlen zu logischen Fehlern. Sparquoten von 100 % (also eine „konsumlose“ Volkswirtschaft) sind genauso wenig optimal wie Steuersätze von 0 % (die den Staat entweder ohne Einnahmen ließen oder vollständig von anderen Einnahmen abhängig machten). Solche Widersprüche finden sich vor allem bei IMD und WEF; im IMD sind darüber hinaus viele Variablen enthalten, die durch die unterschiedlichen Größen der betrachteten Länder verzerrt werden (z. B. bei der Betrachtung der Ausstattung mit Computern).

Hinsichtlich der Auswahl der Indikatoren lässt sich insgesamt festhalten, dass diese allenfalls partiell plausibel ist, wobei zumindest für Dritte offen bleibt, inwiefern Vorauswahlen erfolgten und welche Abhängigkeits- und Verflechtungsbeziehungen zwischen den Indikatoren bestehen. Mitunter entsteht der Eindruck, dass versucht wird, möglichst alle sich anbietenden und als ökonomisch relevant erachteten Bezüge zum Untersuchungsgegenstand „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ zu quantifizieren. Wo objektive Daten fehlen, wird auf subjektive Daten zurückgegriffen. Die Befragten, auch wenn es sich um Unternehmensleiter handelt, vernachlässigen in der Regel Doppelzählungen und Interdependenzen. Über Kontrollbefunde, z. B. hinsichtlich strategischer Antworten, wird in den Rankings nicht berichtet.

Schließlich wird die Art und Weise der Berechnung der Indizes thematisiert (Verdichtungsproblem). Das Ranken komplexer Strukturen kann sich nicht auf eine anerkannte statistisch-mathematische Methodik stützen. Es gilt, wie erwähnt, dass die Reduktion aus einem komplexen Modell nicht gangbar ist, auch wenn dies wünschenswert wäre.³ Insofern stellt sich die Frage, nach welchen Gesichtspunkten die Formeln der Rankings-Scores bestimmt werden.

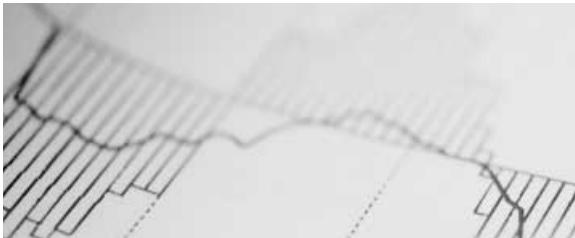
Das Vorgehen lässt sich treffend als Punktsummenmethode bezeichnen – verschiedene Kennzahlen (x_i) werden standardisiert bzw. in Punkte transformiert und anschließend (evtl.

³ Trennung exogener und endogener Variablen, ökonometrische Bestimmung des Gewichts.

mit Gewichten b_i versehen) aufsummiert:
 Rankingscore = $b_1x_1 + b_2x_2 + \dots + b_mx_m$

Die Addition vieler Merkmale eines Untersuchungsobjektes statt der Ausprägungen eines Merkmals bei vielen Untersuchungsobjekten bedarf dabei der besonderen Rechtfertigung, um die so genannte Kommensurabilität (Messen mit dem gleichen Maß) zu wahren. Diese ist Grundvoraussetzung für die Zulässigkeit von Summenbildungen. Da die Vorstellung, der Berechnung der Ranking-Scores liege ein ökonomisches Modell zugrunde, verworfen werden muss, bieten sich für die Indexmethode im Wesentlichen nur zwei Rechtfertigungen an:

- Jede Kennzahl ist als Indikator geeignet und ein fehlerbehaftetes Maß der gesuchten latenten Variable Wettbewerbsfähigkeit.
- Jeder Indikator ist Teil der gesuchten latenten Variable Wettbewerbsfähigkeit. Eine vollständige Zusammenstellung vieler überschneidungsfreier Teileinflüsse ergibt die gesuchte Zielvariable.



Im ersten Fall lässt sich die Zusammenstellung von Kennzahlen mit dem Ziel einer im Mittel angestrebten Messfehlerreduktion rechtfertigen. Gegen ein solches Verständnis der in die Ranking-Scores eingehenden Kennzahlen spricht ihre Heterogenität, ihre fehlende Zieleindeutigkeit und vor allem auch die Begründung der Auswahl der Kennzahlen, womit nur die zweite Interpretationsmöglichkeit verbleibt.

In diesem Fall wirft das Verständnis der Kennzahlen als Teil des eigentlich zu messenden Konzepts eine Reihe weiterer Fragen auf, die nicht befriedigend beantwortet werden können.⁴ So sollte grundsätzlich angenommen wer-

den, dass strukturelle Faktoren die Wettbewerbsfähigkeit – welcher Definition auch immer – bestimmen und sich diese kurzfristig nicht dramatisch verändern. Die intertemporale Korrelation zeigt, dass die Rankings dieser Erwartung nicht entsprechen.

Die additive Indexmethode verlangt, dass die Indikatoren sämtlich unabhängig sind; dies ist aber nicht gegeben. Damit werden offensichtlich entgegen der Grundintention der Indexmethode viele redundante und sich überschneidende Informationen aufgenommen und es bestätigen sich wiederum Zweifel an der Eignung der Kennzahlen als Indikatoren. Die Setzung der Gewichtung der Kennzahlen mag plausibel sein, wird aber nicht begründet und ist zum Teil auch abhängig von der Zahl der Kennzahlen, die in einen Subindex eingehen (GCI, Global Comp. Index, World Comp. Index). Die Rechtfertigung der Rankings als additives Indexsystem zur Messung internationaler Wettbewerbsfähigkeit aus seinen Teilen ist daher nicht überzeugend.

Eine Bewertung der statistischen Qualität der empirischen Basis orientiert sich an Qualitätsstandards der amtlichen Statistik – Aktualität, Genauigkeit, Verfügbarkeit/Transparenz, zeitlich-räumliche Vergleichbarkeit. Diese werden in der Gesamtschau der jeweiligen Datenbasis der Indizes abgeschätzt. Die Aktualität ist überwiegend hoch, aber die suggerierte Zeitnähe zum Erscheinungsjahr des jeweiligen Rankings ist nicht gegeben, sondern in der Regel um ein Jahr versetzt bzw. beruht auf unterjährigen Schätzungen wie im Falle des Internationalen Standort-Rankings. Die Genauigkeit der Angaben lässt sich zwar nicht anhand von Fehlermargen abschätzen, aber die Daten der amtlichen Statistik bzw. die darauf aufbauenden Daten internationaler Organisationen sollten zumindest gewisse Standards erfüllen. Der trade-off zwischen Aktualität und Genauigkeit führt dazu, dass Angaben am aktuellen Rand kritischer zu sehen sind. Überschlägig entstammen ca. 60 % der harten Kennzahlen des WEF (70 % IMD) der amtlichen Statistik der einzelnen Länder oder von internationalen Organisa-

⁴ Wie viele und welche Kennzahlen werden benötigt? Wie soll die Korrelation der Kennzahlen beschaffen sein oder spielt sie keine Rolle? Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Größe des Teileinflusses und der Größe des Gewichts der Kennzahl?

tionen. Die Verfügbarkeit/Transparenz der Daten ist im IMD durch die Vielzahl der Quellen eingeschränkt, bei den anderen Werken ist sie tendenziell besser. Die Herkunft der Daten und Fallbesonderheiten in den Rankings selbst sind durchweg deutlich gemacht. Die zeitlich-räumliche Vergleichbarkeit der Daten ist aber problematisch, da nationale Statistiken immer noch unterschiedliche statistische Konzepte verfolgen. Beim IMD stören häufig hohe Aktualitätsunterschiede der Angaben verschiedener Länder für ein und dieselbe Variable den zeitlichen Vergleich; darüber hinaus sind viele Kennzahlen des IMD ländergrößenverzerrt. Auch die Einbeziehung der Regionen, deren Angaben nahezu durchweg geschätzt wurden, erscheint fragwürdig.

Die Prüfung der Surveydaten-Qualität (WEF, IMD) offenbart angesichts hoher Antwortausfälle die Gefahr von Selbstselektionseffekten. Bei der ländergetrennten Expertenbefragung ergeben sich tendenziell Verzerrungen durch den „home bias“ (national geprägte Sicht) und den „perception bias“ (Abhängigkeit von Fremdstimmungen). Die Befragung richtet sich nur an Unternehmer bzw. Manager aus überwiegend größeren Unternehmen. Angesichts der Fragenkataloge wird deutlich, dass mehrheitlich Bereiche berührt sind, in denen auch Unternehmensführer nicht ohne Weiteres als qualifiziert anzusehen sind, vielmehr lässt sich bestenfalls auf partielle Expertise der Befragten schließen. Die Antworten zielen auf eine absolute Beurteilung der nationalen Verhältnisse ab und nicht auf eine Einordnung im internationalen Vergleich (wozu im Zweifel auch die notwendigen internationalen Kenntnisse fehlen dürften). Die Zusammensetzung der Expertenrunde sollte wesentlich breiter sein und es sollten die Ergebnisse kontrolliert werden, wie dies beispielsweise im Rahmen der Delphi-Methode sichergestellt ist. Dieses Vorgehen bietet den Vorteil, dass die in der ersten Befragungsrunde erzielten Einschätzungen den Experten zur Überprüfung und zum Vergleich vorgelegt und gegebenenfalls revidiert werden. Dies trägt insgesamt zu einer Objektivierung der Ergebnisse und einer Vereinheitlichung der Bewertungskriterien bei.

Eine Untersuchung darüber, inwieweit die der Bewertung der Wachstumsfähigkeit gewid-

meten Indizes (GCI, World Comp. Index) ex-post die tatsächliche Entwicklung prognostizieren konnten, bringt ernüchternde Ergebnisse, weil keinerlei Beziehung gefunden wird. Mit anderen Worten: Die untersuchten Rankings haben keinen prädiktischen Gehalt.

Zusätzlich wurde im Rahmen des Forschungsvorhabens untersucht, inwiefern die Resultate anhand der gegebenen Datenbasis und der Beschreibungen nachvollziehbar sind. Dies ist insgesamt gut möglich. Dennoch verwundert es, dass sich insbesondere beim WEF mit ein bis zwei Rangunterschieden je Land dennoch Ergebnisschwankungen ergeben (beim GCI im Extremfall für Kanada sogar acht Rangplätze Unterschied).

Die Reproduzierbarkeit der Ergebnisse stellt die Grundlage für weitere Simulationsrechnungen dar. So werden die Ranking-Ergebnisse einer eingehenden Robustheitsüberprüfung unterzogen, wobei der Schwerpunkt auf die Bedeutung der weichen vs. harten Kennzahlen, die Gewichtung und alternative Aufbereitungsweisen der Kennzahlen gelegt wird. Es zeigt sich, dass die Ergebnisse hochgradig von der theoretisch wenig befriedigenden Zusammenstellung und Berechnungsweise abhängen und bei Variation zu beträchtlichen Unterschieden führen. In Einzelfällen ergeben sich Unterschiede von 30 und mehr Rängen, im Durchschnitt immer noch von neun (GCI), elf (Global Comp. Index) oder sieben (World Comp. Index). Diese Simulationen sollen nicht dazu führen, dass Deutschland eine günstigere Bewertung erfährt, sie lassen aber den willkürlichen Charakter der Ranking-Platzierungen erkennen.

Neben der Simulation auf Seite der Bestimmungsindikatoren wird auch speziell für den Erfolgsindex des Internationalen Standort-Rankings untersucht, wie sich eine Erweiterung des Zielgrößenkatalogs um Preisstabilität und hohe Außenhandelsperformance auswirkt. Es ergeben sich wiederum gänzlich andere Bewertungen, wobei dann Deutschland – je nach Simulation – deutlich besser abschneidet.

Es zeigt sich, dass allein aus berechnungsmethodischer Sicht – die ökonomisch-theoretischen Unzulänglichkeiten wurden bereits oben herausgearbeitet – die Rankings instabil und angreifbar sind.

5 Zusammenfassung

Im Ganzen gilt, dass Ranking-Vergleiche als eine relativ grobe Methode Spezifika der einzelnen Länder notgedrungen außer Acht lassen. Da aber die Rankings – wenngleich häufig eher implizit – von einer bestimmten Vorstellung darüber ausgehen, welche Faktoren die internationale Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft bestimmen, werden automatisch all jene Länder schlechter bewertet, die diesen Vorstellungen weniger entsprechen. Zwar erheben die verschiedenen Rankings den Anspruch einer Bereinigung um konjunkturelle Einflüsse; diese Forderung wird in der Praxis aber nicht erfüllt. Dementsprechend erreichen Länder, die sich in einem konjunkturellen Aufschwung befinden, im Zweifel bessere Werte als Länder in einer Rezession.

Wichtiger dürfte demgegenüber allerdings die „Wirtschaftsgesinnung“ sein. Diese ist mitbestimmend für das allgemeine Wirtschaftsklima in einem Land, auch wenn dies schwer zu operationalisieren ist. Soweit derartige Unterschiede in individuellen Einstellungen tatsächlich auch Unterschiede im Verhalten widerspiegeln, ist gegen die Einbeziehung von entsprechenden Indikatoren über Befragungen wenig einzuwenden; anzunehmen ist aber, dass persönliche Einstellungen auch die Einschätzung harter Fakten beeinflussen. Bei Ranking-Vergleichen, die stark auf Umfrageergebnissen aufbauen, führt dies zu einer unterschiedlichen Bewertung objektiv gleicher Tatbestände.

Mit Blick auf Deutschland ist sicherlich die deutsche Wiedervereinigung als ein verzerrender Faktor für internationale Ländervergleiche zu nennen. Indikatoren, die durch die Vereinigung negativ beeinflusst worden sein könnten, finden sich insbesondere in den Rankings von IMD und Bertelsmann-Stiftung. Beim WEF überwiegen hingegen Befragungsindikatoren, die von der Vereinigung vermutlich nur indirekt berührt werden. Die unterschiedliche Zusammensetzung der Indizes könnte erklären, weshalb die Entwicklung bei den Rankings von WEF und IMD/Bertelsmann-Stiftung seit Mitte der 90er Jahre unterschiedlich verläuft.

Aspekte der öffentlichen Finanzwirtschaft sind vor allem beim WEF-Ranking sowie beim Ranking der Bertelsmann-Stiftung nur schwach

vertreten. Im IMD-Ranking ist hingegen eine ganze Reihe von Variablen mit finanzpolitischem Bezug enthalten, die aber zum Teil untereinander einen engen Zusammenhang aufweisen. Die geringe Bedeutung finanzpolitischer Variablen für die betrachteten Rankings hängt wohl damit zusammen, dass die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften primär anhand von Ergebnisvariablen ökonomischer Aktivität (IMD, Bertelsmann-Stiftung) bzw. als ein Resultat unternehmerischen Verhaltens (WEF) angesehen wird. Politische Entscheidungsvariablen werden als nachrangig behandelt, auch wenn akzeptiert wird, dass Wettbewerbsfähigkeit nicht unabhängig von politisch gesetzten Rahmenbedingungen ist. Schwierigkeiten der Bewertung finanzpolitischer Variablen zeigen sich bei der Indikatorauswahl (Einnahmenseite dominiert Ausgaben-seite in den Rankings), bei der internationalen Vergleichbarkeit fiskalischer Indikatoren und der Effizienz der öffentlichen Aufgabenerfüllung.

Rankings sind im Allgemeinen durchaus in der Lage, „reduktionistische“ Bilder vom Stand oder Potenzial der einzelnen Volkswirtschaften zu liefern. Auch die methodischen und statistischen Grundlagen der Rankings sind gut dokumentiert und von Dritten nachvollziehbar. Eine Ausnahme bezüglich der Nachvollziehbarkeit bilden die verwendeten subjektiven Daten, was umso schwerer wiegt, als ihnen teilweise ein sehr großes Gewicht zukommt.



Die Analyse der Rankings hat auch gezeigt, dass gemessen an den klassischen Anforderungen an wissenschaftliche Politikberatung die Rankings viele Wünsche offen lassen, nicht zuletzt mit Blick auf die behauptete Signalfunktion (Identifikation von Handlungsfeldern). Was die Diagnose angeht, bleibt z.B. fast durchweg unbeantwortet, inwieweit eine bestimmte Lage konjunkturellen, strukturellen oder zufallsbedingten Umständen geschuldet ist. Die Fundie-

Die Auswahl der Variablen ist aufgrund einer diffusen Theorielage häufig bescheiden, stützt sich auf Plausibilitätsüberlegungen oder auf durchaus umstrittene Konzepte. Bei den Adressaten sollte dann aber nicht der Eindruck einer, zudem noch unstrittigen, theoretischen Fundierung der Rankings erweckt werden.

Die empirische Basis der Rankings ist zwar im Hinblick auf die verwendeten Daten und Methoden transparent, aber vielfach unzulänglich und unbefriedigend. Die statistische Erfassung einer Reihe sozialwissenschaftlich idealtypischer Indikatoren ist unbefriedigend. Zudem ist der Aktualitätsstand einzelner Daten sehr unterschiedlich, die theoretischen Konzepte der Rankings wurden mehrfach geändert.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Rankings wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf allgemein signalisieren können. Daraus sind von der Politik aber nicht ohne Weiteres konkrete Handlungsanweisungen abzuleiten. Die größten Einwände aus der Beratungs- bzw. Handlungsperspektive ergeben sich aus zwei simplen Befunden der vorliegenden Untersuchung: die nur schwer überzeugend zu rechtfertigende ordinale Bewertung der Länder und – am wichtigsten – die geringe prognostische Leistungsfähigkeit der untersuchten Rankings. Den untersuchten Rankings ist zwar eine gewisse Aufmerksamkeitsfunktion durchaus zu attestieren. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist aber ihr diagnostischer und therapeutischer Gehalt – vorsichtig ausgedrückt – gering.



Die abgabenrechtliche Privilegierung gemeinnütziger Zwecke auf dem Prüfstand

Kurzfassung eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium der Finanzen¹

Der Wissenschaftliche Beirat des BMF:

- Gemeinnützigkeitsrecht sollte neu geregelt werden.
- Forderung nach mehr Transparenz.
- Steuerliche Förderung der Gemeinnützigkeit ist zu weitgehend.
- Steuerpolitik darf den Wettbewerb auch im Non-Profit-Sektor nicht behindern.

Gemeinnützigkeit steht für freiwilliges gemeinwohlorientiertes und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtetes bürgerschaftliches Engagement. Die Bedeutung eines solches Engagements wurde von der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ im Auftrag des Bundestages umfassend gewürdigt. Der Bericht der Kommission aus dem Jahre 2002 arbeitet die Vielfalt der Formen heraus, die bürgerschaftliches Engagement annehmen kann. Neben der Tätigkeit in Vereinen und Verbänden, Kirchen, karitativen und anderen gemeinnützigen Organisationen umfasst es politisches Engagement unter anderem in Bürgerinitiativen, Parteien und Gewerkschaften. Die Tätigkeiten erstrecken sich auf so unterschiedliche Handlungsfelder wie Sport, Soziales, Umwelt, Kultur und Wissenschaft. Der gemeinnützige Bereich in diesem Sinne ist ein Tätigkeitsfeld, das sich sowohl von der übrigen Privatwirtschaft als auch vom öffentlichen Sektor unterscheidet. Wegen seiner wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung verdient er besondere Aufmerksamkeit. Allein die Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege boten im Jahr 2002 fast 1,3 Mio. Menschen Erwerbsarbeit.

Diese positive Beschäftigungsentwicklung kontrastiert mit dem Arbeitsplatzabbau, der für andere volkswirtschaftliche Sektoren kennzeichnend ist. Deutschland befindet sich im struktu-

rellen Wandel. Der produzierende Sektor verliert an Bedeutung, und Ersatzarbeitsplätze müssen nach allgemeiner Einschätzung vor allem im personalintensiven Dienstleistungssektor entstehen. Beschäftigung im Dienstleistungssektor im Allgemeinen und im gemeinnützigen Bereich im Besonderen ist aber nicht um jeden Preis anzustreben. Ein Beschäftigungswachstum in diesem Bereich muss vielmehr von den Bedürfnissen der Menschen getragen sein. Der beste Garant hierfür ist ein funktionierender Wettbewerb unter den Leistungsanbietern. Damit sich der Wettbewerb entfalten kann, müssen die Rahmenbedingungen freilich stimmen. Insbesondere darf die Steuerpolitik den Wettbewerb nicht behindern. Das ist der Hintergrund, vor dem der Beirat die abgabenrechtlichen Regelungen der Gemeinnützigkeit als Thema aufgegriffen hat.

Ein wesentliches Organisationsmerkmal der Gemeinnützigkeit im steuerrechtlichen Sinn ist der Verzicht auf eigennützige Gewinnverwendung („Not for profit“). Diese Selbstverpflichtung, durch die sich die gemeinnützigen Körperschaften vor allem von der gewinnorientierten Privatwirtschaft unterscheiden, ist nach der Abgabenordnung das wesentliche Kriterium für die Gewährung bedeutender steuerlicher Privilegien. In dem vorliegenden Gutachten spielt es folglich eine wichtige Rolle.

¹ Die Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates sind als Beitrag zum allgemeinen Diskurs zu verstehen. Sie geben nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums der Finanzen wieder. Die Langfassung des Gutachtens erscheint in der Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen.

Man kann nicht bestreiten, dass der Verzicht auf eigennützige Gewinnverwendung – die Abgabenordnung spricht von „Selbstlosigkeit“ – ein organisatorisches Merkmal ist, das für die Tätigkeit von Körperschaften in der Außenwahrnehmung von großer Bedeutung ist. So lässt sich beispielsweise leicht nachvollziehen, dass die Nachfrage nach persönlichen Dienstleistungen im pflegerischen Bereich durch das Versprechen, keine Gewinne erwirtschaften zu wollen, positiv beeinflusst wird, die Nachfrage für spezielle Tätigkeiten also vom Non-Profit-Charakter abhängt. Da tatsächliches Handeln mit gegebenen Versprechungen nicht immer im Einklang stehen muss, ist auch zu verstehen, dass eine Kontrolle der Einhaltung der satzungsmäßigen Ziele von Non-Profit-Organisationen erforderlich ist und dass dem Staat dabei eine unabwiesbare Regelungsverantwortung zukommt. Eine materiell bedeutsame abgabenrechtliche Privilegierung lässt sich aber allein mit dem Verzicht auf eigennützige Gewinnverwendung nicht rechtfertigen. Steuervergünstigungen stoßen immer auf gleichheitsrechtliche, wettbewerbspolitische und auch auf fiskalische Vorbehalte und lassen sich folglich nur mit gewichtigen Gründen rechtfertigen: Eine allokativ effiziente Tätigkeit muss ohne eine abgabenrechtliche Privilegierung nicht möglich sein, und die Förderung eine Effizienzverbesserung in einem Maße versprechen, dass die eintretenden Nachteile in Kauf genommen werden können.

Nach diesem Kriterium werden die geltenden abgabenrechtlichen Privilegien im Beiratsgutachten überprüft. Hierbei zeigt sich, dass sich die gesetzlichen Regelungen zwar im Grundsätzlichen mit einem allokativpolitisch zutreffenden Problemverständnis vereinbaren lassen, die Vergünstigungen aber viel zu großzügig gewährt werden. Ökonomisch betrachtet dürfen steuerbegünstigte Zwecke im Kern nur Fälle erfassen, in denen sog. Kollektivgüter privat bereitgestellt werden, d.h. Güter, bei denen die Mitnutzung durch Dritte nicht ausgeschlossen werden kann und dies auch nicht wünschenswert wäre, da die Mitnutzung von Dritten keine zusätzlichen Kosten verursacht. Die Grundlagenforschung, die Pflege des kulturellen Erbes sowie Mildtätigkeit in einem eng verstandenen Sinne liefern klassische Beispiele solcher Kollektivgüter.

Grundsätzlich ist es originäre Aufgabe des Staates, das Angebot an Kollektivgütern sicherzustellen. Soweit Private aktiv werden, sollte ihnen aber in Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip gleichsam das Initiativrecht zustehen, und der Staat sollte sich auf eine unterstützende Rolle beschränken. Die allokativpolitische Rechtfertigung für die Gewährung steuerlicher Vergünstigungen resultiert dann aus der Einsicht, dass ohne jede staatliche Förderung Kollektivgüter privat nicht in ausreichendem Umfang bereitgestellt würden. Dieser Einschätzung liegt die Annahme zugrunde, dass die Privaten bei der Bereitstellung von Kollektivgütern den positiven Nutzen, den sie für Dritte erzeugen, vernachlässigen bzw. nicht hinreichend in ihren Entscheidungen berücksichtigen. Die Gewährung steuerlicher Vergünstigungen lässt sich folglich allokativpolitisch mit dem Wunsch rechtfertigen, eine mangelnde Internalisierung externer Nutzenstiftung zu überwinden.



Wenn die Abgabenordnung von einer Selbstlosigkeit des Handelns spricht, müsste demgemäß eine Tätigkeit mit externer Nutzenstiftung gemeint sein. Allerdings ist Selbstlosigkeit lediglich ein notwendiges Kriterium, aber keines, das zur Förderung wegen Gemeinnützigkeit hinreichend ist. Die Abgabenordnung verlangt zusätzlich, dass die Allgemeinheit von der zu fördernden Tätigkeit profitiert. Nach § 52 Abs. 1 Abgabenordnung (AO) bedeutet das, dass der Kreis der Personen, die von der gemeinnützigen Tätigkeit profitieren, nicht z.B. räumlich oder beruflich begrenzt sein darf. Ökonomisch gesprochen reicht die Stiftung externen Nutzens für sich genommen nicht aus, um die steuerliche Förderung zu begründen. Vielmehr ist zusätzlich zu beachten, dass die Möglichkeit des Nutzungsausschlusses der steuerlichen Förderung wegen Gemeinnützigkeit entgegensteht. Bei Nutzungsausschluss läge im Übrigen auch

kein Kollektivgut vor. In der Rechtsanwendung wird die Forderung nach fehlendem Nutzungsausschluss allerdings massiv verletzt. Die geltenden Steuervergünstigungsregelungen setzen in vielen Bereichen nicht voraus, dass wirklich alle Bürger potenziell profitieren. Zwar wird grundsätzlich eine Förderung der Allgemeinheit verlangt, jedoch werden in zahlreichen Einzelfällen auch enge Ausschnitte der Allgemeinheit gefördert.

Die Gewährung steuerlicher Vergünstigungen nach der bestehenden Abgabenordnung ist also in zweifacher Beziehung zu weitgehend. Zum einen reicht gegenwärtig der Verzicht auf eigennützige Gewinnverwendung, obwohl die Stiftung externen Nutzens das sachgerechte Kriterium ist. Zum anderen wird das Allgemeinkriterium nicht konsequent beachtet.

Eine zu weitgehende steuerliche Privilegierung ist problematisch, weil sie den Wettbewerb in Bereichen behindert, in denen er eigentlich gestärkt werden sollte. Der Wettbewerb wird nicht gefördert, sondern massiv behindert, wenn einzelne Anbieter abgabenrechtliche Privilegien genießen, von denen andere ausgeschlossen sind. Die Auswirkungen zeigen sich beispielsweise im Wohlfahrtswesen, denn hier gibt es keinen funktionierenden Wettbewerb und Anzeichen für mangelndes Kostenbewusstsein. Jedenfalls wird bezweifelt, dass die abgabenrechtliche Privilegierung der organisierten freien Wohlfahrtspflege das politisch gewünschte preiswerte Dienstleistungsangebot hervorbringt. Die tatsächlichen Wirkungen der Privilegierung sind allokativ eher schädlich.

Wenn die engen Voraussetzungen für eine begründete steuerliche Privilegierung wegen Gemeinnützigkeit nicht vorliegen, kann es dennoch staatlichen Handlungsbedarf geben. Dieser liegt vor, wenn und soweit sich Unternehmen verpflichten, auf eine eigennützige Gewinnverwendung zu verzichten, und diese Selbstverpflichtung für ihr wirtschaftliches Erscheinungsbild prägend ist. Auch ein solcher Non-Profit-Status ist zweifellos regelungs- und überwachungsbedürftig, da er beispielsweise auf der kommunalen Ebene häufig Voraussetzung für finanzielle Zuschüsse, die Vergabe von Aufträgen oder die Gewährung sonstiger Unterstützungsmaßnahmen ist; er muss von der Gemein-

nützigkeit im steuerlichen Sinne aber unterschieden werden.

Der Politik ist zu raten, das Gemeinnützigkeitsrecht auf der Basis der vorstehenden Überlegungen umfassend neu zu regeln. Eine solche Reform ist wegen der Bedeutung, die dem Bereich gemeinnütziger Tätigkeiten in der reifen Dienstleistungsgesellschaft zukommt, und wegen der zurzeit damit verbundenen Wettbewerbsverzerrungen dringlich. Die Gewährung steuerlicher Vergünstigungen sollte zukünftig von der Verleihung eines Non-Profit-Status getrennt werden und auf solche Fälle begrenzt bleiben, bei denen echte Kollektivgüter privat bereitgestellt werden.

Die vom Beirat empfohlenen Einzelmaßnahmen reichen über eine Reform der Abgabenordnung hinaus. Vorgeschlagen wird u. a., das Spendenprivileg restriktiver zu gewähren, die einkommensteuerliche Freistellung nebenberuflicher Tätigkeiten nach § 3 Nr. 26 EStG („Übungsleiterprivileg“) neu zu fassen sowie die subjektive Befreiung von der Grund- und Gewerbesteuer bei der Verfolgung gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke aufzuheben. Ferner werden verschiedene umsatzsteuerliche Befreiungen wegen ihrer wettbewerbsschädlichen Wirkungen kritisiert. Dabei wird allerdings gesehen, dass die kritisierten Regelungen überwiegend auf EG-rechtlichen Vorgaben beruhen und sich nur auf europäischer Ebene reformieren lassen.

Der Schwerpunkt der vorgeschlagenen Maßnahmen liegt indes bei der Abgabenordnung. Die angeregte Reform sollte in diesem Bereich insbesondere

– klarstellen, dass steuerbegünstigte gemeinnützige Zwecke – entsprechend dem Wortlaut des § 52 Abs. 1 AO – eine selbstlose Förderung der Allgemeinheit erfordern. Voraussetzung hierfür sollte sein, dass die Allgemeinheit und nicht nur ein fest abgeschlossener Kreis von Personen einen bedeutsamen externen Nutzen aus der Tätigkeit der Körperschaft zieht, dass die prägende Tätigkeit der Körperschaft nicht mit einem Nutzensausschluss verbunden ist und keine Leistungen erbracht werden, die ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ebenfalls erbringen könnte;

- den Beispielskatalog in § 52 Abs. 2 AO an die vorgeschlagene Fassung des § 52 Abs. 1 AO anpassen oder überhaupt streichen;
- § 53 AO („Mildtätige Zwecke“) enger fassen. Mildtätigkeit sollte nur vorliegen, wenn eine Körperschaft überwiegend Personen unterstützt, die bei der Bestreitung des Lebensunterhalts auf fremde Hilfe angewiesen sind, wie insbesondere die Empfänger von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II, aber auch Jugendliche ohne eigenes Einkommen. Eine völlige Unentgeltlichkeit der mildtätigen Zuwendung sollte – wie bisher schon – nicht verlangt werden;
- § 55 AO („Selbstlosigkeit“) so formulieren, dass die Tätigkeit einer Körperschaft nur dann als selbstlos gelten kann, wenn sie in bedeutsamem Maße externen Nutzen stiftet, auf Nutzensausschluss verzichtet und keine Leistung erbringt, die auch von einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Sinne von § 14 S. 1 AO erbracht werden könnte. Die Abgabe von Leistungen unter Gestehungskosten gilt als selbstlos, wenn unterstellt werden kann, dass der Staat dadurch von Pflichtaufgaben entlastet wird. Die politische Einflussnahme auf die öffentliche Meinungsbildung gilt nicht als selbstlos;
- § 58 Nr. 9 AO („ein Sportverein ...“) enger fassen, da nach Auffassung der Beiratsmehrheit nur die Förderung des Jugendsports steuerlich begünstigt sein sollte;
- §§ 64 bis 68 AO so ändern, dass wirtschaftliche Geschäftsbetriebe (§ 64), Zweckbetriebe (§ 65) und sportliche Veranstaltungen (§ 67a) nicht mehr die Voraussetzungen für steuerbegünstigte gemeinnützige Zwecke erfüllen;
- ein zentralisiertes Verfahren zur Anerkennung steuerbegünstigter gemeinnütziger Zwecke einführen. Eine dezentrale Anerkennung – etwa durch die Finanzämter – ist abzulehnen, weil sie eine gleichmäßige Rechtsanwendung nicht hinreichend gewährleistet. Die Anerkennung ist in geeigneter Form öffentlich bekannt zu geben und in einem Register festzuhalten;
- eine gesetzliche Regelung einführen, die für die Geltendmachung eines Anspruchs auf Steuervergünstigungen wegen Gemeinnützigkeit die Glaubhaftmachung der Bedeutsamkeit der externen Nutzenstiftung verlangt;
- eine Verpflichtung zur externen Prüfung und öffentlichen Rechnungslegung nach dem Vorbild des Parteiengesetzes verbindlich vorschreiben.

Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit

1	Einleitung	55
2	Gründung der Task Force	56
3	Bisherige Ergebnisse der Task Force	57
3.1	Kritische Überprüfung und Änderung nationaler Rechtsvorschriften	57
3.2	Partnerschaftlicher Dialog mit den Herkunftsländern der Dienstleistungsunternehmen	59
3.3	Intensivierung der Kontrollen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit	60
3.4	Verstärkte Zusammenarbeit von Bund und Ländern	60
4	Ausblick	62

- Um die Wohlfahrtsgewinne der europäischen Integration zu realisieren, müssen die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit vor „schwarzen Schafen“ geschützt werden.
- Die Bundesregierung hat deshalb eine Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs eingerichtet.
- Die Missbrauchsbekämpfung erfordert verstärkte Zusammenarbeit sowohl auf internationaler Ebene wie auch innerstaatlich.

1 Einleitung

Am 1. Mai 2004 wurden zehn neue Staaten Mitglieder der Europäischen Union (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern). In diesen Staaten und im Verhältnis zu ihnen gilt nunmehr das gesamte europäische Gemeinschaftsrecht. Somit können Bürger¹ und Unternehmen aus den neuen Mitgliedstaaten jetzt auch die Grundfreiheiten des EG-Vertrages in Anspruch nehmen. Allerdings wurden für die meisten Beitrittsstaaten – mit Ausnahme von Malta und Zypern – Übergangsregelungen in die Beitrittsverträge aufgenommen, die eine Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und – speziell in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich – auch der Dienstleistungsfreiheit zulassen.² So wurde

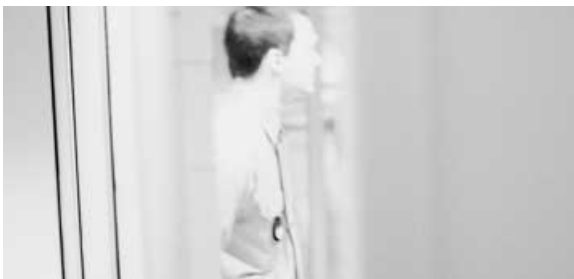
es den alten Mitgliedstaaten gestattet, die Arbeitnehmerfreizügigkeit zunächst für zwei Jahre (bis zum 30. April 2006) auszusetzen und diese Übergangsregelung um drei und danach ggf. nochmals um zwei weitere Jahre zu verlängern (so genannte 2 + 3 + 2-Regelung). Von dieser Möglichkeit hat die Bundesrepublik Deutschland bislang in vollem Umfang Gebrauch gemacht. Angesichts der Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich die Bundesregierung im Frühjahr dieses Jahres für die Aufrechterhaltung der Übergangsregelungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit bis zum 30. April 2009 entschieden. Gleiches gilt für die Übergangsregelungen zur Dienstleistungsfreiheit. Auch insoweit hat die Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage der Beitrittsverträge die Dienstleistungsfreiheit für Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten

¹ Soweit aus Gründen der Lesbarkeit auf natürliche Personen bezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen diese sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

² Ist im Folgenden von den neuen EU-Mitgliedstaaten die Rede, so sind damit lediglich die acht neuen EU-Mitgliedstaaten gemeint, für die in Deutschland Übergangsregelungen gelten.

zunächst für eine Übergangszeit von zwei Jahren (bis 30. April 2006) beschränkt und sie nunmehr bis zum 30. April 2009 verlängert. Anders als bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit wird die Dienstleistungsfreiheit für Staatsangehörige und Unternehmen aus den Beitrittsstaaten jedoch nicht vollständig ausgesetzt. Die übergangsbedingten Einschränkungen betreffen ausschließlich die Entsendung von Arbeitnehmern und gelten auch nur für einzelne Wirtschaftszweige. In Deutschland sind dies die Bauwirtschaft einschließlich verwandter Wirtschaftszweige, das Reinigungsgewerbe und die Tätigkeit von Innendekorateuren. In diesen Sektoren kann eine Dienstleistungserbringung mit eigenem Personal aus den neuen EU-Mitgliedstaaten nur im Rahmen des deutschen Arbeitsgenehmigungsrechts und auf der Grundlage bilateraler Regierungsvereinbarungen erfolgen.

Hingegen sehen die Beitrittsverträge für die Niederlassungsfreiheit keine Übergangsregelungen vor. Mithin können sich in Deutschland nunmehr auch Handwerker, freiberuflich Tätige, Gewerbetreibende und Kaufleute aus den neuen Mitgliedstaaten niederlassen und selbstständig tätig werden. Zu beachten sind lediglich die auch für Inländer geltenden berufs- und gewerberechtlichen Regulierungen. Qualifikationen, die in anderen Mitgliedstaaten erworben wurden, werden nach Maßgabe der einschlägigen gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften in Deutschland anerkannt.



2 Gründung der Task Force

Schon bald nach dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten war festzustellen, dass sowohl die Dienstleistungs- als auch die Niederlassungsfreiheit von einigen Bürgern und Unternehmen aus den neuen Mitgliedstaaten – oftmals unter Beteiligung deutscher Firmen – missbraucht wurden, um so auf dem deutschen Markt Dienstleistungen besonders günstig anzubieten und/oder um die Übergangsregelungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit zu umgehen. So war zum einen zu beobachten, dass ausländische Firmen durch ihre Arbeitnehmer in Deutschland Dienstleistungen erbrachten, ohne dass die von der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Entsendung vorlagen. Wichtigste Voraussetzung ist insoweit das Vorliegen einer nennenswerten Geschäftstätigkeit im Herkunftsland. Bei verschiedenen Dienstleistungserbringern handelte es sich jedoch um bloße Briefkastenfirmen, die am Ort des Firmensitzes überhaupt keine unternehmerische Tätigkeit entfalteten bzw. die lediglich als Anwerbebüros tätig waren. Zum anderen waren Bürger aus den neuen Mitgliedstaaten in Deutschland als vermeintliche Selbstständige unter Berufung auf die Niederlassungs- oder Dienstleistungsfreiheit tätig, obwohl sie eigentlich Arbeitnehmertätigkeiten ausübten und deshalb in Deutschland nicht nur sozialversicherungs- und arbeitsgenehmigungs-, sondern regelmäßig auch lohnsteuerpflichtig waren (sog. Scheinselbstständigkeit).

Aus diesem Grund wurde im März 2005 von der damaligen Bundesregierung die Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit eingerichtet. Auch unter der neuen Bundesregierung werden die Arbeiten der Task Force unter Federführung des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales fortgesetzt. Geleitet wird die Task Force von der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, und von dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Gerd Andres.

Die Task Force verfolgt das Ziel, die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Dienst-

leistungserbringung und der Niederlassung sicherzustellen und gleichzeitig entschieden gegen „schwarze Schafe“ vorzugehen. Dazu wurden im Wesentlichen die folgenden Maßnahmen initiiert:

- kritische Überprüfung und Änderung bestehender nationaler Rechtsvorschriften,
- partnerschaftlicher Dialog mit den neuen Mitgliedstaaten,
- Intensivierung der Kontrollen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit,
- verstärkte Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.

3 Bisherige Ergebnisse der Task Force

3.1 Kritische Überprüfung und Änderung nationaler Rechtsvorschriften

Die kritische Überprüfung der Rechtsvorschriften hat das Ziel, bestehende Umgehungsmöglichkeiten durch Rechtsänderungen zu beseitigen. Die Bemühungen auf diesem Gebiet mündeten bereits in verschiedene, auch für die Zollverwaltung sehr wichtige Änderungen der Handwerks- und Gewerbeordnung, des Sozialgesetzbuches und auch europarechtlicher Vorschriften.

Novellen zur Handwerks- und Gewerbeordnung

Im September 2005 trat eine Änderung der Gewerbeordnung in Kraft. Um die Ermittlung im Bereich der Niederlassungsfreiheit zu vereinfachen und somit die Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit zu intensivieren, wurde in die Gewerbeordnung die Ermächtigung aufgenommen, dass Daten aus den Gewerbeanzeigen an die Behörden der Zollverwaltung, d.h. im Ergebnis an die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, weitergegeben werden dürfen. Die Gesetzesbegründung sieht diesbezüglich auch vor, dass die Länder Vorgaben für die Gewerbebehörden erlassen können, nach denen nicht sämtliche Anzeigen an die Zollverwaltung weitergeleitet werden, sondern nur solche, aus denen sich Hinweise auf einen Missbrauch ergeben. Derzeit wird unter Federführung des Bundesministeriums der Finanzen in Zusammenarbeit mit den Bundesländern intensiv an einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung mit den Gewerbebehörden der Länder gearbeitet.

Durch eine ebenfalls im September 2005 in Kraft getretene Änderung der Handwerksordnung werden die Handwerkskammern stärker in die Kontrollen zur Bekämpfung von Scheinniederlassungen eingebunden. Die gesetzliche

Neuregelung sieht vor, dass sich die Handwerkskammern bei der Prüfung der Eintragungsvoraussetzungen auch Nachweise vorlegen lassen können, wie z.B. einen Mietvertrag. Die Handwerkskammern werden dadurch eher in die Lage versetzt, zu prüfen, ob eine Betriebsstätte in Deutschland vorliegt. Den Kammern wird so die vor der Eintragung von Antragstellern in die Handwerksrolle oder das Verzeichnis zulassungsfreier Handwerke und handwerksähnlicher Gewerbe vorzunehmende Prüfung erleichtert, ob die bestehenden Anforderungen an den selbstständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes erfüllt werden. Durch die Gesetzesänderung haben die Handwerkskammern somit verbesserte und erweiterte Möglichkeiten der Datenerhebung und des Datenaustausches erhalten.

Änderungen in den Sozialgesetzbüchern

Wie bereits oben erwähnt, können Unternehmen aus den neuen Mitgliedstaaten ihre Arbeitnehmer zur Erfüllung von Verträgen nach Deutschland entsenden. Nationale und europarechtliche Vorschriften stellen sicher, dass die entsandten Arbeitnehmer sozial abgesichert sind. Grundsätzlich sind Sozialversicherungsbeiträge in dem Staat zu entrichten, in dem der Arbeitnehmer seine Arbeiten ausführt. Bei einer Entsendung nach Deutschland müssen also Beiträge in die deutsche Sozialversicherung entrichtet werden. Von dieser Regel lässt die europarechtliche Verordnung zur sozialen Sicherung der sog. Wanderarbeitnehmer unter gewissen Voraussetzungen Ausnahmen zu. So unterliegt ein Arbeitnehmer trotz Entsendung in einen anderen Staat häufig weiterhin den sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften seines Heimatlandes. Ist dies der Fall, wird dem entsandten Arbeitnehmer vom Sozialversicherungsträger eine sog. Entsendebescheinigung – auch E-101-Bescheinigung genannt – ausgestellt.

Eine wesentliche Erscheinungsform der Schwarzarbeit ist die Verletzung sozialversicherungsrechtlicher Pflichten. Durch den Missbrauch der E-101-Bescheinigungen werden oft sozialversicherungsrechtliche Pflichten umgangen.

In der Datenbank der Deutschen Rentenversicherung Bund werden bereits jetzt alle in Deutschland tätigen Arbeitnehmer, die zur Sozialversicherung angemeldet wurden, erfasst. Die Behörden der Zollverwaltung haben auf diese Datenbank online Zugriff, so dass unmittelbar am Ort der Prüfung eine Datenabfrage zu Zeiten der Anmeldung und zum Arbeitgeber durchgeführt werden kann. Eine Nichtanmeldung zur Sozialversicherung lässt sich so feststellen. Demgegenüber stellen sich die Kontrollmöglichkeiten bei in Deutschland tätigen ausländischen Arbeitnehmern oftmals schwierig dar. Häufig werden Entsendungen von ausländischen Arbeitnehmern nur vorgetäuscht. Nach den im Rahmen von Ermittlungen gewonnenen Erkenntnissen beschäftigen die ausländischen Unternehmen oft keine eigenen Mitarbeiter in den entsprechenden Entsendestaaten und führen dort auch keine Aufträge aus, sondern sind lediglich Briefkastenfirmen, was zur Folge hat, dass diese ausländischen Firmen keine entsendefähigen Unternehmen darstellen. Dadurch sind die ausländischen Arbeitnehmer vom ersten Tag der Beschäftigung an in Deutschland sozialversicherungspflichtig. Da die Sozialversicherungsträger jedoch aufgrund der vorgelegten E-101-Bescheinigungen von einer sozialversicherungsfreien Entsendung ausgehen, werden auf diese Art und Weise Beiträge vorenthalten.

Um diesen Missbrauch besser aufdecken zu können, sollen in Kürze sämtliche E-101-Bescheinigungen zentral in einer Datenbank bei der Deutschen Rentenversicherung Bund erfasst werden. Die rechtlichen Grundlagen wurden durch eine Änderung der Sozialgesetzbücher IV und VI im September 2005 geschaffen. Derzeit wird an der technischen Umsetzung gearbeitet.

Durch die zentrale Erfassung von Bescheinigungen für nach Deutschland entsandte Arbeitnehmer wird der Prüfungsablauf für die Kontrollbehörden erheblich erleichtert. Bisher kaum feststellbare Sachverhalte können auf diese Weise ermittelt werden. So kann beispielsweise eine unzulässige regelmäßige Entsendung eines Arbeitnehmers (sog. Kettenentsendung) nachgewiesen werden. Darüber hinaus lässt sich auch die Echtheit der von ausländischen Arbeitnehmern bei der Kontrollbehörde vorgelegten Entsendebescheinigung bereits durch einen

Abgleich mit der zentralen Datenbank überprüfen. Außerdem kann die Datenbank Grundlage für eine Risikoanalyse der Kontrollbehörden sein. Sie ermöglicht die Feststellung einer häufig auftretenden Tätigkeit von Personen mit einer E-101-Bescheinigung bei einem Betrieb im Inland sowie einer häufigen Entsendung von Arbeitnehmern aus einem bestimmten Unternehmen im Ausland und enthält damit entscheidende prüfungslenkende Erkenntnisse.



Änderung europarechtlicher Vorschriften

Um die dargestellten sozialversicherungsrechtlichen Zuwiderhandlungen festzustellen, sind im Rahmen des Prüf- und Ermittlungsverfahrens der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung häufig Anfragen an ausländische Sozialversicherungsträger notwendig. Dieser Kontakt zu den jeweiligen ausländischen Behörden musste in der Vergangenheit unter Einschaltung einer Verbindungsstelle, z.B. der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung Ausland (DVKA), geschehen. Bei direkten Anfragen der für die Ermittlung zuständigen Behörden der Zollverwaltung wurde nicht selten die Auskunft vom ausländischen Sozialversicherungsträger verweigert. Ein Ersuchen an eine ausländische Stelle über eine zusätzliche Verbindungsstelle zu richten, ist sehr zeitintensiv, was im Einzelfall den Prüfungserfolg gefährden kann.

Aus diesem Grund war es notwendig, eine europarechtliche Vorschrift, die sog. Durchführungsverordnung zur Verordnung EWG Nr. 1408/71, zu ändern. Diese regelt, an wen ausländische Stellen bei Anfragen Auskunft erteilen dürfen. Die Behörden der Zollverwaltung waren dort bis Anfang dieses Jahres nicht aufgelistet. Inzwischen wurde diese Verordnung geändert. Nunmehr sind auch die Behörden der Zoll-

verwaltung berechtigt, sich in Verdachtsfällen direkt an die ausländischen Sozialversicherungsträger zu wenden.

3.2 Partnerschaftlicher Dialog mit den Herkunftsländern der Dienstleistungsunternehmen

Vor dem Hintergrund der aufgetretenen Missbrauchsfälle führt die Task Force regelmäßig Gespräche mit den Herkunftsländern der Dienstleistungsunternehmen, gegenwärtig z.B. mit Polen und Ungarn. Ziel dieser Gespräche ist es, Konfrontationen im bilateralen Verhältnis zu vermeiden, bestehende Missverständnisse auszuräumen sowie ein Forum für einen unbürokratischen und zeitnahen Informationsaustausch – etwa mit Blick auf die maßgeblichen europarechtlichen Regelungen – zu schaffen.

Im Rahmen der Gespräche mit Polen wurden insbesondere die Voraussetzungen für eine Entsendung von Arbeitnehmern erörtert. Auch wurde von deutscher Seite eine Auflistung von Unternehmen mit der Bitte um Überprüfung durch den polnischen Sozialversicherungsträger übergeben. Diese Überprüfung hat ergeben, dass die Bedenken der Zollverwaltung in mehreren Fällen gerechtfertigt waren. Ferner wurden die Gespräche genutzt, um auch weitere wichtige Themen mit Bezug zur Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit oder zur grenzüberschreitenden Arbeitnehmerbeschäftigung zu erörtern. Außerdem wurde der vom Bundesministerium der Finanzen erarbeitete Entwurf einer Zusammenarbeitsvereinbarung bei der Schwarzarbeitsbekämpfung vorgestellt.

Auch mit Ungarn wurden intensive Gespräche geführt. Gegenstand der Gespräche waren u. a. die Ermittlungsmaßnahmen zweier Sonderkommissionen, von denen auch ungarische Unternehmen und Staatsangehörige betroffen waren. Die deutsche Seite warb bei den Gesprächen nachdrücklich um Verständnis für derartige – für eine effektive Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit zwingend notwendige – Maßnahmen. Außerdem wurden – wie auch in den deutsch-polnischen Gesprächen – die Kriterien

für die Entsendung von Arbeitnehmern erörtert. Auch der ungarischen Seite wurde der bereits erwähnte Entwurf einer Zusammenarbeitsvereinbarung zur Schwarzarbeitsbekämpfung übergeben.



3.3 Intensivierung der Kontrollen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit

Die Zollverwaltung hat ihrerseits durch verstärkte Kontrollaktivitäten dem Missbrauch der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit den Kampf angesagt. Die Schlagzeilen zu einer bundesweiten Schwerpunktprüfung im April 2005, bei der 445 Betriebe der Fleisch verarbeitenden Industrie gezielt kontrolliert wurden, wurden auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Damals wurden sofort Verdachtsmomente in 186 Fällen festgestellt, 30 Strafverfahren gegen Arbeitnehmer und 14 gegen Arbeitgeber sowie neun Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Arbeitnehmer und zehn gegen Arbeitgeber eingeleitet. Die Prüfungen und Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Das ist nur ein Beispiel für die intensive Kontrollaktivität der Zollbehörden.

Schwerpunktmäßig wurde und wird in den Bereichen und Branchen geprüft, in denen der Missbrauch der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit verstärkt in Erscheinung tritt. Dazu zählen insbesondere das Baugewerbe und die Betriebe der Fleisch verarbeitenden Industrie. Es wurden auch grenzüberschreitende Ermittlungsverfahren durchgeführt, bei denen Verstöße gegen Strafgesetze und einschlägige EU-Regelungen festgestellt worden sind. Dabei trafen die Ermittler nicht selten auf Straftäter, die zum Teil in organisierten Strukturen nationale und europäische Bestimmungen missachteten.

Im Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sind heute rund 6300 Arbeitskräfte der Zollverwaltung im Einsatz.

3.4 Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern

Erfolgreiche Schwarzarbeitsbekämpfung bedarf der Zusammenarbeit zwischen den Kontrollbehörden von Bund und Ländern.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD sieht deshalb insbesondere auch für den Bereich der Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern vor. Dazu wurden von der Task Force bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen:

Besprechung des Bundes mit Vertretern der Fachministerkonferenzen der Länder

Um ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern bei der Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit zu koordinieren, laden die Leiter der Task Force die von der Wirtschaftsministerkonferenz, der Arbeits- und Sozialministerkonferenz, der Agrarministerkonferenz, der Innenministerkonferenz, der Justizministerkonferenz und der Finanzministerkonferenz der Länder benannten Vertreter zu Bund-Länder-Gesprächen ein. Zwei Treffen haben bereits stattgefunden (im September 2005 und Februar 2006).

Neben dem reinen Informationsaustausch dienen diese Treffen der Darlegung und Entwicklung neuer Strategien für eine noch intensivere Missbrauchsbekämpfung. Es werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie Bund und Länder ihre Zusammenarbeit weiter verbessern können. Konkrete Besprechungspunkte waren beispielsweise der beabsichtigte Abschluss von Vereinbarungen zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und den betroffenen Fachministerien der Länder über die Zusammenarbeit der Kontrollbehörden des Bundes und der Länder oder die Auswirkung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes zur Bindungswirkung der ge-

nannten E-101-Bescheinigung auf die Ermittlungstätigkeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

Leitfaden für Prüfungen im Bereich der EU-Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit

Mit der Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit sind sowohl Kontrollbehörden des Bundes als auch der Länder beschäftigt. Die Kontrolltätigkeiten reichen in die unterschiedlichsten Fachbereiche hinein, wie z.B. in das Steuerrecht, Sozialversicherungsrecht, Arbeitsschutzrecht, Handwerks- und Gewerberecht bis hin zu veterinärrechtlichen Fragen. Eine intensive Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit erfordert einen bundesweiten umfassenden Bekämpfungsansatz, der alle fachlichen Erkenntnisse innerhalb der Länder und beim Bund bündelt. Die Task Force hat sich zum Ziel gesetzt, die Aktivitäten der Kontrollbehörden von Bund und Ländern stärker zu vernetzen.

Die Task Force hat deshalb unter Federführung des Bundesministeriums der Finanzen und in Zusammenarbeit mit der Abteilung Finanzkontrolle Schwarzarbeit bei der Oberfinanzdirektion Köln einen Leitfaden für Prüfungen im Bereich der EU-Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit erarbeitet. Die Bundesländer unterstützen durch ihre Beiträge und Anmerkungen dieses Vorhaben.

Im März 2006 konnte den Kontrollbehörden von Bund, Ländern und Kommunen der „Leitfaden für Prüfungen im Bereich der EU-Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit“ zur Unterstützung bei ihrer täglichen Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

Der Leitfaden soll ein gemeinsames Verständnis aller Kontrollbehörden für die zum Teil schwierigen Rechtsgrundlagen und Rechtsbegriffe, die im Zusammenhang mit der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit von Bedeutung sind, schaffen. Darüber hinaus lässt er erkennen, welche Stellen sich im Bund und in den Ländern mit der Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit beschäftigen. Durch Aufzeigen der Informationsschnittstellen soll die direkte

Zusammenarbeit der Kontrollbehörden gefördert und noch effektiver gestaltet werden.

Zusammenarbeitsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern

Die Task Force unterstützt auch die Bemühungen des Bundesministeriums der Finanzen, Vereinbarungen über die Zusammenarbeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit und der Kontrollbehörden der Länder abzuschließen.

In § 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes werden die Zusammenarbeitsbehörden genannt. Das sind insbesondere die für die Verfolgung von handwerks- und gewerberechtl. Verstößen zuständigen kommunalen Behörden, Sozialversicherungsträger, die Bundesagentur für Arbeit, Ämter für Arbeitsschutz, Finanzämter und Ausländerbehörden.

Die beabsichtigten Zusammenarbeitsvereinbarungen sollen einen bundeseinheitlichen Informationsfluss und eine intensive Zusammenarbeit gewährleisten. Dazu werden u. a. Art, Umfang und Intensität des Informationsaustausches bestimmt. Partnerstellen mit festen Ansprechpartnern werden benannt. Ziel der Zusammenarbeitsvereinbarungen ist es, bundeseinheitliche Regelungen aufzustellen. Nur so kann gewährleistet werden, dass wichtige Informationen, die zur Verfolgung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung notwendig sind, nicht verloren gehen.

Eine „Zusammenarbeitsregelung Schwarzarbeitsbekämpfung“ zwischen den Landesfinanzbehörden und der Zollverwaltung wurde bereits im März 2005 getroffen. Eine weitere Zusammenarbeitsvereinbarung besteht mit der Deutschen Rentenversicherung. Auch auf regionaler Ebene arbeiten die Sachgebiete „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ bei den Hauptzollämtern bereits sehr intensiv mit einer Vielzahl örtlicher Behörden eng zusammen. Das sind Beispiele für die erfolgreiche Zusammenarbeit verschiedener Behörden.

4 Ausblick

Die Arbeiten der Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit werden auch zukünftig energisch vorangetrieben. Unter anderen sind folgende Maßnahmen geplant:

Die Kontrollaktivitäten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung werden unvermindert fortgeführt.

Der Abschluss weiterer Zusammenarbeitsvereinbarungen, z. B. über die Zusammenarbeit mit den Berufsgenossenschaften und den Gewerbebehörden der Länder, ist noch für dieses

Jahr vorgesehen. Entwürfe anderer Zusammenarbeitsvereinbarungen werden derzeit vom Bundesministerium der Finanzen erarbeitet und abgestimmt.

Im Frühherbst 2006 findet das nächste Gespräch des Bundes mit Vertretern der Fachministerkonferenzen der Länder statt.

Der partnerschaftliche Dialog mit den Herkunftsländern der Dienstleistungsunternehmen wird fortgesetzt. Auch mit zukünftigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (v. a. Rumänien und Bulgarien) sollen bereits frühzeitig bilaterale Gespräche geführt werden.

Risikoanalyse im grenzüberschreitenden Warenverkehr

1	Einleitung	63
2	Arten und Durchführung der Risikoanalyse	64
3	Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf nationaler Ebene	65
4	Kooperation der Zollverwaltungen der EU	66
5	Ergebnisse der vergangenen Jahre	66

- Die Risikoanalyse ist ein wichtiges Instrument der Zollverwaltung zur Gewährleistung eines reibungslosen grenzüberschreitenden Warenverkehrs.
- Ziel ist die Sicherstellung intelligenter und effizienter Zollkontrollen.
- Die Kooperation der EU-Zollverwaltungen wird im Bereich der Risikoanalyse verstärkt, insbesondere um ein einheitliches Kontrollniveau an den Außengrenzen der EU zu sichern.

1 Einleitung

Am 1. Januar 1993 ist der Binnenmarkt der Europäischen Union mit damals zwölf Mitgliedstaaten verwirklicht worden. Mittlerweile ist er um weitere 13 Staaten auf 25 Mitglieder angewachsen und umfasst damit eine Gesamtfläche von 4,0 Mio. km² mit rund 457 Mio. Einwohnern.¹ Mit der Verwirklichung des Binnenmarktes sind die innergemeinschaftlichen Grenzkontrollen zugunsten eines freien Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital innerhalb der Mitgliedstaaten weggefallen, die somit ein Zollgebiet mit einer gemeinsamen Außengrenze bilden. In diesem Gebiet gilt einheitlich ein gemeinschaftliches Zollrecht, dessen Grundlage der Zollkodex mit seiner Durchführungsvorschrift ist. Dieses Zollrecht sieht eine Reihe von Erleichterungen vor, damit der grenzüberschreitende Warenverkehr möglichst reibungslos abgewickelt werden kann, wovon weitestgehend Gebrauch gemacht wird. Erleichterungen beim freien Warenverkehr bringen aber auch

Risiken mit sich, dass z.B. Steuergesetze oder andere Bestimmungen – wie außenwirtschafts-, lebensmittel-, urheber-, umwelt-, pflanzen- und tierschutzrechtliche Bestimmungen – vorsätzlich oder versehentlich verletzt werden. Dadurch können Interessen von Unternehmen und Verbrauchern in erheblichem Maße betroffen sein. Weitere Auswirkungen sind beträchtliche Einnahmeausfälle für die öffentlichen Haushalte oder Umgehungen handelspolitischer Maßnahmen (z. B. Einfuhrgenehmigungen).

Eine der vordringlichsten Aufgaben der Zollverwaltung besteht darin, die Vorteile des gemeinsamen Marktes und auch einen möglichst reibungslosen grenzüberschreitenden Warenverkehr zu gewährleisten, dabei aber die Kontrolle über die internationale Beförderung von Waren „im Griff zu haben“. Dazu dient eine IT-gestützte Risikoanalyse, mit der die Risiken des Vorliegens von Zollvergehen ermittelt und quantifiziert werden. Mit Hilfe der anschließend entwickelten Kontrollverfahren werden die Kontrollen auf diejenigen Bereiche konzentriert,

¹ Zum Vergleich: Vereinigte Staaten von Amerika: 9,8 Mio. km², 291 Mio. Einwohner, Russische Föderation: 17 Mio. km², 143 Mio. Einwohner, Volksrepublik China: 9,6 Mio. km², 1,3 Mrd. Einwohner.

in denen – vorsätzliche oder versehentliche – Verstöße gegen die Vorschriften besonders wahrscheinlich sind. Dadurch wird ein effizienterer Einsatz des Personals bei den Kontroll-einheiten erreicht und dazu beigetragen, gleichwertig hohe Kontrollniveaus der Zollverwaltungen der Mitgliedstaaten an allen Punkten der Grenze der Gemeinschaft zu erreichen. Diese Aufgabe wird innerhalb der deutschen Zollverwaltung von der Zentralstelle Risikoanalyse (Zoll) – kurz als ZORA bezeichnet – durchgeführt, die am 1. Januar 2002 errichtet wurde und ihren Sitz in Münster (Westfalen) hat.

2 Arten und Durchführung der Risikoanalyse

Das Erkennen von Risiken erfordert möglichst umfangreiche und qualitativ gute Informationen und Erkenntnisse. Die ZORA hat daher Zugang zu zuverlässigen, ergiebigen und aktuellen Informationsquellen. Eine der bedeutsamsten Quellen ist das IT-Verfahren ATLAS, in dem zurzeit nahezu alle Einfuhr- und Versandabfertigungsdaten des über Deutschland abgewickelten Drittlandhandels der EU abgebildet sind. Noch im Verlaufe des Jahres 2006 sollen auch die Ausfuhrdaten hinzukommen. Daneben sind u. a. auch die Daten aus COMEXT (Außenhandelsstatistiken der Gemeinschaft), AIDA/RIS (Daten aus dem Marktordnungsbereich, z.B. Antrags- und Abfertigungsdaten für Ausfuhrerstattungen) und ZEUS (Zolltarifauskünfte der Zolltechnischen Prüfungs- und Lehranstalten) sowie Gutachten der Zolltechnischen Prüfungs- und Lehranstalten, die eine über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung haben, wichtige Informationsquellen.

Die Recherchen können anlassbezogen sein. Im Zuge strategischer Marktbeobachtung werden aber auch systematische Untersuchungen in den Datenbeständen durchgeführt, um z. B. Auffälligkeiten zu ermitteln. Ziel ist es, herauszufinden, ob waren- und personenbezogene Risiken bestehen und wie hoch diese sind. Dazu werden die Daten selektiert, d. h. nach unterschiedlichen Rastern gefiltert, um genauere Betrachtungsmöglichkeiten zu schaffen. Danach werden sie verdichtet, indem Summen gebildet und Sortierungen nach unterschiedlichen Gesichtspunkten vorgenommen werden, um die Vergleichbarkeit zu verbessern. Die Selektions- und Verdichtungsergebnisse wiederum werden zueinander in Beziehung gesetzt. Lässt das Ergebnis einer Recherche ein mittleres oder gar hohes Risiko vermuten, wird ein Risikoprofil erarbeitet, in dem der zugrunde liegende Sachverhalt dargestellt wird.

Gesteuert über Parameter (z. B. Ursprungsland und Codenummer der Ware), wird dem Abfertigungsbeamten bei der Zollabfertigung im IT-Verfahren ATLAS per Risikotrefferliste angezeigt, dass in dem von ihm gerade bearbei-

teten Fall ein Risiko bestehen könnte. Er hat dann die Möglichkeit, sich über nähere Einzelheiten zu informieren und die von der ZORA vorgeschlagenen oder weitere Maßnahmen durchzuführen. Neben diesen durch die ZORA bekannt gegebenen zentralen Risikohinweisen haben auch die Zollstellen selbst die Möglichkeit, Risikohinweise von besonderem lokalem Bezug in das System ATLAS einzugeben. Auch diese werden dem Abfertigungsbeamten parametergesteuert elektronisch angezeigt.

Unternehmen, die eine Zollanmeldung abgeben, werden im Rahmen der dezentralen Beteiligtenbewertung mit Bewertungsziffern belegt, die zum Ausdruck bringen, wie hoch das Risiko ist, dass durch das Unternehmen Zollvorschriften verletzt werden könnten. Die Beteiligtenbewertungen sind Zusatzinformationen, die dem Abfertigungsdienst helfen sollen, die Intensität der Kontrollmaßnahmen im konkreten Einzelfall unter Berücksichtigung des Abfertigungsgeschehens an der Dienststelle zu bestimmen. Auf diesem Wege wird aber auch das Ziel verfolgt, zollredliche Unternehmen von Kontrollen zu entlasten und damit deren Abfertigung zu beschleunigen.



3 Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf nationaler Ebene

Die ZORA ist trotz elektronischer Unterstützungsmöglichkeiten auch auf den Austausch von Informationen mit anderen Behörden angewiesen. Dieser gehört zum Alltagsgeschäft eines jeden Rechercheurs. Dies ist in erster Linie von Bedeutung, wenn Ermittlungen der Zollfahndungsdienste durch Risikohinweise der ZORA gestört werden könnten. Hier wird mit dem Zollkriminalamt und den Zollfahndungsämtern eng zusammengearbeitet. Ferner findet ein reger Austausch mit den Zollämtern, dem Prüfungsdienst und den Zolltechnischen Prüfungs- und Lehranstalten statt. Insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung des ausufernden Umsatzsteuerbetruges, häufig in Form von so genannten Karussellgeschäften, sind Kontakte zu den Steuerverwaltungen der Länder von Bedeutung.

4 Kooperation der Zollverwaltungen der EU

Die Zollverwaltungen der EU arbeiten auf vielen Gebieten – so auch im Bereich der Risikoanalyse – erfolgreich und im Laufe der vergangenen Jahre immer intensiver zusammen. So findet u. a. ein permanenter Erfahrungsaustausch mit den für die Risikoanalyse zuständigen Einrichtungen anderer Mitgliedstaaten statt. Seit Mai 2005 wird der Informationsaustausch (personenbezogene Daten sind ausgenommen) auch elektronisch durch das RIF-Verfahren (Risk Information Form) unterstützt.

Mit diesem Verfahren haben die Zollverwaltungen der 25 Mitgliedstaaten die Möglichkeit, schnell und einfach Informationen über potenzielle Risiken untereinander zu verbreiten und auszutauschen. Das erleichtert ein EU-weites Eingreifen bei den größten Risiken an den Außengrenzen der EU. Durch den Erfahrungsaustausch wird das Bestreben, ein einheitliches Kontrollniveau an den Außengrenzen der Gemeinschaft zu sichern, unterstützt. Den Bürgern wird ein angemessener Schutz geboten, die Gleichbehandlung der Wirtschaftsbeteiligten in der Gemeinschaft erreicht und die Verlagerung gefährlicher, unregelmäßiger oder betrügerischer Handelspraktiken bekämpft.

5 Ergebnisse der vergangenen Jahre

Die Risikoanalysetätigkeit der ZORA hat sich zu einem bedeutenden Pfeiler des deutschen und europäischen Risikomanagements entwickelt, deren Bedeutung auch im europäischen Kontext durch kontinuierliche Weiterentwicklung noch zunehmen wird.

Die von der ZORA herausgegebenen Risiko-profile umfassen ein weites Spektrum von Waren- und Problemkreisen. Es gibt kaum Waren, die nicht Gegenstand risikorelevanter Sachverhalte sein können. Durch die Beachtung der Hinweise aus den Risikoprofilen (z. B. bei den im 1. Quartal 2006 in ATLAS erfassten circa 9 Mio. Anmeldepositionen rund 100 000 Treffer) können Falschanmeldungen verhindert oder Nach-erhebungen veranlasst werden. Die finanziellen Auswirkungen für den Staat liegen hierbei nicht selten im Millionenbereich.

Die bisherigen Erfahrungen der ZORA zeigen, dass das Ziel, die Warenkontrollen effektiver durchzuführen und auf risikorelevante Sachverhalte zu beschränken, bereits in hohem Maße erreicht worden ist. Die übrigen Bereiche werden folglich weniger oder keinen Prüfungen unterzogen. Der Einsatz der personellen Ressourcen wird somit verbessert.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	93
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	97

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen	70
2 Gewährleistungen	71
3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010	71
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010	72
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006	74
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007	78
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007	80
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	82
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	83
10 Entwicklung der Staatsquote	84
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	85
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	86
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	87
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	88
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	89
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	90
17 Staatsquote im internationalen Vergleich	91
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	92
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	93
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006	93
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2006	93
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2006	94
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2006	95
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	97
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	97
2 Preisentwicklung	97
3 Außenwirtschaft	98
4 Einkommensverteilung	98
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	99
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	100
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	101
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	102
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	103
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	104
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	105
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	108

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 31. Juli 2006 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. August 2006 ² Mio. €
Anleihen	553 050	7 000	0	560 050
Bundessobligationen	183 199	0	14 250	168 949
Bundesschatzbriefe	10 525	138	66	10 597
Bundesschatzanweisungen	119 000	0	0	119 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 698	5 903	5 922	35 679
Finanzierungsschätze	2 297	310	70	2 537
Schuldscheindarlehen	25 595	84	132	25 547
Medium Term Notes Treuhand	266	0	0	266
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	1 242	0	0	1 242
Gesamte umlaufende Schuld	930 871			923 866

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Juli 2006 Mio. €	Stand: 31. August 2006 ² Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	167 760	174 104
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	315 410	295 162
langfristig (mehr als 4 Jahre)	447 700	454 599
Gesamte umlaufende Schuld	930 871	923 866

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2006 in Mrd. €	Belegung	
		am 30. Juni 2006 in Mrd. €	am 30. Juni 2005 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	107,6	104,0
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,5	30,5
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,5	62,3

3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005 Ist Mrd. €	2006 Soll Mrd. €	2007 Reg.- Entwurf Mrd. €	2008 – 2010 Finanzplanung		
				2008 Mrd. €	2009 Mrd. €	2010 Mrd. €
1. Ausgaben	259,8	261,1	267,6	274,3	274,9	276,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	0,7	2,3	2,5	0,2	0,7
2. Einnahmen	228,4	223,2	245,4	252,6	253,7	256,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	- 2,3	9,9	2,9	0,4	0,9
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	194,0	214,5	218,2	226,0	231,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,7	2,0	10,6	1,7	3,6	2,3
3. Finanzierungsdefizit	- 31,4	- 38,4	- 22,2	- 21,7	- 21,2	- 20,7
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)¹	224,0	230,2	237,8	242,5	242,0	239,6
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	3,6				
6. Tilgungen (+)²	193,0	195,8	215,9	221,1	221,0	219,1
7. Nettokreditaufnahme	- 31,2	- 38,2	- 22,0	- 21,5	- 21,0	- 20,5
8. Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
9. Finanzierungssaldo	- 31,4	- 38,4	- 22,2	- 21,7	- 21,2	- 20,7
in % der Ausgaben	12,1	14,7	8,3	7,9	7,7	7,5
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	23,2	23,5	23,4	23,6	23,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	6,2	- 2,3	1,4	- 0,5	0,8	- 1,3
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Ohne Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

² Ohne Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2006

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Soll	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 237	26 209	26 127	26 179	26 168
Aktivitätsbezüge	19 891	19 819	19 765	19 617	19 611	19 527
Ziviler Bereich	8 537	8 523	8 554	8 593	8 624	8 647
Militärischer Bereich	11 353	11 296	11 211	11 024	10 987	10 880
Versorgung	6 481	6 418	6 443	6 510	6 568	6 642
Ziviler Bereich	2 434	2 337	2 320	2 303	2 290	2 283
Militärischer Bereich	4 047	4 081	4 124	4 207	4 278	4 359
Laufender Sachaufwand	17 712	17 990	18 632	18 783	19 030	19 383
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 474	1 518	1 497	1 509	1 517
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 426	8 746	9 259	9 604	9 986
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 090	8 368	8 027	7 917	7 880
Zinsausgaben	37 371	37 557	39 235	41 498	42 488	44 778
an andere Bereiche	37 371	37 557	39 235	41 498	42 488	44 778
Sonstige	37 371	37 557	39 235	41 498	42 488	44 778
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 513	39 190	41 454	42 445	44 735
an Ausland	3	2	4	2	2	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 896	159 730	163 834	162 802	163 005
an Verwaltungen	13 921	13 759	12 320	12 477	12 833	12 704
Länder	8 381	8 289	6 692	6 573	6 585	6 417
Gemeinden	66	39	26	24	22	20
Sondervermögen	5 473	5 430	5 601	5 879	6 225	6 266
Zweckverbände	2	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	140 353	143 137	147 410	151 357	149 969	150 301
Unternehmen	13 474	16 649	18 661	23 741	23 863	23 632
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 747	30 386	27 841	27 112	25 225	24 899
an Sozialversicherung	90 219	92 079	96 691	96 271	96 648	97 534
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	801	832	825	817	817
an Ausland	3 140	3 217	3 380	3 403	3 411	3 417
an Sonstige	5	5	5	5	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	238 680	243 806	250 242	250 499	253 335
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 246	6 945	6 689	6 730	6 750	6 649
Baumaßnahmen	5 779	5 487	5 179	5 290	5 325	5 232
Erwerb von beweglichen Sachen	961	922	1 005	945	937	928
Grunderwerb	506	536	505	495	488	489
Vermögensübertragungen	12 977	13 073	13 799	13 721	13 332	13 027
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 679	13 429	13 366	12 998	12 707
an Verwaltungen	5 587	5 540	5 831	5 272	5 243	4 883
Länder	5 527	5 459	5 759	5 201	5 161	4 795
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	74	66	65	77	82
Sondervermögen	-	6	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 030	7 139	7 598	8 094	7 755	7 824
Sonstige – Inland	4 933	4 989	5 308	5 716	5 334	5 370
Ausland	2 096	2 150	2 290	2 378	2 421	2 454
Sonstige Vermögensübertragungen	360	395	370	355	333	320
an andere Bereiche	360	395	370	355	333	320
Unternehmen – Inland	-0	-	-	-	-	-
Sonstige – Inland	160	175	160	155	148	145
Ausland	201	220	210	200	185	175

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Soll	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	3 601	3 425	3 329	3 856	3 952
Darlehensgewährung	3 340	3 013	2 765	2 554	2 969	3 192
an Verwaltungen	53	38	1	1	1	1
Länder	53	38	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 974	2 764	2 553	2 968	3 191
Sozialversicherungen	900	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 991	1 668	1 413	1 823	1 849
Ausland	882	984	1 096	1 140	1 145	1 341
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	661	775	888	760
Inland	0	0	28	16	13	13
Ausland	558	588	633	759	874	747
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	24 121	23 619	23 913	23 779	23 938	23 628
¹ Darunter: Investive Ausgaben	23 761	23 225	23 543	23 425	23 604	23 308
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	– 699	– 119	278	463	– 164
Ausgaben zusammen	259 849	261 600	267 600	274 300	274 900	276 800

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	49 037	44 206	23 760	14 355	–	6 091
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 629	7 343	3 748	1 226	–	2 369
02 Auswärtige Angelegenheiten	6 514	3 066	445	165	–	2 456
03 Verteidigung	28 229	27 778	15 335	11 637	–	806
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 950	2 609	1 801	706	–	102
05 Rechtsschutz	334	318	220	82	–	16
06 Finanzverwaltung	3 381	3 092	2 210	539	–	343
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	13 118	9 355	452	657	–	8 246
13 Hochschulen	2 272	1 278	7	4	–	1 267
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 505	1 505	–	–	–	1 505
15 Sonstiges Bildungswesen	498	436	9	62	–	365
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 320	5 659	436	584	–	4 639
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 522	477	1	7	–	470
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	134 757	133 959	194	545	–	133 220
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	90 762	90 762	35	0	–	90 726
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 160	5 159	–	–	–	5 159
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 409	3 193	–	146	–	3 047
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	34 158	34 025	45	339	–	33 641
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	105	105	–	–	–	105
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 164	715	114	59	–	542
3 Gesundheit und Sport	919	682	224	236	–	222
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	362	310	124	137	–	49
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	362	310	124	137	–	49
32 Sport	108	83	–	2	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	186	150	64	45	–	42
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	263	139	37	53	–	50
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 983	782	2	4	–	777
41 Wohnungswesen	1 444	779	–	3	–	777
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	534	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	997	529	27	131	–	370
52 Verbesserung der Agrarstruktur	632	244	–	1	–	242
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	125	125	–	53	–	71
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	125	125	–	53	–	71
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	241	160	27	77	–	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	986	1 891	1 954	4 831	4 796
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	283	3	0	286	286
02 Auswärtige Angelegenheiten	48	1672	1729	3 449	3 447
03 Verteidigung	296	97	58	451	418
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	222	119	–	341	341
05 Rechtsschutz	16	–	–	16	16
06 Finanzverwaltung	121	1	166	289	289
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	145	3 618	–	3 763	3 763
13 Hochschulen	1	993	–	994	994
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	62	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	140	1521	–	1661	1661
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1041	–	1045	1045
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	787	1	799	463
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	214	1	217	6
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	127	–	133	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	445	–	449	449
3 Gesundheit und Sport	164	73	–	237	237
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	40	12	–	52	52
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	40	12	–	52	52
32 Sport	–	25	–	25	25
33 Umwelt- und Naturschutz	6	30	–	36	36
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	118	7	–	124	124
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 196	5	1 201	1 201
41 Wohnungswesen	–	660	5	664	664
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	2	–	2	2
44 Städtebauförderung	–	534	–	534	534
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	36	432	2	469	469
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	388	1	388	388
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	36	44	1	81	81

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 118	3 269	46	360	-	2 863
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	489	438	-	204	-	235
621 Kernenergie	223	223	-	-	-	223
622 Erneuerbare Energieformen	39	13	-	4	-	9
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	226	202	-	199	-	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 215	2 195	-	5	-	2 190
64 Handel	100	100	-	54	-	46
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	692	65	-	12	-	52
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 623	471	46	85	-	340
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 728	3 634	973	2 010	-	650
72 Straßen	6 911	958	-	848	-	110
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 509	779	467	246	-	65
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	-	-	-	4
75 Luftfahrt	203	202	45	16	-	141
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 768	1 691	461	900	-	330
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10 762	7 128	-	19	-	7 109
81 Wirtschaftsunternehmen	5 321	1 687	-	19	-	1 668
832 Eisenbahnen	3 473	83	-	5	-	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	1 848	1 604	-	14	-	1 590
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 441	5 441	-	-	-	5 441
873 Sondervermögen	5 421	5 421	-	-	-	5 421
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	20	20	-	-	-	20
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	40 180	40 261	530	314	39 235	182
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	218	180	-	-	-	180
92 Schulden	39 275	39 275	-	40	39 235	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	687	806	530	274	-	2
Summe aller Hauptfunktionen	267 600	243 806	26 209	18 632	39 235	159 730

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	698	1 150	1 849	1 849
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	51	–	51	51
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	26	–	26	26
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	627	–	627	627
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 150	1 151	1 151
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 346	1 748	0	7 094	7 094
72 Straßen	4 546	1 407	–	5 953	5 953
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	730	–	–	730	730
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	69	8	–	77	77
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	3 319	314	3 634	3 634
81 Wirtschaftsunternehmen	–	3 319	314	3 634	3 634
832 Eisenbahnen	–	3 113	277	3 389	3 389
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	206	38	244	244
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	–	–	–	–
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 689	13 799	3 425	23 913	23 543

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
		Ist-Ergebnisse							
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Februar 2006; 2003 bis 2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
		Ist-Ergebnisse						Soll	Reg.-Entw.
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,6	267,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,7	2,3
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223,2	245,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2,3	9,9
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38,4	- 22,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,2	- 22,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,2	26,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 0,5	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,4	15,6
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,6	39,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,5	4,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,6	58,2	59,4
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	23,2	23,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 2,3	1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,9	8,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,8	37,2	37,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	194,0	214,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	2,0	10,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	74,2	80,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	86,9	87,4
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	43,0
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,2	- 22,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	14,6	8,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	164,4	93,4
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	58,9	70,1	57,1
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0	1 447,5	1 503 ^{2/5}	1 541
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	910 ^{4/5}	932 ^{4/5}

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Februar 2006; 2003 bis 2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003 ²	2004 ²	2005 ²	2006 ²	2007 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	603,6	609,7	618,4	612,5	625,9	627	636
Einnahmen	556,3	552,4	550,9	547,2	572,9	572 1/2	597 1/2
Finanzierungssaldo	- 47,2	- 57,3	- 67,5	- 65,3	- 53,0	- 54 1/2	- 38 1/2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,3	249,3	256,7	251,6	259,9	261 1/2	267 1/2
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223	245 1/2
Finanzierungssaldo	- 23,0	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38 1/2	- 22
Länder							
Ausgaben	255,1	257,0	258,7	256,1	259,3	256	258
Einnahmen	229,4	227,6	226,2	231,7	235,3	237 1/2	243 1/2
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,4	- 30,5	- 24,4	- 24,1	- 18 1/2	- 14 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	147,9	149,2	149,9	149,2	153,3	155 1/2	155 1/2
Einnahmen	144,0	144,5	141,3	145,3	151,1	153 1/2	153 1/2
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,6	- 3,8	- 2,2	- 1 1/2	- 2
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,8	1,0	1,4	- 0,9	2,2	0	1 1/2
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,3	- 0,7	4,7	- 0	4 1/2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	1/2	2 1/2
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2 1/2	10
Länder							
Ausgaben	1,8	0,7	0,7	- 1,0	1,3	- 1 1/2	1
Einnahmen	- 4,6	- 0,8	- 0,6	2,4	1,6	1	2 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	1,3	0,9	0,5	- 0,5	2,8	1 1/2	1/2
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,9	3,9	1 1/2	- 0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2003, 2004, 2005: vorläufiges IST; 2006, 2007: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplan Bund 2010.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003 ²	2004 ²	2005 ²	2006 ²	2007 ²
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 2,9	- 2,4	- 2 1/2	- 1 1/2
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1 1/2	- 1
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 1	- 1/2
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0	- 0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,8	- 9,4	- 10,9	- 10,7	- 8,5	- 8 1/2	- 6
darunter:							
Bund	- 9,5	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	-14 1/2	- 8 1/2
Länder	- 10,1	- 11,4	- 11,8	- 9,5	- 9,3	- 7 1/2	- 5 1/2
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,7	- 2,5	- 1,4	- 1	- 1 1/2
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,6	27,9	27 1/2	27
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11 1/2	11 1/2
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,5	11	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,7	6,8	7	6 1/2
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	20 1/2	21 1/2

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2003, 2004, 2005: vorläufiges IST; 2006, 2007: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplan Bund 2010.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt Mrd. €	davon			
		Direkte Steuern Mrd. €	Indirekte Steuern Mrd. €	Direkte Steuern %	Indirekte Steuern %
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 ²	447,9	215,4	232,5	48,1	51,9
2006 ²	457,4	221,5	236,0	48,4	51,6

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005.
Stand: November 2005.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrags-einnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Anteile am BIP in %				
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 ³	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 ³	21,7	39,6	20,0	36,8
2005 ³	21,9	39,5	20,1	36,7
2006 ⁴	22	39 1/2	20 1/2	36 1/2
2007 ⁴	23	39 1/2	21	37

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

⁴ Schätzung; Stand: Juni 2006

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	Ausgaben des Staates		
	insgesamt	darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
Anteile am BIP in %			
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	39,1	26,5	12,6
1975	49,9	31,8	18,1
1976	49,1	31,0	18,1
1977	48,7	30,6	18,1
1978	47,5	29,7	17,8
1979	47,2	29,7	17,5
1980	47,9	30,1	17,8
1981	48,8	30,4	18,4
1982	48,9	30,2	18,7
1983	47,7	29,5	18,2
1984	46,9	28,8	18,1
1985	46,3	28,4	17,9
1986	45,4	27,9	17,5
1987	45,8	28,0	17,8
1988	45,3	27,3	18,0
1989	44,0	26,9	17,1
1990	44,5	27,8	16,7
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,3	21,7
2003 ⁵	48,4	26,4	22,0
2004 ⁵	46,9	25,7	21,2
2005 ⁵	46,7	25,9	20,8
2006 ⁶	46	25 1/2	20 1/2
2007 ⁶	45 1/2	25	20

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

⁶ Schätzung; Stand: Juni 2006

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005
	Schulden in Mio. €¹				
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505
Bund	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
Länder	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214
Gemeinden	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804
Zweckverbände	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467
nachrichtlich:					
Bund + SR	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018
nachrichtlich:					
Länder (West) ²	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840
nachrichtlich:					
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066
Fonds Deutsche Einheit	39 638	39 441	39 099	38 650	0
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	301
	Anteil der Schulden am BIP (in %)				
Öffentlicher Gesamthaushalt	57,0	58,4	61,3	63,0	64,4
Bund	33,0	33,5	35,2	36,2	38,8
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7
Länder	16,9	17,9	19,2	20,0	20,8
Gemeinden	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7
nachrichtlich:					
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	38,8	39,5
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,8	24,6
nachrichtlich:					
Länder (West) ²	14,2	15,1	16,1	16,8	17,5
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	19,9	20,6
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0
nachrichtlich:					
Maastricht-Schuldenstand ³	58,8	60,3	63,8	65,5	67,7
	Schulden insgesamt (€)				
je Einwohner	14 603	15 183	16 063	16 908	17 552
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34 237	35 890	37 323
nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 113,2	2 145,0	2 163,4	2 215,7	2 247,4
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,440	82,537	82,532	82,501	82,468
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,316	39,096	38,722	38,868	38,783

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

² West- und Ost-Berlin.

³ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,7	- 1,2	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,2
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,8	- 5,4	- 0,4	- 32,6	- 6,1
1976	- 20,5	- 20,2	- 0,3	- 3,5	- 3,5	- 0,1	- 24,6	- 4,2
1977	- 16,0	- 13,2	- 2,8	- 2,6	- 2,1	- 0,4	- 15,9	- 2,6
1978	- 17,5	- 15,8	- 1,7	- 2,6	- 2,4	- 0,3	- 20,3	- 3,0
1979	- 19,2	- 18,5	- 0,7	- 2,7	- 2,6	- 0,1	- 23,8	- 3,3
1980	- 22,5	- 23,6	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,8
1981	- 32,0	- 34,2	2,2	- 4,0	- 4,3	0,3	- 38,7	- 4,8
1982	- 29,3	- 32,2	2,8	- 3,5	- 3,9	0,3	- 35,8	- 4,3
1983	- 25,5	- 24,8	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,2
1984	- 18,3	- 17,5	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,6
1985	- 10,9	- 12,8	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,1
1986	- 11,6	- 15,7	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,0	- 21,6	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,3	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	0,8	- 7,4	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 25,1	- 34,9	9,8	- 2,0	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,8
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,4
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,1	- 2,2
2002 ⁵	- 79,6	- 72,7	- 6,9	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 ⁵	- 86,6	- 78,6	- 8,0	- 4,0	- 3,6	- 0,4	- 68,5	- 3,2
2004 ⁵	- 81,2	- 79,9	- 1,3	- 3,7	- 3,6	- 0,1	- 65,3	- 2,9
2005 ⁵	- 74,5	- 71,2	- 3,4	- 3,3	- 3,2	- 0,1	- 53	- 2,4
2006 ⁶	- 70 1/2			- 3			- 54 1/2	- 2 1/2
2007 ⁶	- 58 1/2			- 2 1/2			- 38 1/2	- 1 1/2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2006.

⁶ Schätzung; Stand: Juni 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,2	- 1,2	- 3,7	- 4,0	- 3,7	- 3,3	- 3,1	- 2,5
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	- 0,3	- 0,9
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,3	1,2	1,0	2,7	4,9	3,9	4,0
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 4,9	- 5,8	- 6,9	- 4,5	- 3,0	- 3,6
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	- 0,3	0,0	- 0,1	1,1	0,9	0,4
Frankreich	0,0	- 2,9	- 2,1	- 5,5	- 1,5	- 3,2	- 4,2	- 3,7	- 2,9	- 3,0	- 3,1
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,1	4,4	- 0,6	0,2	1,5	1,0	0,1	- 0,4
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 1,9	- 2,9	- 3,4	- 3,4	- 4,1	- 4,1	- 4,5
Luxemburg	-	-	4,3	2,3	5,9	2,0	0,2	- 1,1	- 1,9	- 1,8	- 1,5
Niederlande	- 3,8	- 3,4	- 5,1	- 4,0	1,4	- 2,0	- 3,1	- 1,9	- 0,3	- 1,2	- 0,7
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,4	- 5,6	- 1,9	- 0,5	- 1,5	- 1,1	- 1,5	- 1,9	- 1,4
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 2,9	- 3,2	- 6,0	- 5,0	- 4,9
Finnland	3,9	3,5	5,4	- 6,2	7,0	4,1	2,5	2,3	2,6	2,8	2,5
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,0	- 0,2	0,1	1,8	2,9	2,2	2,3
Vereinigtes Königreich	-	-	- 1,6	- 5,8	1,3	- 1,6	- 3,3	- 3,3	- 3,5	- 3,0	- 2,8
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 2,5	- 3,0	- 2,8	- 2,4	- 2,4	- 2,3
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,3	- 2,2	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 2,2	- 2,2
Estland	-	-	-	0,4	- 0,4	1,0	2,4	1,5	1,6	1,4	0,8
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 2,3	- 1,2	- 0,9	0,2	- 1,0	- 1,0
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 3,6	- 1,4	- 1,2	- 1,5	- 0,5	- 0,6	- 0,9
Malta	-	-	-	-	- 6,2	- 5,6	-10,2	- 5,1	- 3,3	- 2,9	- 3,2
Polen	-	-	-	- 2,2	- 1,5	- 3,2	- 4,7	- 3,9	- 2,5	- 3,0	- 3,0
Slowakei	-	-	-	- 0,8	-12,2	- 7,7	- 3,7	- 3,0	- 2,9	- 2,7	- 2,1
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,7	- 2,8	- 2,3	- 1,8	- 1,9	- 1,6
Tschechien	-	-	-	-13,2	- 3,6	- 6,8	- 6,6	- 2,9	- 2,6	- 3,2	- 3,4
Ungarn	-	-	-	-	- 2,3	- 8,4	- 6,4	- 5,4	- 6,1	- 6,7	- 7,0
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 4,5	- 6,3	- 4,1	- 2,4	- 2,1	- 2,0
EU-25	-	-	-	-	0,8	- 2,3	- 3,0	- 2,6	- 2,3	- 2,3	- 2,2
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,7	- 8,2	- 8,0	- 6,3	- 6,5	- 5,8	- 5,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 3,8	- 5,0	- 4,7	- 3,8	- 4,1	- 4,4

¹ Angaben für 2000 und 2002 ohne Erlöse aus den Versteigerungen der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre 2002 bis 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	31,2	40,7	42,3	55,5	59,2	60,3	63,8	65,5	67,7	68,9	69,2
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	103,2	98,5	94,7	93,3	89,8	87,0
Dänemark	39,1	75,0	62,0	72,5	51,7	46,8	44,4	42,6	35,8	30,0	26,5
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	110,7	107,8	108,5	107,5	105,0	102,1
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,5	59,2	52,5	48,9	46,4	43,2	40,0	37,9
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	58,2	62,4	64,4	66,8	66,9	67,0
Irland	69,0	100,5	93,1	81,0	37,8	32,1	31,1	29,4	27,6	27,2	27,0
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,2	105,5	104,2	103,8	106,4	107,4	107,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	5,8	5,3	6,5	6,3	6,6	6,2	7,9	8,2
Niederlande	44,0	67,5	73,7	74,0	53,6	50,5	51,9	52,6	52,9	51,2	50,3
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,8	66,0	64,4	63,6	62,9	62,4	61,6
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	55,5	57,0	58,7	63,9	68,4	70,6
Finnland	11,4	16,1	14,1	56,5	44,3	41,3	44,3	44,3	41,1	39,7	38,3
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	52,0	51,8	50,5	50,3	47,6	44,8
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,0	41,2	37,6	39,0	40,8	42,8	44,1	44,7
Euroraum	33,7	50,6	57,0	72,2	69,2	68,1	69,3	69,8	70,8	70,5	70,1
EU-15	–	–	–	69,5	63,0	61,5	63,1	63,4	64,6	64,4	64,0
Estland	–	–	–	–	5,1	5,5	6,0	5,4	4,8	3,6	3,0
Lettland	–	–	–	–	12,3	13,5	14,4	14,6	11,9	11,3	10,9
Litauen	–	–	–	–	23,6	22,3	21,2	19,5	18,7	18,9	19,7
Malta	–	–	–	–	56,0	61,2	71,3	76,2	74,7	74,0	74,0
Polen	–	–	–	–	35,9	39,8	43,9	41,9	42,5	45,5	46,7
Slowakei	–	–	–	–	50,0	43,3	42,7	41,6	34,5	34,3	34,7
Slowenien	–	–	–	–	27,6	29,7	29,1	29,5	29,1	29,9	29,7
Tschechien	–	–	–	–	19,1	28,8	30,0	30,6	30,5	31,5	32,4
Ungarn	–	–	–	–	54,3	55,0	56,7	57,1	58,4	59,9	62,0
Zypern	–	–	–	–	59,9	65,2	69,7	71,7	70,3	69,1	67,8
EU-25	–	–	–	–	61,9	60,5	62,0	62,4	63,4	63,2	62,9
Japan	55,0	72,2	68,6	87,7	136,8	152,0	156,3	157,3	158,9	161,1	162,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,5	60,6	64,2	64,8	65,0	66,0	67,1

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2002 bis 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Für die Jahre 1995 und 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	21,1	20,4
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,5	31,6	31,0	31,5
Dänemark	37,7	43,2	46,7	48,5	48,3	47,5	47,1	48,4
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	32,8	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	27,3	27,0	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,4	22,8	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	24,4	25,3	25,7
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,0	30,4	29,5
Japan	15,3	18,0	21,4	17,7	17,2	15,9	15,6	15,8
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	28,9	28,6	28,0
Luxemburg	19,1	29,1	29,8	31,1	30,2	29,9	29,8	29,3
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,3	24,7	24,8
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,2	33,8	33,5	35,2
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	29,1	28,6	28,3
Polen	–	–	–	25,8	23,0	23,3	20,0	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	25,2	25,3	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,1	35,0	35,8	36,2
Schweiz	17,0	19,8	19,9	20,3	23,1	22,4	22,0	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,6	19,5	18,7	18,4
Spanien	9,9	11,5	20,8	20,3	22,6	22,6	22,5	22,9
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	20,7	21,3	21,3
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,1	26,8	26,3
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,4	18,8	18,7
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,9	31,1	29,6	29,0	29,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 – 2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,4	35,5	34,6
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	46,2	45,4	45,6
Dänemark	39,2	43,9	47,7	49,5	50,1	48,7	48,3	49,6
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	45,8	44,8	44,3
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,4	43,4	43,7
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	37,1	35,7	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	28,7	29,7	30,2
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	42,5	43,1	42,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,7	26,5	25,8	25,3	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	34,0	33,8	33,0
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,6	41,3	41,3	40,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,2	38,8	39,3
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	43,8	43,4	44,9
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	43,6	43,1	42,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,7	34,2	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	36,5	37,1	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,9	50,1	50,6	50,7
Schweiz	22,2	28,5	26,0	27,8	30,5	30,1	29,5	29,4
Slowakei	–	–	–	–	34,3	33,0	31,1	30,8
Spanien	15,8	22,4	32,1	31,8	34,8	34,8	34,9	35,1
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,0	37,7	37,6
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	38,8	38,5	37,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,1	37,5	35,6	35,6	36,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

17 Staatsquote im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP						
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	44,5	45,1	48,3	47,0	46,8	45,7	45,0
Belgien	51,9	48,6	50,1	48,7	49,1	49,0	48,9
Dänemark	55,9	53,9	55,2	55,1	54,0	53,0	52,1
Finnland	48,3	48,8	50,7	50,8	50,9	50,6	50,6
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,5	53,9	53,6	53,0
Griechenland	50,2	52,1	49,9	49,8	47,7	47,1	46,9
Irland	42,9	31,5	33,5	33,7	35,8	35,2	35,2
Italien	54,4	46,9	49,3	48,7	49,2	48,5	49,0
Japan	31,8	38,3	37,6	37,5	37,4	37,6	37,8
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,5	39,6	40,0
Luxemburg	43,3	38,6	45,0	45,2	46,1	45,4	44,7
Niederlande	52,5	43,4	47,1	46,6	47,7	48,1	46,6
Norwegen	54,0	42,7	48,9	46,7	46,1	46,3	46,5
Österreich	51,5	51,4	50,6	49,9	49,5	48,6	48,2
Polen	–	44,9	45,8	44,7	42,8	43,0	42,4
Portugal	40,6	43,7	46,2	46,5	47,6	47,5	47,1
Schweden	61,9	57,4	58,7	57,3	57,2	57,1	56,3
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,7	36,9	36,5	36,1
Slowakei	–	50,9	39,7	40,6	40,2	39,9	39,0
Spanien	42,5	38,9	38,3	38,8	38,5	38,6	38,7
Tschechien	–	42,1	53,5	44,6	44,2	43,0	42,4
Ungarn	–	47,9	49,8	49,7	50,3	48,9	48,8
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,9	36,6
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	43,9	44,9	45,4	45,7

¹ 1970–1990 nur alte Bundesländer.
Quelle: OECD-Outlook.
Stand: Dezember 2005.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	105,68	111,97
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,46	50,99
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,40	35,64
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	8,02	8,89
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,48	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,30	5,86	6,29	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,44	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	3,29	2,89
Ausgleichszahlungen				1,41	1,30	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	5,5	6,0
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	5,2
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 5,3	10,0
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	10,5	10,8
Externe Politiken	10,2	4,5	9,5	7,5	18,9	- 2,0
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,7	10,6	7,3	5,9
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	144,4	4,5
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	54,9	36,2	7,9	- 12,2
Ausgleichszahlungen					- 7,8	- 17,7
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	45,9	45,5
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	30,7	31,8
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	7,9
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	5,2	4,8
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	3,1	2,6
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,28	94,08	93,47	103,51	105,68	111,97
davon:						
Zölle	12,83	9,50	9,46	10,59	12,03	12,91
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,82	1,49	1,39	1,71	1,91	1,32
MwSt-Eigenmittel	30,69	22,69	21,82	13,53	15,56	15,88
BSP/BNE-Eigenmittel	34,46	45,85	50,62	69,21	68,88	80,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	- 0,2	- 0,6	10,7	2,1	6,0
davon:						
Zölle	- 2,1	- 26,0	- 0,4	11,9	13,6	7,3
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 15,7	- 18,1	- 6,7	23,0	11,7	- 30,9
MwSt-Eigenmittel	- 12,8	- 26,1	- 3,8	- 38,0	15,0	2,1
BSP/BNE-Eigenmittel	- 8,3	33,1	10,4	36,7	- 0,5	17,0
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	10,1	10,1	10,2	11,4	11,5
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,6	1,5	1,7	1,8	1,2
MwSt-Eigenmittel	32,6	24,1	23,3	13,1	14,7	14,2
BSP/BNE-Eigenmittel	36,6	48,7	54,2	66,9	65,2	71,9

Bemerkungen:

1996 bis 2004: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2005: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-8.

2006: Endgültige Feststellung vom 15. Dezember 2005.

Stand: Februar 2006.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

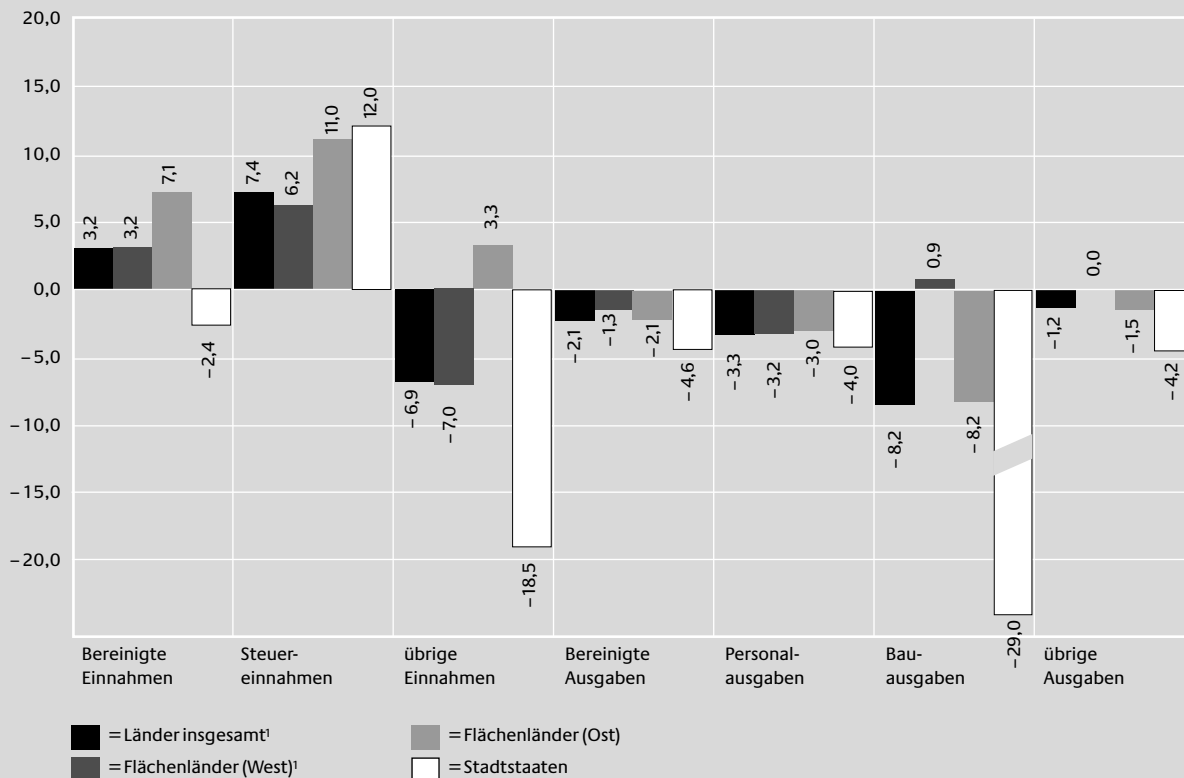
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006

in Mio. €	Flächenländer (West) ¹		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen ¹	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	163 030	92 747	48 736	27 064	29 112	16 886	235 429	133 474
darunter:								
Steuereinnahmen	126 422	73 822	23 519	13 586	17 783	10 262	167 724	97 671
übrige Einnahmen	36 608	18 925	25 217	13 479	11 329	6 624	67 705	35 803
Bereinigte Ausgaben	178 070	101 151	51 799	27 810	34 014	19 932	258 434	145 669
darunter:								
Personalausgaben	71 661	42 048	12 901	7 286	11 098	6 515	95 660	55 848
Bauausgaben	2 584	859	1 423	501	874	263	4 882	1 623
übrige Ausgaben	103 825	58 245	37 474	20 024	22 042	13 154	157 892	88 198
Finanzierungssaldo	- 15 036	- 8 404	- 3 063	- 746	- 4 871	- 3 046	- 22 970	- 12 195

¹ Ohne Ist-Zahlen des Saarlandes.

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2006

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



¹ Ohne Ist-Zahlen des Saarlandes.

3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Juli 2005			Juni 2006			Juli 2006		
		Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder ⁶	Ins-gesamt ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	119 659	129 359	239 882	104 865	117 861	215 402	123 551	133 474	247 710
111	darunter: Steuereinnahmen	97 717	90 904	188 622	90 334	85 901	176 234	107 117	97 671	204 788
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	149 391 ³	48 688	198 079	123 064 ³	35 743	158 807	149 442 ³	39 746	189 187
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	164 138	148 747	303 749	130 728	127 683	251 087	161 115	145 669	297 469
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	15 437	57 748	73 185	13 292	48 891	62 183	15 450	55 848	71 299
122	Bausgaben	2 132	1 767	3 899	1 767	1 323	3 090	2 291	1 623	3 914
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-315	-315	-	-106	-106	-	-155	-155
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	117 114	35 941	153 055	112 415	29 962 ⁵	142 376	120 393	35 611	156 005
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-44 479	-19 388	-63 867	-25 863	-9 822	-35 685	-37 564	-12 195	-49 759
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	94	94	-	-	-	-	-	0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	89	89	-	-	-	-	-	0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	5	5	-	-	-	-	-	0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	32 554	12 774	45 328	10 976	5 143	16 120	29 408	3 827	33 234
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-1 466	-1 466	-	-191	-191	-	-191	-191
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-981	-981	-	-180	-180	-	-180	-180
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	11 925	7 174	19 099	7 563	8 985	16 547	7 681	15 701	23 381
32	Vorschüsse	-	10 225	10 225	-	12 348	12 348	-	14 588	14 588
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	4 561	4 561	-	5 785	5 785	-	2 992	2 992
34	Saldo (31-32+33)	11 925	1 510	13 435	7 563	2 422	9 984	7 681	4 105	11 785
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	0	-7 546	-7 546	-7 324	-2 628	-9 952	-476	-4 635	-5 110
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	4 398	4 398	7 324	2 074	9 398	476	3 125	3 601
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	190	190	-	521	521	-	404	404
56	Zusammen	-	4 588	4 588	7 324	2 595	9 919	476	3 529	4 005
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-2 958	-2 958	0	-33	-33	0	-1 106	-1 106
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	613	613	-	867	867	-	1 029	1 029
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	1 312	1 312	-	1 916	1 916	-	1 922	1 922

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Aufgrund eines Eingabefehlers berichteter Wert ggü. BMF-Veröffentlichung Juni 2006. ⁶ Wegen EDV-Problemen im Saarland konnten keine Werte für Juli geliefert werden.
Stand: September 2006.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland ⁸
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	17 204,1	19 311,3	5 076,3	9 830,7	3 489,9	11 565,4	25 063,5	6 083,3	.
111	darunter: Steuereinnahmen	13 192,6	15 474,7	2 621,5	8 169,2	1 670,2	8 357,3	20 999,9 ⁶	4 417,6	.
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	306,9	-	258,3	177,7	35,1	165,2	.
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	4 632,3	2 583,0	655,2	1 107,0	673,7	2 591,7	9 034,0	4 152,6	.
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	19 103,4	19 723,7	5 287,3	11 070,4	3 833,7	12 494,4	27 517,2	7 042,4	.
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	8 301,7	9 218,8	1 278,2	3 965,2	880,8	4 962,2 ³	10 656,2 ³	3 023,2	.
122	Bauausgaben	194,4	339,2	81,2	161,6	89,1	35,0	55,8	29,5	.
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 154,1	1 026,2	-	1 325,4	-	-	12,8	-	.
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	3 961,5	867,4	764,8	2 416,6	830,6	2 985,8	8 762,6	3 610,7	.
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 1 899,3	- 412,4	- 211,0	- 1 239,7	- 343,8	- 929,0	- 2 453,6	- 959,1	.
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	.
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	.
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	.
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	691,1	1 949,2	116,2	- 1 382,8	- 154,0	- 1 183,5	263,0	432,3	.
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0,2	-	-	-	-	-	-	-	.
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	-	-	-	-	-	-	-	.
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 044,9	3 548,2	434,2	1 384,5	227,0	249,8	5 429,2	1 498,4	.
32	Vorschüsse	1 164,5	5 087,6	4,8	41,3	0,8	705,3	3 955,0	973,7	.
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	178,7	2,6	0,0	402,6	113,3	873,2	62,1	2,6	.
34	Saldo (31-32+33)	1 059,1	- 1 536,8	429,4	1 745,8	339,5	417,7	1 536,3	527,3	.
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 148,9	0,0	334,6	- 876,6	- 158,3	- 1 694,8	- 654,3	0,5	.
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	1 220,0	49,5	43,0	482,0	0,0	.
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	.
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	.
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	.
55	Sonstige	-	-	-	128,0	-	276,0	-	-	.
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	1 348,0	49,5	319,0	482,0	0,0	.
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	- 148,9	0,0	334,6	471,4	- 108,8	- 1 375,8	- 172,3	0,5	.
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	-	-	-	-	-	639,3	-	-	.
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	-	-	873,2	59,3	-	.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne August-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 424,515 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁸ Wegen EDV-Problemen im Saarland konnten keine Werte für Juli geliefert werden.

Stand: September 2006.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen ⁸
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	9 019,3	4 925,7	4 138,8	4 553,2	9 978,7	1 720,2	5 437,0	133 473,6
111	darunter: Steuereinnahmen	4 463,5	2 506,2	3 211,1	2 324,5	4 836,2	1 072,0	4 354,1	97 670,6
112	Länderfinanzausgleich ¹	607,6	341,2	72,0	339,0	1 452,3	168,5	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	323,9	4 903,1	1 960,9	1 169,4	5 229,9	995,3	-266,2	39 745,8
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	7 923,3	5 632,7	4 649,4	5 133,4	12 125,7	2 353,8	5 701,9	145 668,9
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	2 443,0	1 289,3	1 920,2	1 394,3	3 917,2	746,0	1 851,9	55 848,2
122	Bauausgaben	228,5	31,4	43,2	71,1	86,1	35,4	141,4	1 622,9
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	249,9	-155,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 324,6	3 084,3	1 535,4	261,2	4 129,9	1 076,0	-	35 611,4
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 096,0	- 707,0	- 510,6	- 580,2	- 2 147,0	- 633,6	- 264,9	- 12 195,2
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	-923,8	1 814,1	438,5	906,8	1 109,1	12,0	-261,6	3 826,6
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-190,9	-190,7
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	-180,1	-	-	0,0	-180,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	453,1	143,6	0,0	66,0	84,8	102,7	34,3	15 700,7
32	Vorschüsse	952,5	1 498,2	-	335,0	-	-32,8	-98,0	14 587,9
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	236,2	22,2	-	2,2	294,5	164,0	637,6	2 991,8
34	Saldo (31-32+33)	-263,2	-1 332,4	0,0 ⁵	-266,8	379,3	299,5	769,9	4 104,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-91,0	-225,3	-72,1	-120,3	-658,6	-322,0	52,5	-4 634,6
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	119,1	675,0	341,3	195,0	3 124,9
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	404,0
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	119,1	675,0	341,3	195,0	3 528,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	-91,0	-225,3	-72,1	-1,2	16,4	19,3	247,5	-1 105,7
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	-	-	-	-	-	-	390,1	1 029,4
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	-	294,5	56,9	637,6	1 921,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne August-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 424,515 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁸ Wegen EDV-Problemen im Saarland konnten keine Werte für Juli geliefert werden.

Stand: September 2006.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Veränderung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
			Veränderung in % p. a.						
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	- 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	- 1,3	49,7	2,8	6,9	- 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	- 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	- 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	- 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	- 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	- 1,0	51,3	3,7	8,7	- 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,2	0,9	0,7	17,4
2005	38,8	- 0,1	51,7	3,9	9,1	0,9	1,0	1,3	17,3
2000/1995	38,0	0,8	50,1	3,1	7,6	2,0	1,2	2,0	21,3
2005/2000	39,0	- 0,2	51,4	3,4	8,1	0,6	0,8	1,3	18,7

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95, Statistische Bundesamt 17. August 2006. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose (ILO)) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. ³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	0,9	1,0	1,0	0,9	1,5	1,1	0,7
2004	2,1	0,9	- 0,2	1,0	1,6	1,6	- 0,5
2005	1,5	0,6	- 0,8	0,9	1,4	2,0	- 0,9
2000/1995	2,2	0,2	- 1,1	0,5	0,8	1,3	0,2
2005/2000	1,7	1,0	0,4	1,0	1,5	1,6	0,1

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,52	43,90	35,7	31,7	4,0	2,0
2004	9,5	7,0	110,88	85,13	38,2	33,2	5,0	3,9
2005	8,1	8,6	116,01	94,78	40,7	35,5	5,2	4,2
2000/1995	9,2	9,4	16,8	- 18,2	28,0	27,1	0,9	- 0,9
2005/2000	5,8	3,2	76,6	40,4	36,4	32,9	3,5	1,8

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Veränderung in % p. a.				in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,3	3,9	0,3	70,9	72,0	1,2	- 0,8
2004	3,4	10,4	0,5	68,9	70,2	0,6	0,8
2005	1,5	6,2	- 0,7	67,4	69,0	0,3	- 1,1
2000/1995	1,8	1,2	2,0	71,1	71,8	1,1	- 0,1
2005/2000	1,9	5,2	0,5	70,4	71,6	1,1	0,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	2,2	5,7	1,9	3,2	0,1	- 0,2	1,6	0,9	1,7	1,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	1,5	0,9	2,6	1,2	2,3	2,1
Dänemark	3,6	1,0	3,1	3,5	0,5	0,7	1,9	3,1	3,2	2,3
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	3,8	4,8	4,7	3,6	3,5	3,4
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	2,7	3,0	3,1	3,4	3,1	2,8
Frankreich	1,9	2,7	2,4	4,1	1,2	0,8	2,3	1,4	1,9	2,0
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	6,1	4,4	4,5	4,7	4,9	5,1
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,3	0,0	1,1	0,0	1,3	1,2
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	3,6	2,0	4,2	4,2	4,4	4,5
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	0,1	- 0,1	1,7	1,1	2,6	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,0	1,4	2,4	1,9	2,5	2,2
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	0,8	- 1,1	1,1	0,3	0,9	1,1
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,0	2,2	2,4	3,6	2,1	3,6	2,9
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	2,0	1,7	3,7	2,7	3,4	3,0
Vereinigtes Königreich	3,6	0,7	2,9	4,0	2,0	2,5	3,1	1,8	2,4	2,8
Euroraum	2,3	3,6	2,4	3,8	0,9	0,7	2,0	1,3	2,1	1,8
EU-15	2,5	3,0	2,6	3,9	1,1	1,1	2,3	1,5	2,2	2,0
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	6,7	7,8	9,8	8,9	7,9
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	6,5	7,2	8,5	10,2	8,5	7,6
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,8	10,5	7,0	7,5	6,5	6,2
Malta	-	-	6,2	6,4	1,5	- 2,5	- 1,5	2,5	1,7	1,9
Polen	-	-	7,0	4,2	1,4	3,8	5,3	3,2	4,5	4,6
Slowakei	-	-	5,8	2,0	4,6	4,5	5,5	6,0	6,1	6,5
Slowenien	-	-	4,1	4,1	3,5	2,7	4,2	3,9	4,3	4,1
Tschechien	-	-	5,9	3,9	1,5	3,2	4,7	6,0	5,3	4,7
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,8	3,4	4,6	4,1	4,6	4,2
Zypern	-	-	9,9	5,0	2,1	1,9	3,9	3,8	3,8	3,8
EU-25	-	-	2,6	3,9	1,2	1,2	2,4	1,6	2,3	2,2
Japan	5,1	5,2	1,9	2,9	0,1	1,8	2,3	2,7	2,8	2,4
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	1,6	2,7	4,2	3,5	3,2	2,7

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	1,9	1,4	1,0	1,8	1,9	1,7	2,3
Belgien	2,4	1,6	1,5	1,9	2,5	2,4	2,1
Dänemark	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7	2,1	2,0
Griechenland	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3
Spanien	2,8	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	3,1
Frankreich	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,8
Irland	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2	2,4	2,3
Italien	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	2,0
Luxemburg	2,4	2,1	2,5	3,2	3,8	4,1	3,4
Niederlande	5,1	3,9	2,2	1,4	1,5	1,8	2,1
Österreich	2,3	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,6
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,1	2,7	2,4
Finnland	2,7	2,0	1,3	0,1	0,8	1,4	1,4
Schweden	2,7	1,9	2,3	1,0	0,8	1,1	1,8
Vereinigtes Königreich	1,2	1,3	1,4	1,3	2,1	2,0	2,0
Euroraum	2,4	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2
EU-15	2,2	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,2
Estland	5,6	3,6	1,4	3,0	4,1	3,6	2,9
Lettland	2,5	2,0	2,9	6,2	6,9	6,7	5,6
Litauen	1,6	0,3	- 1,1	1,2	2,7	3,5	3,3
Malta	2,5	2,6	1,9	2,7	2,5	2,9	2,7
Polen	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2	1,0	2,0
Slowakei	7,2	3,5	8,4	7,5	2,8	4,4	2,7
Slowenien	8,6	7,5	5,7	3,7	2,5	2,4	2,5
Tschechien	4,5	1,4	- 0,1	2,6	1,6	2,5	2,7
Ungarn	9,1	5,2	4,7	6,8	3,5	2,3	3,3
Zypern	2,0	2,8	4,0	1,9	2,0	2,4	2,2
EU-25	2,5	2,1	1,9	2,1	2,2	2,1	2,2
Japan	- 0,6	- 0,9	- 0,3	0,0	- 0,3	0,7	1,0
USA	2,8	1,6	2,3	2,7	3,4	2,9	1,6

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.
Stand: Mai 2006.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	8,2	9,0	9,5	9,5	9,4	9,2
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	7,5	8,2	8,4	8,4	8,0	7,6
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,6	5,4	5,5	4,8	4,0	3,8
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,3	9,7	10,5	9,8	9,5	9,1
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	11,1	10,6	9,2	8,7	8,3
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6	9,5	9,4	9,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,7	4,5	4,3	4,4	4,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,7	7,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,8	3,7	4,8	5,3	5,7	5,8
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	2,8	3,7	4,6	4,7	4,3	3,9
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,2	4,3	4,8	5,2	5,2	5,2
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	5,0	6,3	6,7	7,6	8,1	8,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,0	8,8	8,4	7,9	7,6
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	5,6	6,3	7,8	7,0	6,7
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,1	4,9	4,7	4,7	5,0	4,8
Euroraum	9,3	7,6	10,5	8,2	8,3	8,7	8,9	8,6	8,4	8,2
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,7	7,6	8,0	8,1	7,9	7,8	7,6
Estland	–	0,6	9,7	12,8	10,3	10,0	9,7	7,9	7,0	6,3
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,2	10,5	10,4	9,0	8,4	7,9
Litauen	–	5,3	12,7	16,4	13,5	12,4	11,4	8,2	7,1	6,5
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,5	7,6	7,3	7,3	7,4	7,4
Polen	–	–	13,2	16,1	19,9	19,6	19,0	17,7	16,2	15,2
Slowakei	–	–	13,2	18,8	18,7	17,6	18,2	16,4	15,5	14,8
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,3	6,7	6,3	6,3	6,3	6,3
Tschechien	–	–	3,9	8,7	7,3	7,8	8,3	7,9	7,7	7,6
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,8	5,9	6,1	7,2	7,7	7,6
Zypern	–	–	3,5	4,8	3,6	4,1	4,7	5,3	5,4	5,4
EU-25	–	–	10,4	8,6	8,8	9,0	9,1	8,7	8,5	8,2
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,4	5,3	4,7	4,4	4,3	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,8	6,0	5,5	5,1	4,8	5,1

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	8,4	6,5	6,8↑	6,5↑	10,3	12,3	9,6↓	9,3↓	8,1	8,8↓	10,1↑	9,4↑
darunter												
Russische Föderation	7,2	6,4	6,5↑	6,5↑	10,9	12,6	9,7↓	8,5↓	9,9	10,9↓	12,3↑	10,7↑
Ukraine	12,1	2,6	5,0↑	2,8↓	9,0	13,5	9,3↓	13,5↑	10,6↑	3,1↑	-2,2↓	-3,8↓
Asien	8,5↑	8,5↑	8,3↑	8,2↑	3,9↓	3,4↓	3,6↓	3,5↓	3,9	4,7↑	4,3↑	4,2↑
darunter												
China	10,1	10,2↑	10,0↑	10,0↑	3,9	1,8	1,5↓	2,2	3,6	7,2↑	7,2↑	7,2↑
Indien	8,0↓	8,5↑	8,3↑	7,3↑	3,9↑	4,0↓	5,6↑	5,3↑	0,2	-1,5↑	-2,1↑	-2,7↑
Indonesien	5,1	5,6	5,2↑	6,0	6,1	10,5	13,0↓	5,9↓	0,6↓	0,3↓	0,2↓	0,6↑
Korea	4,7↑	4,0	5,0↓	4,3↓	3,6	2,7	2,5	2,7↓	4,1	2,1	0,4↓	0,3↓
Thailand	6,2	4,5↑	4,5↓	5,0↓	2,8	4,5	4,9↑	2,6↑	4,2	-2,1↑	-0,8↑	-1,3↑
Türkei ²	8,9	7,4	5,0↓	5,0	8,6	8,2	10,2↑	7,2↑	-5,2	-6,4↓	-6,7↓	-5,8↑
Lateinamerika	5,7↑	4,3	4,8↑	4,2↑	6,5	6,3	5,6↓	5,2↓	0,9	1,4↑	1,2↑	1,0↑
darunter												
Argentinien	9,0	9,2	8,0↑	6,0↑	4,4	9,6	12,3↓	11,4↓	2,2	1,9↑	1,0↓	0,6↑
Brasilien	4,9	2,3	3,6↑	4,0↑	6,6	6,9	4,5↓	4,1↓	1,9	1,8	0,6↓	0,4↑
Chile	6,2↑	6,3	5,2↓	5,5↑	1,1	3,1	3,5↓	3,1↑	1,7↑	0,6↑	1,8↑	0,9↑
Mexiko	4,2	3,0	4,0↑	3,5↑	4,7	4,0	3,5	3,3↑	-1,0↑	-0,6↑	-0,1↑	-0,2↑
Venezuela	17,9	9,3	7,5↑	3,7↑	21,7	15,9	12,1↑	15,4↑	12,5	19,1	17,5↑	17,6↑

¹ Prognosen des IWF [↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (März 2006) angehoben/gesenkt].

² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2006.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones Eröffnungskurs 3. Januar 2005 = 100 % (3. Januar 2005 bis 13. September 2006)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Schlussstände 14.9.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	11 527	10 718	7,55	10 156	11 670
Eurostoxx 50	3 497	3 349	4,41	3 183	3 602
Dax	5 907	5 408	9,23	5 244	6 162
CAC 40	5 124	4 715	8,67	4 565	5 329
Nikkei	15 942	16 111	- 1,05	14 046	17 563

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Schlussstände 14.9.2006	Anfang 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
in %					
USA	4,79	4,40	-	4,33	5,25
Bund	3,81	3,30	- 0,98	3,26	4,12
Japan	1,67	1,47	- 3,12	1,43	2,00

Währungen

	Schlussstände 14.9.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,27	1,18	7,63	1,18	1,29
Yen/Dollar	117,57	117,92	- 0,29	109,67	119,04
Yen/Euro	149,58	139,32	7,36	137,50	150,56
Pfund/Euro	0,67	0,69	- 2,89	0,67	0,70

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Deutschland												
EU-KOM	1,6	0,9	2,2	1,0	1,8	1,9	2,0	2,3	9,5	9,5	9,4	9,2
OECD	1,1	1,1	2,2	1,6	1,8	1,9	1,6	2,1	9,2	9,1	8,5	8,1
IWF	1,2	0,9	2,0	1,3	1,7	2,0	2,0	2,6	9,2	9,1	8,0	7,8
USA												
EU-KOM	4,2	3,5	3,2	2,7	2,7	3,4	2,9	1,6	5,5	5,1	4,8	5,1
OECD	4,2	3,5	3,6	3,1	2,7	3,4	3,3	2,4	5,5	5,1	4,7	4,7
IWF	3,9	3,2	3,4	2,9	2,7	3,4	3,6	2,9	5,5	5,1	4,8	4,9
Japan												
EU-KOM	2,3	2,7	2,8	2,4	0,0	-0,3	0,7	1,0	4,7	4,4	4,3	4,3
OECD	2,3	2,7	2,5	2,2	0,0	-0,3	0,7	0,8	4,7	4,4	4,0	3,5
IWF	2,3	2,6	2,7	2,1	-	-0,6	0,3	0,7	4,7	4,4	4,1	4,0
Frankreich												
EU-KOM	2,3	1,4	2,3	2,0	2,3	1,9	2,0	1,8	9,6	9,5	9,4	9,3
OECD	2,1	1,4	2,4	2,2	2,3	1,9	1,7	1,4	10,0	9,9	9,5	9,2
IWF	2,0	1,2	2,4	2,3	2,3	1,9	2,0	1,9	9,6	9,5	9,0	8,5
Italien												
EU-KOM	1,1	0,0	1,7	1,2	2,3	2,2	2,3	2,0	8,0	7,7	7,7	7,7
OECD	0,9	0,1	1,8	1,3	2,3	2,2	2,4	2,1	8,1	7,8	7,7	7,6
IWF	1,1	-	1,5	1,3	2,3	2,3	2,4	2,1	8,1	7,7	7,6	7,5
Großbritannien												
EU-KOM	3,1	1,8	2,7	2,8	1,3	2,1	2,3	2,0	4,7	4,7	5,0	4,8
OECD	3,1	1,8	2,8	2,9	1,3	2,0	2,2	1,7	4,7	4,8	5,3	5,2
IWF	3,3	1,9	2,7	2,7	1,3	2,0	2,3	2,4	4,8	4,8	5,3	5,1
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,9	2,9	2,8	3,3	1,8	2,2	2,0	2,3	7,2	6,8	6,4	6,2
IWF	3,3	2,9	3,1	3,0	1,8	2,2	2,2	1,9	7,2	6,8	6,3	6,3
Euroraum												
EU-KOM	2,0	1,3	2,5	1,8	2,1	2,2	2,3	2,2	8,9	8,6	8,4	8,2
OECD	1,8	1,4	2,7	2,1	2,2	2,2	2,1	2,0	8,9	8,6	8,2	7,9
IWF	2,1	1,3	2,4	2,0	2,1	2,2	2,3	2,4	8,9	8,6	7,9	7,7
EU-15												
EU-KOM	2,3	1,5	-	2,2	2,0	2,1	-	2,2	8,1	7,9	7,8	7,6
EU-25												
EU-KOM	2,4	1,6	2,7	2,2	2,1	2,2	2,3	2,2	9,1	8,7	8,5	8,2

- = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte Verbraucherpreise für D, F, I, GB und Euroraum; Verbraucherpreisindex für USA, J, CDN.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006. Für D, F, I, GB, Euroraum & EU-25: BIP & Preise in 2006 – EU Interim Forecast, September 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006. Für D, F, I, GB, CDN, J, US & Euroraum: BIP in 2006 – OECD Interim Assessment, September 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: 14. September 2006.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Belgien												
EU-KOM	2,6	1,2	2,3	2,1	1,9	2,5	2,4	2,1	8,4	8,4	8,0	7,6
OECD	2,4	1,5	2,5	2,4	1,9	2,5	2,2	1,9	8,4	8,4	8,0	7,7
IWF	2,4	1,5	2,7	2,1	1,9	2,5	2,4	1,9	8,4	8,4	8,2	8,2
Finnland												
EU-KOM	3,6	2,1	3,6	2,9	0,1	0,8	1,4	1,4	8,8	8,4	7,9	7,6
OECD	3,5	2,2	3,4	2,8	0,1	0,8	1,0	1,4	8,9	8,4	7,9	7,7
IWF	3,5	2,9	3,5	2,5	0,1	0,8	1,5	1,5	8,8	8,4	7,9	7,8
Griechenland												
EU-KOM	4,7	3,6	3,5	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3	10,5	9,8	9,5	9,1
OECD	4,7	3,7	3,7	3,6	3,0	3,5	3,3	3,0	11,0	10,4	10,0	9,7
IWF	4,7	3,7	3,7	3,5	3,0	3,5	3,6	3,5	10,5	9,9	9,7	9,5
Irland												
EU-KOM	4,5	4,7	4,9	5,1	2,3	2,2	2,4	2,3	4,5	4,3	4,4	4,4
OECD	4,5	4,6	5,0	5,0	2,3	2,2	2,5	3,0	4,4	4,4	4,4	4,4
IWF	4,3	5,5	5,8	5,6	2,3	2,2	2,8	2,5	4,5	4,3	4,3	4,2
Luxemburg												
EU-KOM	4,2	4,2	4,4	4,5	3,2	3,8	4,1	3,4	4,8	5,3	5,7	5,8
OECD	4,2	4,0	4,5	4,5	3,2	3,8	3,5	2,8	4,2	4,6	5,1	5,2
IWF	4,2	4,0	4,0	3,8	2,2	2,5	2,8	2,3	3,9	4,2	4,5	4,7
Niederlande												
EU-KOM	1,7	1,1	2,6	2,6	1,4	1,5	1,8	2,1	4,6	4,7	4,3	3,9
OECD	1,7	1,1	2,4	2,8	1,4	1,5	1,7	1,8	4,9	5,0	4,1	3,4
IWF	2,0	1,5	2,9	2,9	1,4	1,5	1,7	1,8	4,6	4,9	4,5	3,9
Österreich												
EU-KOM	2,4	1,9	2,5	2,2	2,0	2,1	1,7	1,6	4,8	5,2	5,2	5,2
OECD	2,6	2,0	2,5	2,2	2,0	2,1	1,8	1,7	5,7	5,9	5,8	5,9
IWF	2,4	2,0	2,8	2,3	2,0	2,1	1,8	1,7	4,8	5,2	4,8	4,6
Portugal												
EU-KOM	1,1	0,3	0,9	1,1	2,5	2,1	2,7	2,4	6,7	7,6	8,1	8,3
OECD	1,1	0,3	0,7	1,5	2,5	2,1	2,7	2,1	6,7	7,7	7,9	7,7
IWF	1,2	0,4	1,2	1,5	2,5	2,1	2,6	2,2	6,7	7,6	7,7	7,6
Spanien												
EU-KOM	3,1	3,4	3,5	2,8	3,1	3,4	3,9	3,1	10,6	9,2	8,7	8,3
OECD	3,1	3,4	3,3	3,0	3,1	3,4	3,6	2,7	10,5	9,2	8,7	8,6
IWF	3,1	3,4	3,4	3,0	3,1	3,4	3,8	3,4	11,0	9,2	8,6	8,3

– = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte Verbraucherpreise für B, FIN, GR, IRL, L, NL, A, P u. E.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006. Für E: BIP & Preise in 2006 – EU Interim Forecast, September 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: 14. September 2006.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Dänemark												
EU-KOM	1,9	3,1	3,2	2,3	0,9	1,7	2,1	2,0	5,5	4,8	4,0	3,8
OECD	1,9	3,1	3,0	2,4	1,2	1,8	1,7	2,6	5,5	4,8	4,2	3,9
IWF	1,9	3,2	2,7	2,3	1,2	1,8	1,8	2,0	6,4	5,7	4,8	4,9
Estland												
EU-KOM	7,8	9,8	8,9	7,9	3,0	4,1	3,6	2,9	9,7	7,9	7,0	6,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,8	9,8	9,5	8,0	3,0	4,1	4,6	3,8	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	8,5	10,2	8,5	7,6	6,2	6,9	6,7	5,6	10,4	9,0	8,4	7,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	8,6	10,2	11,0	9,0	6,2	6,8	6,6	6,3	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	7,0	7,5	6,5	6,2	1,2	2,7	3,5	3,3	11,4	8,2	7,1	6,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,0	7,5	6,8	6,5	1,2	2,7	3,6	3,3	-	-	-	-
Malta												
EU-KOM	-1,5	2,5	1,7	1,9	2,7	2,5	2,9	2,7	7,3	7,3	7,4	7,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,5	2,5	1,6	1,8	2,7	2,5	2,9	2,8	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	5,3	3,2	5,0	4,6	3,6	2,2	1,3	2,0	19,0	17,7	16,2	15,2
OECD	5,3	3,3	4,4	4,6	3,4	2,2	1,0	1,7	19,0	17,7	16,8	15,7
IWF	5,3	3,4	5,0	4,5	3,5	2,1	0,9	2,3	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	3,7	2,7	3,4	3,0	1,0	0,8	1,1	1,8	6,3	7,8	7,0	6,7
OECD	3,2	2,7	3,9	3,3	0,4	0,5	1,0	2,1	5,5	5,8	4,8	4,2
IWF	3,7	2,7	4,0	2,2	1,0	0,8	1,6	1,8	5,5	5,8	4,5	4,3
Slowakei												
EU-KOM	5,5	6,0	6,1	6,5	7,5	2,8	4,4	2,7	18,2	16,4	15,5	14,8
OECD	5,5	6,0	6,3	6,3	7,5	2,7	3,6	2,2	18,1	16,2	15,4	14,7
IWF	5,4	6,1	6,5	7,0	7,5	2,7	4,7	3,6	-	-	-	-
Slowenien												
EU-KOM	4,2	3,9	4,3	4,1	3,7	2,5	2,4	2,5	6,3	6,3	6,3	6,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	4,2	3,9	4,2	4,0	3,6	2,5	2,5	2,3	-	-	-	-
Tschechien												
EU-KOM	4,7	6,0	5,3	4,7	2,6	1,6	2,5	2,7	8,3	7,9	7,7	7,6
OECD	4,7	6,0	5,7	4,7	2,8	1,9	2,9	3,7	8,3	8,0	7,7	7,5
IWF	4,2	6,1	6,0	4,8	2,8	1,8	2,9	3,3	-	-	-	-
Ungarn												
EU-KOM	4,6	4,1	4,6	4,2	6,8	3,5	2,3	3,3	6,1	7,2	7,7	7,6
OECD	4,5	4,3	4,6	4,4	6,7	3,6	2,1	2,9	6,2	7,3	7,2	7,1
IWF	5,2	4,1	4,5	3,5	6,8	3,6	3,5	5,8	-	-	-	-
Zypern												
EU-KOM	3,9	3,8	3,8	3,8	1,9	2,0	2,4	2,2	4,7	5,3	5,4	5,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,9	3,7	3,5	3,8	2,3	2,6	3,0	2,3	3,6	5,2	3,0	3,0

- = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: Verbraucherpreisindex für DK, PL, S, CZ und H.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006. Für P: BIP & Preise in 2006 - EU Interim Forecast September 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: 14. September 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Deutschland												
EU-KOM	-3,7	-3,3	-3,1	-2,5	65,5	67,7	68,9	69,2	3,7	3,9	3,3	4,1
OECD	-3,7	-3,3	-3,1	-2,2	65,7	67,8	69,5	69,3	3,7	4,2	4,0	4,6
IWF	-3,7	-3,3	-2,9	-2,4	64,8	66,4	68,0	68,5	3,7	4,1	4,2	4,0
USA												
EU-KOM	-4,7	-3,8	-4,1	-4,4	-	-	-	-	-5,6	-6,3	-7,0	-6,9
OECD	-4,7	-3,8	-3,6	-3,7	64,0	64,1	64,1	64,7	-5,7	-6,4	-7,2	-7,6
IWF	-4,6	-3,7	-3,1	-3,2	62,6	62,7	62,5	63,4	-5,7	-6,4	-6,6	-6,9
Japan												
EU-KOM	-6,3	-6,5	-5,8	-5,4	-	-	-	-	4,0	3,6	3,6	3,4
OECD	-6,3	-5,2	-5,2	-4,7	168,1	172,1	175,2	177,3	3,7	3,6	4,3	5,5
IWF	-6,3	-5,6	-5,2	-4,9	178,6	181,7	181,8	181,8	3,8	3,6	3,7	3,5
Frankreich												
EU-KOM	-3,7	-2,9	-3,0	-3,1	64,4	66,8	66,9	67,0	-0,7	-1,2	-1,7	-1,6
OECD	-3,7	-2,9	-2,9	-2,6	65,0	67,3	66,8	65,9	-0,4	-1,9	-2,6	-2,3
IWF	-3,7	-2,9	-2,7	-2,6	64,5	66,7	64,5	64,0	-0,3	-1,6	-1,7	-1,7
Italien												
EU-KOM	-3,4	-4,1	-4,1	-4,5	103,8	106,4	107,4	107,7	-0,5	-1,1	-1,5	-1,4
OECD	-3,5	-4,3	-4,2	-4,6	103,9	106,3	107,4	108,4	-0,9	-1,6	-2,1	-2,2
IWF	-3,4	-4,1	-4,0	-4,1	103,9	106,4	107,5	108,6	-0,9	-1,6	-1,4	-1,0
Großbritannien												
EU-KOM	-3,3	-3,5	-3,0	-2,8	40,8	42,8	44,1	44,7	-2,0	-2,6	-3,3	-3,2
OECD	-3,3	-3,2	-3,4	-3,2	41,5	43,5	46,6	49,1	-2,0	-2,6	-2,4	-2,9
IWF	-3,2	-3,3	-3,2	-2,8	40,8	42,7	43,1	44,2	-1,6	-2,2	-2,4	-2,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,7	1,7	2,2	1,8	72,2	69,3	62,5	57,5	2,2	2,2	3,3	3,3
IWF	0,7	1,7	1,1	1,0	87,8	84,8	79,6	74,6	2,1	2,3	2,0	1,9
Euroraum												
EU-KOM	-2,8	-2,4	-2,4	-2,3	69,8	70,8	70,5	70,1	0,5	0,1	-0,5	-0,3
OECD	-2,8	-2,4	-2,3	-2,1	70,0	70,9	70,8	70,2	0,8	-0,2	-0,4	-0,3
IWF	-2,7	-2,2	-2,0	-1,9	69,8	70,6	69,8	69,2	0,9	-	-0,1	-0,2
EU-15												
EU-KOM	-2,6	-2,3	-2,2	-2,2	63,4	64,6	64,4	64,0	0,4	-0,1	-0,7	-0,5
EU-25												
EU-KOM	-2,6	-2,3	-2,3	-2,2	62,4	63,4	63,2	62,9	0,0	-0,3	-0,9	-0,7

- = keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: 14. September 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Belgien												
EU-KOM	0,0	0,1	-0,3	-0,9	94,7	93,3	89,8	87,0	3,5	2,2	2,3	2,4
OECD	-0,1	-0,1	-0,4	-1,0	94,9	93,3	89,5	85,6	3,4	1,7	1,4	1,3
IWF	-	0,1	-	-0,7	-	-	-	-	3,4	2,7	2,8	2,7
Finnland												
EU-KOM	2,3	2,6	2,8	2,5	44,3	41,1	39,7	38,3	4,1	2,4	2,4	2,0
OECD	1,9	2,4	2,2	1,9	45,0	41,1	41,4	42,5	5,0	2,7	2,3	2,0
IWF	2,1	2,5	2,7	3,3	-	-	-	-	7,8	5,1	5,1	4,6
Griechenland												
EU-KOM	-6,9	-4,5	-3,0	-3,6	108,5	107,5	105,0	102,1	-9,5	-9,2	-7,8	-7,8
OECD	-6,9	-4,4	-3,0	-3,3	109,3	108,7	106,2	103,3	-6,4	-8,0	-7,8	-7,6
IWF	-6,9	-4,5	-2,8	-2,7	-	-	-	-	-6,2	-7,8	-8,1	-8,0
Irland												
EU-KOM	1,5	1,0	0,1	-0,4	29,4	27,6	27,2	27,0	-0,8	-1,9	-2,6	-3,1
OECD	1,6	1,0	-0,3	-0,5	29,5	27,6	27,5	27,5	-0,8	-1,9	-1,0	-0,5
IWF	1,5	1,0	0,7	-0,4	-	-	-	-	-0,6	-2,6	-3,0	-3,2
Luxemburg												
EU-KOM	-1,1	-1,9	-1,8	-1,5	6,6	6,2	7,9	8,2	10,5	8,4	9,2	9,9
OECD	-1,1	-1,9	-1,7	-1,2	6,6	6,0	9,0	10,2	10,5	9,3	10,4	9,7
IWF	-1,1	-1,9	-1,7	-1,9	-	-	-	-	10,5	9,7	8,2	8,2
Niederlande												
EU-KOM	-1,9	-0,3	-1,2	-0,7	52,6	52,9	51,2	50,3	6,2	7,1	6,5	6,7
OECD	-2,1	-0,3	-0,5	-0,1	52,6	52,9	52,8	52,3	8,9	6,4	9,5	10,1
IWF	-2,1	-0,1	-0,8	-0,8	-	-	-	-	8,9	6,3	7,6	7,9
Österreich												
EU-KOM	-1,1	-1,5	-1,9	-1,4	63,6	62,9	62,4	61,6	2,7	2,9	3,7	4,0
OECD	-1,2	-1,6	-1,9	-1,5	63,6	62,9	63,1	63,2	0,1	1,2	1,9	1,8
IWF	-1,2	-1,6	-1,8	-0,9	-	-	-	-	0,2	1,2	1,5	1,7
Portugal												
EU-KOM	-3,2	-6,0	-5,0	-4,9	58,7	63,9	68,4	70,6	-7,8	-9,5	-9,8	-9,6
OECD	-3,2	-6,0	-5,0	-4,5	58,7	63,9	66,3	68,3	-7,4	-9,3	-9,6	-9,7
IWF	-5,3	-6,0	-4,6	-3,7	-	-	-	-	-7,3	-9,3	-9,8	-9,6
Spanien												
EU-KOM	-0,1	1,1	0,9	0,4	46,4	43,2	40,0	37,9	-5,8	-7,4	-8,7	-9,2
OECD	-0,2	1,1	1,1	0,9	46,4	43,2	40,5	38,3	-5,3	-7,4	-8,9	-9,8
IWF	-0,1	1,1	1,3	0,9	-	-	-	-	-5,3	-7,4	-8,3	-8,7

- = keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: 14. September 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Dänemark												
EU-KOM	2,7	4,9	3,9	4,0	42,6	35,8	30,0	26,5	2,3	2,9	3,4	3,4
OECD	1,7	4,0	3,3	3,8	42,6	35,9	32,4	28,4	2,3	3,2	2,7	2,5
IWF	1,7	3,9	2,6	2,5	-	-	-	-	2,3	3,0	2,2	2,3
Estland												
EU-KOM	1,5	1,6	1,4	0,8	5,4	4,8	3,6	3,0	-12,7	-10,6	-9,8	-9,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-13,0	-11,0	-12,0	-11,7
Lettland												
EU-KOM	-0,9	0,2	-1,0	-1,0	14,6	11,9	11,3	10,9	-12,9	-12,4	-13,1	-12,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-12,9	-12,4	-14,0	-13,7
Litauen												
EU-KOM	-1,5	-0,5	-0,6	-0,9	19,5	18,7	18,9	19,7	-7,9	-7,0	-7,3	-7,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-7,7	-6,9	-7,5	-7,4
Malta												
EU-KOM	-5,1	-3,3	-2,9	-3,2	76,2	74,7	74,0	74,0	-9,6	-12,9	-12,6	-12,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-9,6	-13,1	-12,5	-12,0
Polen												
EU-KOM	-3,9	-2,5	-3,0	-3,0	41,9	42,5	45,5	46,7	-4,2	-1,5	-2,0	-2,5
OECD	-3,9	-2,5	-2,8	-2,6	41,9	42,0	45,5	45,6	-4,2	-1,5	-1,6	-1,7
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-4,2	-1,4	-1,7	-1,9
Schweden												
EU-KOM	1,8	2,9	2,2	2,3	50,5	50,3	47,6	44,8	6,6	5,9	5,8	6,0
OECD	1,6	2,7	1,7	2,2	50,5	50,3	45,4	40,3	6,8	6,1	6,7	6,7
IWF	1,0	1,4	0,7	1,1	-	-	-	-	6,8	6,0	5,8	5,6
Slowakei												
EU-KOM	-3,0	-2,9	-2,7	-2,1	41,6	34,5	34,3	34,7	-3,4	-8,5	-5,7	-3,4
OECD	-3,1	-2,9	-2,3	-1,8	42,6	35,2	29,7	24,7	-3,5	-9,2	-9,0	-7,0
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-3,6	-8,6	-7,7	-5,9
Slowenien												
EU-KOM	-2,3	-1,8	-1,9	-1,6	29,5	29,1	29,9	29,7	-2,0	-1,1	-1,6	-1,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,1	-1,1	-2,0	-2,3
Tschechien												
EU-KOM	-2,9	-2,6	-3,2	-3,4	30,6	30,5	31,5	32,4	-6,0	-2,3	-2,6	-2,0
OECD	-2,9	-2,6	-3,3	-3,5	30,9	30,8	31,6	32,2	-6,0	-2,1	-1,7	-0,9
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,0	-2,1	-1,9	-1,6
Ungarn												
EU-KOM	-5,4	-6,1	-6,7	-7,0	57,1	58,4	59,9	62,0	-8,4	-7,4	-8,3	-8,5
OECD	-5,4	-6,1	-5,8	-5,8	57,1	58,2	59,0	59,7	-8,6	-7,3	-7,7	-7,3
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,6	-7,4	-9,1	-8,0
Zypern												
EU-KOM	-4,1	-2,4	-2,1	-2,0	71,7	70,3	69,1	67,8	-5,3	-5,7	-6,1	-6,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,1	-2,4	-2,2	-1,6	-	-	-	-	-5,7	-5,8	-4,6	-3,5

-- keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: 14. September 2006.

HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT INFORMATION UND PUBLIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, SEPTEMBER 2006

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 30 18 / 68 23 300
PER TELEFAX 0 30 18 / 68 23 765

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.